Reader zu der Ausstellung

Bilder einer solidarischen Gesellschaft

Redaktion und Herausgeber:
Norbert Bernholt

Willst Du Dein Land verändern,
verändere Deine Stadt.
Willst Du Deine Stadt verändern,
verändere Deine Straße.
Willst Du Deine Straße verändern,
verändere Dein Haus.
Willst Du Dein Haus verändern,
verändere Dich selbst
(arabisches Sprichwort)

Vorwort 02

1 Ein Leben auf Kosten anderer 03

2 Das Ende der Wachstumsgesellschaft? 08

3 Arbeit neu denken 21

4 Commons 27

5 Eigentum und Wohnen 39

6 Geld regiert die Welt 51

Finanziell gefördert wird die Ausstellung von:

Engagement global

Brot für die Welt

Hans-Böckler Stiftung

Bingo Umweltstiftung

Bilder einer solidarischen Gesellschaft

Reader zur Ausstellung

Es ist mittlerweile durchaus salonfähig geworden, sich kritisch zu unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise zu äußern. Viele Krisen, die wir derzeit durchleben, werden unübersehbar durch den Kapitalismus befeuert. Nach aller Kritik folgt dann aber der der beschwichtigende Satz, dass wir halt nichts Besseres haben. Frau Merkel zufolge ist unsere Wirtschaftsweise alternativlos. Wenn das so ist, können wir uns ja entspannt zurücklehnen und einfach weitermachen.

Junge Menschen, die in den kommenden Jahren ausbaden müssen, was die jetzt herrschende Generation ihnen einbrockt, rebellieren vollkommen zu Recht gegen diese Einstellung. **„Ihr habt keinen Plan“** so lautet der Titel eines im Frühjahr 2020 erschienen Buchs, das vom Jugendrat der Generationenstiftung herausgegeben ist.

Mit der Ausstellung „Bilder einer solidarischen Welt“ wollen wir aufzeigen, dass es durchaus Alternativen gibt, und dass Entwürfe für eine neue Gesellschaft vorliegen, die teilweise bereits heute umgesetzt werden. Die Gesellschaft muss also gar nicht mit geschlossenen Augen in den Abgrund fahren, wenn sie mehrheitlich bereit ist, sich auf etwas Neues einzulassen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es der großen Mehrheit der Menschheit und der Erde viel besser gehen könnte. **Ein gutes Leben für alle ist möglich** – wenn wir es denn wirklich wollen. Das ist die These und das Thema dieser Ausstellung.

Der vorliegenden Reader ist kein Buch, in dem ein oder mehrere Autoren den Entwurf einer solidarischen Gesellschaft systematisch entwickeln. Es ist vielmehr eine Zusammenstellung von erläuternden Texten zu den Tafeln dieser Ausstellung. Angenommen, Sie fühlen sich von einem Thema dieser Ausstellung besonders angesprochen, finden Sie in diesem Reader einfach und schnell vertiefende Texte hierzu.

Wenn Sie möchten, können Sie die Ausstellung einschließlich ausführlicher Materialien auch auf Ihrem Handy oder PC anschauen. Auf der ersten Tafel jeder Station finden Sie einen QR-Code, mit dem Sie Materialien zu dieser Station aufrufen können. Die ganze Ausstellung plus der Materialien finden Sie auf der Homepage zu der Ausstellung unter:w**ww.bilder-einer-solidarischen-welt.de**

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Gebrauch dieses Readers

Für das Vorbereitungsteam
Norbert Bernholt

Station 1

1 Ein Leben auf Kosten anderer

Die Tatsache, dass sich unser Wohlstand bereits seit der Kolonialzeit auf dem Rücken der Menschen in anderen Kontinenten und auf einer rücksichtslosen Ausbeutung der Natur aufbaut, dürfte den meisten von uns durchaus bekannt sein. Da die Gesellschaften des sogenannten globalen Nordens sich nicht von dem erreichten Wohlstand trennen mögen, ändert sich an dieser Ausbeutung nur wenig. Selbst wenn wir uns individuell bemühen: Gerade in reichen Gesellschaften haben die Menschen kaum eine andere Wahl, als auf Kosten anderer zu leben und zu wirtschaften. Wir empfehlen hier zwei vertiefende Zeitungsartikel aus der Frankfurter Rundschau und aus den Nachdenkseiten sowie einige links zur weiteren Lektüre.

Leben auf Kosten anderer - aber es gibt Alternativen

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 19.12.2019 (https://www.fr.de/panorama/utopie-leben-kosten-anderer-aber-gibt-alternativen-13301154.html) (abgerufen am 20.08.2020)

Selbst wenn sie sich bemühen: Gerade in reichen Gesellschaften haben die Menschen kaum eine andere Wahl, als auf Kosten anderer zu leben und zu wirtschaften. Ein gutes Leben für alle ist nur möglich, wenn wir die imperiale Lebensweise beenden

Heute ist ein guter Tag. Du hast endlich beschlossen nicht mehr auf Kosten anderer zu leben! Ab heute soll dein Leben frei von Ausbeutung, fair und nachhaltig sein!

Nachdem du dein Auto stehen gelassen hast, fällt dir auf, dass du mit keinem der Busse rechtzeitig bei der Arbeit bist. Und du fragst dich, ob der Bus mit Erneuerbaren Energien betrieben wird. Deine Kinder beschweren sich, dass es keine Kiwis zum Frühstück gibt und du so lange damit beschäftigt bist, Wurmlöcher aus den Äpfeln zu schneiden. Beim Blick auf deinen Pulli stellst du fest, dass er vermutlich unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt wurde. Du diskutierst eine Stunde mit deinen Kollegen, warum du es besser findest, Fairtrade-Kaffee zu trinken. Dein Chef droht dir mit Kündigung, als du ein Vier-Stunden-Arbeitsmodell vorschlägst. Die Energiegenoss*innenschaft will dich nicht aufnehmen, weil du kein Kapital anlegen kannst. Und als du deiner Mutter vorschlägst, ein Wochenende an der Ostsee zu verbringen, statt nach Portugal zu fliegen, sagt sie: „Die Bahnfahrt ist teurer als der Flug. Ich weiß gar nicht, was mit dir los ist, das ist doch ganz normal. Das machen doch alle so.“

Es ist unmöglich, heutzutage so zu leben, dass weder Menschen noch die Natur dabei ausgebeutet werden.

Es ist unmöglich, heutzutage so zu leben, dass weder Menschen noch die Natur dabei ausgebeutet werden. Überall stoßen wir auf Hindernisse. Gerade in reichen Gesellschaften bleibt den Menschen kaum eine andere Wahl, als tagtäglich auf Kosten anderer zu leben – selbst wenn sie sich bemühen, dies nicht zu tun. Zu realisieren und sich einzugestehen, dass man auf Kosten anderer Menschen, zukünftiger Generationen und der Natur lebt, kann schmerzhaft sein.

Die Grenzen dieser Lebensweise werden tagtäglich sichtbarer

Zugleich türmen sich in unseren Gesellschaften Probleme, die etwa durch steigende Mieten, unsichere Arbeitsverhältnisse, Pflegenotstand und zunehmenden Leistungsdruck in einer Ellenbogengesellschaft hervorgerufen werden. Für immer mehr Menschen bleibt das Versprechen eines guten Lebens unerfüllt.

Sich mit der imperialen Lebensweise zu befassen, bedeutet im Kern, sich die Frage zu stellen, warum wir auf Kosten anderer leben.

Die alltägliche Art und Weise, wie die meisten Menschen im globalen Norden wirtschaften und leben, geht auf Kosten anderer: der Natur, zukünftiger Generationen und benachteiligter Menschen in Nord und Süd. Mit dem Auto zur Arbeit und mit dem Flugzeug in den Urlaub, jederzeit eine große Auswahl an exotischem Obst und die tägliche Wurst, monatlich ein neues Outfit, endlich wieder ein neues Möbelstück für die eigenen vier Wände und alle zwei Jahre ein neues Smartphone – all dies ist Alltag und irgendwie Normalität.

So zu leben und zu wirtschaften ist nicht verallgemeinerbar. Bereits heute, da nur ein Teil der Menschheit von dieser Lebensweise profitiert, sind die natürlichen Ressourcen dieser Erde und ihre Senken, die der Mensch zur Entsorgung von Müll und Abgasen nutzt, (wie die Atmosphäre und Meere) überlastet. Die Grenzen dieser Lebensweise werden tagtäglich sichtbarer. Aber auch die Ausbeutung von Menschen ist Grundlage dieser Lebensweise. Nur weil Menschen – vor allem im Globalen Süden – dazu gezwungen sind, unter unwürdigen Bedingungen für die Produktion des globalen Nordens zu arbeiten, kann ein kleiner Teil der Menschheit so viel und so günstig konsumieren. Wir nennen das: Die imperiale Lebensweise.

Und obwohl sich immer mehr Menschen bewusst sind, dass ihr alltägliches Handeln andere Menschen ausbeutet und die Natur in Gegenwart und Zukunft zerstört, ändert sich nichts. Der globale Energie- und Ressourcenverbrauch steigt sogar, wir konsumieren mehr, reisen weiter, wohnen größer. Dabei drängt die Zeit: Die Erderwärmung schreitet voran, immer mehr Menschen fliehen vor Konflikten und wirtschaftlicher Not. Und auch in reichen Gesellschaften sind immer mehr Kinder und Alte von Armut betroffen – all das prägt das Bild der heutigen Zeit.

Vorherrschaft des Autos erscheint alternativlos

Das wirft die Frage auf: Wenn sich immer mehr Menschen der problematischen Konsequenzen unserer Lebens- und Produktionsweise bewusst sind, wenn sich die Krisen nicht länger leugnen lassen – warum ändert sich dennoch nichts? Warum bleibt ein System bestehen, in dem der materielle Überfluss der einen auf der Ausbeutung und Unterdrückung der anderen fußt? Warum ändert sich nichts, auch wenn immer klarer wird, dass diese Lebensweise dabei ist, unsere ökologische Lebensgrundlage zu zerstören?

Die imperiale Lebensweise ist deshalb so stabil, weil sie mit unseren Alltagspraktiken, bestehender Infrastruktur und politischen Institutionen verwoben ist. Für viele ist das eigene Auto Ausdruck von Freiheit. Gleichzeitig bevorzugt die öffentliche Verkehrsinfrastruktur die individuelle Automobilität. Und eine mächtige Autolobby sorgt dafür, dass sich daran so schnell nichts ändert. In dieser Konstellation erscheint die Vorherrschaft des Autos alternativlos.

Neue Formen des Zusammenlebens

Es lohnt sich, die dominanten Erzählungen der Alternativlosigkeit des bestehenden Systems infrage zu stellen. Denn hier und heute, an vielen Orten auf unserer Welt, praktizieren und erproben Menschen solidarischere Formen des Zusammenlebens. Alternativen zeigen sich in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, dem Wohnen, der Landwirtschaft, der Art und Weise Sorgetätigkeiten zu organisieren, der Mobilität, der Energienutzung oder auch der Nutzung von Gebrauchsgütern.Solidarische Alternativen sind dabei nicht das richtige Leben im Falschen, vielmehr zeigen sie praktisch, wie Wandel geht – verknüpft mit inneren und äußeren Widersprüchen und Kämpfen. In solidarischen Alternativen zeigen sich Logiken des Zusammenlebens der gesellschaftlichen Organisation, die sich grundlegend von denen der imperialen Lebensweise unterscheiden. Solidarische Praktiken wie regenerative und solidarische Landwirtschaft, das Mietshäusersyndikat, Polikliniken, Energiegenossenschaften und soziale Bewegungen wie La Via Campesina, Ende Gelände, Stadt für Alle, Am Boden Bleiben brechen mit gewohnten Normalvorstellungen und zeigen transformative und emanzipatorische Perspektiven auf. Zentral für die Transformation hin zu einer solidarischen Lebens- und Produktionsweise, die ein gutes Leben für alle ermöglicht, ist die Fähigkeit, sich Alternativen vorstellen zu können, um sie dann Realität werden zu lassen. Die Sichtbarkeit von Krisen macht deutlich, dass sich etwas ändern muss und sich auch etwas ändern wird – die Frage ist, was und wie?In der gegenwärtigen Krisenzeit wird die durch Zwang und Zustimmung generierte Hegemonie der imperialen Lebensweise brüchig, das Versprechen eines guten Lebens (auf Kosten anderer) der imperialen Lebensweise ist immer weniger glaubhaft.

Aufbrechen von gesellschaftlichen Zwängen

Hier ergeben sich Ansatzpunkte für sozial-ökologische Transformation. Es geht um die Veränderung von Vorstellungen von Normalität, das Aufbrechen von Zwängen, die uns die imperiale Lebensweise aufdrängt. Es muss darum gehen alltägliche Vorstellungen und Handlungen zu hinterfragen, materielle Infrastrukturen nach solidarischen Prinzipien umzubauen und die institutionellen Zusammenhänge und deren Funktionsweise an solidarischen Prinzipien auszurichten.

Transformationsstrategien müssen an folgenden drei Absichten ausgerichtet werden: Wir müssen solidarische Praktiken ausweiten, in denen Menschen andere Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens erproben. Diese Alternativen müssen wir durch Infrastrukturen und Institutionen absichern, die Pfadabhängigkeiten schaffen und dazu beitragen, dass Alternativen alltäglich gelebt werden und dadurch normal werden. Und wir müssen die imperiale Lebensweise zurückdrängen und ihre Ausweitung stoppen.

Gemeinsame Interessen, gemeinsam etwas verändern?

Die imperiale Lebensweise mutet Menschen viel zu, hier und heute, andernorts, in verschiedensten Lebensbereichen, sowie auch in zeitlicher Dimension – Unsicherheiten, Zukunftsängste, Prekarität, Arbeitsbelastung, Stress, Naturkatastrophen. Es gibt verschiedenste gemeinsame Interessen, etwas zu verändern – nicht nur mit Blick auf steigende Mieten, Arbeitsbelastung, Verkehrssituation oder kaum gewürdigte Sorgetätigkeiten.

Die Betroffenheit von Auswirkungen der imperialen Lebensweise lässt Menschen zusammenkommen, sie politisieren und organisieren sich und zeigen, dass solidarische Alternativen schon heute als konkrete Utopien in den Nischen der imperialen Lebensweise entstehen. Diese Praktiken bilden wichtige Bausteine für sozial-ökologische Transformationsprozesse – zeigen, dass eine andere Art des Zusammenlebens möglich ist, erweitern den Raum des Denk- und Machbaren und können helfen, mentale Infrastrukturen zu verändern und solidarisches Handeln im Alltag zu erlernen. Nischenprojekte können als Experimentier- und Erfahrungsräume im Kleinen verstanden werden. Die Vernetzung und Ausbreitung von solidarischen Initiativen schafft zudem neue Netzwerke und Infrastrukturen für die gegenseitige Unterstützung.

Nischenprojekte können als Experimentier- und Erfahrungsräume im Kleinen verstanden werden.

Dialog mit Andersdenkenden

Die negative Betroffenheit von der imperialen Lebensweise ist vielfältig, so wie auch die Kämpfe, die gegen diese geführt werden. Diese Vielfalt stellt auch ein großes Potenzial für Allianzen dar. Das Sichtbarmachen von gemeinsamen Bezugspunkten und der Aufbau gemeinsamer Erzählungen, in denen sich unterschiedliche Themen und Ziele wiederfinden, bildet die Basis für breite, arbeitsteilig organisierte Bündnisse und Allianzen für die sozial-ökologische Transformation.

Die Schwierigkeit, Gemeinsamkeiten von solidarischen Alternativen und Bewegungen zu erkennen, liegt meist darin, dass Probleme häufig isoliert voneinander betrachtet werden und/oder gegeneinander ausgespielt werden. Der Dialog mit Andersdenkenden, der Bezug eigener Kämpfe zu anderen gesellschaftlichen Problemen auch im globalen Kontext – ermöglicht notwendige Vernetzung und koordinierte Aktionen und trägt zudem dazu bei, eigenes Denken zu hinterfragen.

Soziale, ökologische, ökonomische, kulturelle und globale Fragen zusammendenken – ganz schön viel auf einmal, denkt ihr vielleicht. Aber das schöne ist, Wandel muss überall stattfinden, daher gibt es auch vielfältige Möglichkeiten, sich zu engagieren, die Spaß machen und den eigenen Fähigkeiten entsprechen.

Autorinnen: Nilda Inkermann und Simon Walch

Der folgende Artikel ist eine Besprechung des Buchs „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ von Ulrich Brand und Markus Wissen, München 2017

Wir leben auf Kosten der anderen oder Unsere imperiale Lebensweise auch im 21. Jahrhundert

Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=41496 (abgerufen am 20.08.2020)

Mit dem Begriff „Imperiale Lebensweise“ machen Soziologen wie Wissen und Brand darauf aufmerksam, dass wir uns unsere Lebensweise nur leisten können, weil wir deren zerstörerische Folgen für Mensch und Natur „externalisieren“. Das heißt: Wir muten sie anderen Ländern und Gesellschaften zu – und können so die desaströsen Folgen dieser Lebensweise ausblenden. Diese imperiale Lebensweise basiert auf Ungleichheit, Macht und Herrschaft sowie mitunter auch auf Gewalt, die sie gleichzeitig auch hervorbringt.

> *„Der Kerngedanke des Begriffs ist, dass das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird: über den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und die Senken – also jene Ökosysteme, die mehr von einem bestimmten Stoff aufnehmen, als sie selbst an ihre Umwelt abgeben (wie Regenwälder und Ozeane im Fall von CO2) – im globalen Maßstab“ (S. 43).*

Wir selbst verursachen die Flüchtlingsbewegungen

Eine Folge der imperialen Lebensweise sind die weltweiten Flüchtlingsbewegungen. Dieser Aspekt wird bei der Flüchtlingsdebatte gerne ausgeblendet. So wird oft der Klimawandel als Fluchtursache behandelt. Tatsächlich ist die Zusammenhänge aber anders:

> *„Wasserkonflikte – in vielen Teilen der Welt scheinbar die zwangsläufige Folge einer im Zuge des Klimawandels zunehmenden Trockenheit – werden als Resultat der Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsweisen verstehbar, wie sie von agrarindustriellen Unternehmen des globalen Nordens im Einklang mit den Interessen lokaler und nationaler Eliten des globalen Südens betrieben wird. Und als eine Ursache der – mangels anerkannter Fluchtgründe oft als 'illegal' gebrandmarkten – Migration afrikanischer Kleinbauern nach Europa gerät die EU-Agrar- und Außenhandels in den Blick, die mit dem Export hoch subventionierter Agrarprodukte nach Afrika dortige Märkte und Einkommensmöglichkeiten zerstört“ (S. 12).*

Das Konzept der imperialen Lebensweise steht in der Tradition von Antonio Gramsci. Demnach kann sich eine von massiven Interessenskonflikten und Widersprüchen durchzogene Gesellschaftsformation wie die kapitalistische nur erhalten, wenn sie im Alltagsverstand verankert ist und als quasi „natürlich“ wahrgenommen wird. Wenn wir es also ganz selbstverständlich hinnehmen und erst gar nicht mehr darüber nachdenken, dass wir uns verschiedenste Konsumgüter nur leisten können, weil sie andernorts auf Basis von Ausbeutung und Umweltschäden produziert wurden.

Klassenkampf mit dem SUV

Beispielhaft kann dies an der Automobilität und insbesondere der enormen Verbreitung sogenannter SUVs (Sport Utility Vehicles), dieser Mischung aus Geländewagen und Limousine, verdeutlicht werden:

> *„Im Geländewagen- und SUV-Boom manifestieren sich die imperiale Lebensweise und ihre tendenzielle Verallgemeinerung auf eine besonders anschauliche Weise. SUVs sind äußerst ressourcen- und emissionsintensiv. Sie sind schwerer, haben einen höheren Luftwiderstand, sind meist stärker motorisiert – und verbrauchen daher mindestens 25% Treibstoff mehr als konventionelle Fließ- und Stufenheckfahrzeuge. (....) Aufgrund ihrer Größe nehmen SUVs mehr öffentlichen Raum in Anspruch als andere PKW. Und schließlich ist bei einem Unfall mit SUV-Beteiligung das Risiko, getötet oder schwer verletzt zu werden, für die Insassen eines kleineren PKW deutlich höher als für die Insassen des SUV. Auch für Fußgänger ist das Risiko, bei einem Zusammenstoß mit einem SUV schwer oder lebensbedrohlich verletzt zu werden, höher als bei einem Zusammenstoß mit einem kleineren Auto“ (S. 126).*

Trotzdem fahren ausgerechnet soziale Klassen mit höherem Einkommen, die sich durch ein vergleichsweise höheres Umweltbewusstsein auszeichnen, gerne ein SUV. Wie passt das zusammen? Brand und Wissen interpretieren dies als Ausdruck von Konkurrenz und Rücksichtslosigkeitsverhalten, das typisch sei für den sozialen Charakter, der im konkurrenzorientierten Kapitalismus produziert werde: Dies veranschaulichen sie sehr schön mit einem Zitat aus der Reportage des Journalisten Jan Stremmel von der Süddeutschen Zeitung, der einen Selbstversuch mit einem SUV machte:

> *„Nach zwei Tagen hat der Wagen gewonnen. Ich zimmere die A 9 runter, linke Spur, da schert ein silberner Kombi vor mir ein. In den Rückspiegel gucke ich zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr. Wer 225 Kilometer pro Stunde fährt, muss nicht mit vielen Überraschungen von hinten rechnen. Aber vor mir mit 150 in die Überholspur ziehen? Ich knurre, obwohl ich nie knurre. Ich ziehe den Hebel für die Lichthupe, obwohl ich nie die Lichthupe betätige. Ich bin ein rücksichtsloser Arsch. Das Auto hat gesiegt“ (S. 129-139).*

Grüner Kapitalismus ist auch keine Lösung

Was also tun? Wie sieht die Alternative zur imperialen Lebensweise aus? Im sogenannten Grünen Kapitalismus sehen Brand und Wissen keine Lösung des Problems:

> *„Wichtige Annahmen des Leitbildes und der Strategien hin zu einer grünen Ökonomie lauten: Die eigentlichen Innovationen gehen vom ‚Markt' aus, der eben nur den richtigen Ordnungsrahmen benötigt. Der Staat setzt die Regeln für den als effizient angenommenen Markt und agiert gegen dessen schlimmste Auswüchse oder Krisen, das ‚Marktversagen'. Explizit oder implizit wird dabei davon ausgegangen, dass die für nötig befundene absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Senkenbelastung (Senken sind beispielsweise Regenwälder, die global CO2-Belastungen kompensieren; U.B.) machbar sei, ohne die imperiale Lebensweise, die politische Ökonomie des Kapitalismus und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse infrage zu stellen (S.149). (....) Fakt aber ist, dass es sich bei der Annahme, unter kapitalistischen Verhältnissen sei eine Entkoppelung des Wachstums vom Ressourcenverbrauchdenkbar, um eine mehr als kühne Hoffnung handelt“ (S. 152).*

Ein Beispiel dafür ist die aktuelle Debatte um die ökologische Modernisierung des Autofahrens mit Elektroantrieb:

> *„Zunächst fällt auf, dass die Debatte über Elektromobilität gleich zwei wichtige Verkürzungen aufweist. Erstens wird Elektromobilität auf Elektroautomobilität reduziert, während etwa die Zurückdrängung des MIV (= Motorisierter Individualverkehr; U.B.) zugunsten von kollektiven Formen der Elektromobilität wie Straßenbahnen oder Elektrobussen, wenn überhaupt nur eine untergeordnete Rolle spielt. Zweitens werden zwar die ökologischen Vorteile betont, den der Betrieb von Elektroautos gegenüber dem von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bietet. Die ökologischen Kosten ihrer Herstellung bleiben jedoch unterbelichtet“ (S. 143).*

Bei einer flächendeckenden Umstellung des Autoverkehrs auf Elektromobilität kann im Übrigen die Verfügbarkeit einiger Metalle wie Platin und Kupfer zum Problem werden. Und beim dafür benötigten Lithium sei das Problem, dass der Lithiumabbau mit gravierenden ökologischen Konsequenzen in den betroffenen Regionen verbunden sei. Eine Mobilitätswende, die vor allem auf die Senkung von CO2-Emissionen abziele, und nicht gleichzeitig auch die stofflichen Dimensionen der Elektromobilität problematisiere, bedeutet also, dass sich die überproportionale Inanspruchnahme von Material und Energie seitens weniger Begünstigter fortsetze:

> *„Die imperiale Lebensweise wird dadurch gerade nicht überwunden, sondern durch eine Veränderung ihrer energetischen und materialbezogenen Grundlage perpetuiert“ (S. 145).*

Was also ist die konkrete Schlussfolgerung der Autoren?

> *„Eine solidarische Lebensweise muss also die grundlegende Verletzlichkeit des menschlichen und außermenschlichen Lebens anerkennen und Formen des Zusammenlebens schaffen, die nicht auf Prekarisierung vieler oder auch nur einiger Menschen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beruhen“ (S. 179).*

Autor: Udo Brandes in „Nachdenkseiten“ vom 11.12.2017

Weitere empfehlenswerte Artikel und links:

I.L.A. Kollektiv: Auf Kosten anderer? – Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. München 2017
Brand, Ulrich & Wissen, Marcus: Unsere schöne imperiale Lebensweise. Wie das westliche Konsummodell den Planeten ruiniert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Mai 2017 S.75-82 https://aufkostenanderer.org/ https://dasgutelebenfueralle.de/

Station 2

2 Das Ende der Wachstumsgesellschaft – und jetzt?

Es ist wirklich banal.
Auf einem begrenzten Planeten kann es kein unbegrenztes Wachstum geben.
Jedes Wachstum hat einen natürlichen Wendepunkt

Würden alle Menschen leben wie die Deutschen, wären **drei Erden** *notwendig. Hätten alle Menschen den gleichen Ressourcenverbrauch wie US-Bürger, wären sogar* **fünf Erden** *nötig.*

Deutschland hat in den letzten Jahren bereits Ende April alle Ressourcen aufgebraucht, die dem Land zustehen, würden wir nachhaltig mit dieser Erde umgehen. Weltweit liegt der sogenannte ‚Earth Overshoot Day' Ende Juli. Dann hat die Menschheit alle natürlichen Ressourcen aufgebraucht, die die Erde innerhalb eines Jahres wiederherstellen und damit nachhaltig zur Verfügung stellen kann.

Wollen wir den kommenden Generationen eine einigermaßen bewohnbare Erde hinterlassen, wird es also höchste Zeit, einige Stellschrauben unseres Zusammenlebens grundlegend neu zu justieren. Dazu gehört der Abschied vom Mythos des ewigen Wachstums.

In der Diskussion um die Postwachstumsökonomie tauchen immer wieder vier Begriffe auf, die wir hier vorab kurz vorstellen. Teilweise werden sie in den weiteren Texten ausführlicher erläutert.

- **Effizienz** *bedeutet, mit möglichst geringem Energieaufwand möglichst viel Leistung zu erhalten. Beispielsweise braucht eine Energiesparlampe weniger Strom als eine gewöhnliche Glühbirne, erzeugt aber genauso viel Licht.*

- **Konsistenz** *bedeutet, nachhaltige Materialien (wie nachwachsende Rohstoffe) zu verwenden, die entweder wieder recycelt werden können oder sich beim Gebrauch verbrauchen, ohne dauerhaft die Umwelt zu belasten.*

- **Suffizienz** *beinhaltet, dass man nur so viel konsumiert, wie man für ein gutes Leben benötigt.*

- **Subsistenzwirtschaft** *besagt, dass die Menschen weitgehend selbst produzieren, was sie zum Leben brauchen. Subsistenzwirtschaft wird vor allem durch regionale und lokale Beziehungen und soziale Netze geprägt. In der modernen Postwachstumsdiskussion bezieht sich der Begriff auch auf das urbane Umfeld. Er meint die selbsttätige Versorgung mit privaten, öffentlichen, materiellen und immateriellen Gütern, die das städtische Leben ermöglichen.*

Zum Einstieg empfehlen wir ein Interview vom 6. August 2019 mit Nico Paech.

Wir sollten alle nur 20 Stunden arbeiten

Quelle: https://diefarbedesgeldes.de/niko-paech-warum-wir-alle-nur-20-stunden-arbeiten-sollten/ ((abgerufen am 14.8.2020)

Die große Mehrheit der Ökonomen hält Wirtschaftswachstum für eine gute Sache. Sie nicht. Warum?

Wirtschaftliches Wachstum lässt sich nicht von ökologischen Schäden entkoppeln. Die Schadenshöhe nimmt im Zeitablauf sogar zu. Ein Beispiel: Wenn wir in den 1950er Jahren die Fläche eines Hektars versiegelt haben, verursachte das einen bestimmten physischen Schaden, der jedoch weitaus geringer war als bei einer Versieglung derselben Fläche im Jahr 2019. Es entsteht zwar dieselbe physische Schadenseinheit, die aber ökonomisch viel höher zu bewerten ist. Der Grund liegt in der steigenden Knappheit: Wir haben kaum noch unversiegelte Flächen.

Gilt das auch für den Klimawandel?

Heute ist schon sehr viel CO2 in der Atmosphäre. Setzen wir jetzt eine weitere Tonne frei, hat das katastrophalere Folgen, als wenn es in 1950er Jahren geschehen wäre. Damals lag die atmosphärische CO2-Konzentration deutlich niedriger. Das heißt: Auf einem endlichen Planten verursacht ein linearer Schadenszuwachs eine überproportionale Zunahme der Schadenshöhe. Daraus folgt, dass Wirtschaftswachstum niemals zerstörerischer war als in der Gegenwart. Das gilt selbst dann, wenn technische Innovationen, etwa in den Bereichen der ökologischen Effizienz, Kreislaufwirtschaft oder erneuerbaren Energien, den Schadenszuwachs mindern. Ganz tilgen können sie ihn ohnehin nicht.

Warum schadet Wachstum noch?

Die Rohstoff-Basis für weiteres Wirtschaftswachstum schwindet. Die nötigen Flächen, Mineralien und fossilen Brennstoffe werden knapper. Als eine Lachnummer hat sich die Hoffnung herausgestellt, wir könnten die Abhängigkeit von physischen Rohstoffen überwinden, indem wir die Digitalisierung und somit eine vermeintlich entmaterialisierte Wertschöpfung vorantreiben. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Der Begriff „Lachnummer" ist sehr hart. Wird nicht oft argumentiert, gerade digitale Systeme seien wichtig, um ökologische Probleme zu lösen?

Die Digitalisierung selbst hat deutlich physische Konsequenzen: Wir brauchen Unmengen an Energie, denken Sie nur an die Server-Farmen von Google. Und: Digitale Systeme sind nicht in der Lage, die Material-Intensität unseres Wohlstandes zu reduzieren. Weder Industrie, Häuser noch Autos oder Flugreisen lassen sich digitalisieren. Ebenso kein Rotwein, keine Pizza oder Rosen. Die dazu nötige Materie wird sich niemals durch Virtualität ersetzen lassen. Da bauen einige Wissenschaftler an Luftschlössern, etwa wenn sie behaupten, die digital vereinfachte Gemeinschaftsnutzung würde die materielle Produktion senken. Airbnb, Uber oder das Carsharing tragen gerade nicht zur Entlastung, sondern zusätzlichen Belastung der Ökosphäre bei. Die Digitalisierung eröffnet neue Welten der materiellen Aufrüstung, allein wegen des ständigen Neuanschaffens entsprechender Endgeräte. Darüber hinaus beschleunigt sie jeden ökonomischen Prozess, der Energie und Materie braucht sowie Abfälle und Emissionen erzeugt. Ohne digitale Kommunikationsmittel wären Verkehr, Konsum und Produktion auf einem weitaus geringeren Niveau.

Airbnb, Uber oder das Carsharing tragen gerade nicht zur Entlastung, sondern zusätzlichen Belastung der Ökosphäre bei.

Sie warnen bei der Digitalisierung auch vor einem Rückfall ins „Neo-Mittelalter". Was meinen Sie mit diesem Begriff?

Darunter verstehe ich einen historischen Treppenwitz. Einst schickten sich Gesellschaften an, mit Hilfe technischen, ökonomischen und politischen Fortschritts die Schicksalsabhängigkeit des düsteren Mittelalters zu überwinden. Nun hat die digitale Moderne einen Zustand entstehen lassen, der uns schicksalsabhängiger hat werden lassen, als wir es je waren. Erstens sind wir transparent und kontrollierbar geworden, zweitens ist unser ganzes Leben, selbst sozialen Beziehungen, abhängig von digitaler Kommunikation. Wenn sie entfiele, würden wir ohne diese Technik von heute auf morgen handlungsunfähig. Drittens ist die Digitalisierung unvermeidlich mit einer ökonomischen Machtkonzentration verbunden, die es noch nie gab.

Welche Rolle spielt bei Ihrer Kritik der Rebound- oder Bumerang-Effekt? Was passiert dabei?

Hier sollten Sie nicht im Singular, sondern im Plural sprechen. Materielle Rebound-Effekte entstehen, wenn Technik eingesetzt wird, um ein ökologisches Problem zu lösen und dafür in einer anderen physischen Dimension ein neues Problem entsteht. Energiesparbirnen oder Elektromobile sind gute Beispiele, weil hier dem nicht zu bestreitenden Energie- bzw. CO2-Einspareffekt enorme Probleme in der Produktion und Entsorgung entstehen, denken wir allein an Quecksilber bzw. Lithium.

Sie beschreiben noch einen zweiten Rebound-Effekt?

Energiesparende Objekte, aber auch die Digitalisierung führen oft zu finanziellen Einspareffekten: Carsharing erspart die Kosten eines eigenen Autos. Aber was geschieht mit dem gesparten Geld? Unter der Matratze bleibt es jedenfalls nicht liegen, sondern wird in den meisten Fällen zum Kauf von Gütern und Dienstleistungen genutzt wird. Wer beispielsweise das durch Carsharing gesparte Geld in eine Flugreise investiert, verursacht mehr CO2-Emissionen als mit einem eigenen PKW.

Die vermeintlichen Effizienzvorteile einer digitalen Sharing-Economy bewirken, dass Dienstleistungen das klassische Eigentum ersetzen. Das spart nicht nur Geld, sondern harmoniert mit einer kosmopolitischen Lebensfüh-

rung, die das ökologisch Ruinöseste darstellt, was Menschen je praktiziert haben. „Airbnb" sowie die Möglichkeit, kein hinderliches Eigentum mehr zu benötigen, sondern überall vor Ort alles leihen zu können, sind die Wegbereiter maximal zerstörerischer Handlungsmuster.

Geschieht das alles noch in anderen Bereichen unseres Lebens?

Derartige finanzielle Rebound-Effekte treten auch bei Passivhäusern, LED-Lampen oder sparsamen Autos auf.

Soweit die ernüchternde Analyse. Wie sollten wir aber leben – ohne ein Wachstum der Wirtschaft, das Sie als so ruinös für den Planeten beschreiben?

Wenn nicht nur die Technik, sondern auch institutionelle Innovationen wie das kommerzielle Sharing dabei versagen, Wirtschaftswachstum von Schäden zu entkoppeln, sondern sogar das Gegenteil bewirken können, bleibt nur die Option, Wohlstandsansprüche zu zurückzuschrauben oder zu begrenzen.

Mit so einer Forderung lassen sich aber keine Wahlen gewinnen.

So ist es, derzeit wäre es politischer Selbstmord, einer hochgezüchteten Konsum-, Technik- und Industriegesellschaft ein Rückbauprogramm zu verordnen.

Veränderungen können nur durch Gegenkulturen zum Wachstumswahn bewirkt

Veränderungen können nur durch Gegenkulturen zum Wachstumswahn bewirkt werden, die in den Nischen der Zivilgesellschaft entstehen. Ökologisch verantwortbare Lebensführungen und Versorgungssysteme müssen von Pionieren erprobt werden, damit sie sich durch soziale Diffusion verbreiten können und zum Vorboten einer Postwachstumsökonomie werden.

Wie könnte diese „soziale Diffusion" ablaufen?

Einen postwachstumstauglichen Lebensstil übernehmen Menschen am ehesten, wenn sie andere dabei beobachten können. Ohne glaubwürdige Vorbilder ist dieser Wandel undenkbar. Und daran genau mangelt es. Um die Gesellschaft positiv zu irritieren, reichen keine Betroffenheitsbekundungen, sondern nur Lebensführungen, die auf Sesshaftigkeit und einer zu Teilen nicht mehr industriellen Versorgung beruhen.

Deutschland ohne Industrie?

Wichtig wäre eine duale Existenzform, basierend auf einer stark verkleinerten Industrie, ergänzt um eine Regionalökonomie und moderne Selbstversorgung.

Sie setzen sich auch für eine starke Reduktion der Arbeitszeit ein?

Ein postwachstumstauglicher Lebensstil könnte bedeuten, nur 20 Stunden pro Woche zu arbeiten. Wenn das auf alle Beschäftigten angewandt würde, könnte die Wirtschaft um die Hälfte verkleinert werden, ohne Arbeitslosigkeit zu riskieren. Wenn die finanziellen Einsparungen des Sharings oder anderer Effizienzmaßnahmen dazu dienen würden, mit einem geringeren Einkommen leben zu können, ließen sich die Rebound-Effekte vermeiden, über die wir gerade sprachen.

Mit welchen Effekten rechnen Sie außerdem bei einer 20-Stunden-Woche?

Dass zwar weniger Geld verdient wird, aber mehr Zeit verfügbar ist. Diese Zeit ermöglicht es, zusätzlich zum durchschnittlich verringerten Einkommen Subsistenz-Leistungen zu erbringen, am besten in Netzwerken der Selbsthilfe. Dazu zählt, mit anderen Menschen Dinge selbst herzustellen, instand zu halten und zu reparieren und gemeinsam zu nutzen. Eine solche nicht-kommerzielle Gemeinschaftsnutzung unterscheidet sich deutlich von der rendite-orientierten Sharing Economy.

Was ist der Unterschied?

An die Stelle einer Geldwirtschaft kann der Tausch treten. Wer mir sein Auto leiht, kann meine Waschmaschine nutzen oder er bekommt Überschüsse aus meinem Garten oder ich repariere sein Notebook. Das reduziert die Marktnachfrage und bildet das Gegenteil zur Logik der Sharing-Economy, die letztlich oft additive Leistungen und zusätzliches Wirtschaftswachstum erzeugt. Genau genommen sind die digitalen Sharing-Modelle nichts anderes als der Versuch, einer weiteren Expansion den Weg zu bahnen, weil der auf Eigentum basierende Güterkonsum Sättigungsgrenzen erreicht hat.

Interview: Ingo Leipner

Was ist eigentlich „Suffizienz"?

In der Diskussion um eine Postwachstumsgesellschaft spielt der Begriff „Suffizienz" eine zentrale Rolle. Suffizienz wird zunächst von vielen mit Verzicht verbunden und damit negativ bewertet. Von Menschen, die einen suffizienten Lebensstil leben, wird dieser aber eher mit einer größeren Lebenszufriedenheit verbunden. Für sie gilt: „Weniger ist mehr" macht glücklicher.

Suffizienz als persönliche Chance

Der Begriff Suffizienz kommt vom lateinischen sufficere und bedeutet ausreichen, genügen. Vielfach wird mit Suffizienz auch die Frage nach dem rechten Maß verbunden. Es geht darum, weniger Ressourcen zu verbrauchen und die Umwelt weniger zu schädigen. Das heißt dann konkret: weniger Konsum, weniger Fliegen und Autofahren, weniger Fleisch essen und weniger energieintensiv wohnen. Diesem „Weniger" kann auf der anderen Seite aber ein umfangreiches „Mehr" gegenüberstehen.

Ein suffizienter Lebensstil birgt enorme Chancen. Wer suffizient lebt, kann …

- … **selbstbestimmter leben**
  Aufgrund der bewusst tief gehaltenen Ansprüche in materieller Hinsicht können suffizient lebende Personen es sich leisten, Teilzeit zu arbeiten oder einer Tätigkeit nachzugehen, die zwar als sinnvoll empfunden wird, finanziell aber wenig abwirft. Sie gewinnen Zeit, über die sie selbst bestimmen können.
- … **bewusster leben**
  Wer mehr Zeit zur Verfügung hat, kann sich überlegen, was wirklich wichtig ist und worauf die eigene Lebensenergie verwendet werden soll.
- … **in Beziehungen leben**
  Wer weniger Zeit mit Erwerbsarbeit verbringt, hat mehr Zeit für den Aufbau und die Pflege von persönlichen Beziehungen.
- … **gesünder leben**
  Wer suffizient lebt, lebt auch gesünder. So wird es als angenehm und auch der Gesundheit zuträglich empfunden, wenn man sich weniger mit dem Auto und mehr mit dem Fahrrad oder zu Fuß an der frischen Luft bewegt.

Im Hinblick auf mehr Zeit, Selbstbestimmung, Achtsamkeit, Beziehungen, Gesundheit und Genuss kann es sich also durchaus lohnen, den eigenen Lebensstil zu reflektieren und sich zu überlegen, wo weniger mehr sein könnte.

Autor: Norbert Bernholt

In dem folgenden Aufsatz aus der taz vom 28.7.2019 begründet Niko Paech die Notwendigkeit einer Politik, die eine suffiziente Lebensweise fördert. Er geht - angesichts der Notwendigkeit unsere ökologischen Lebensgrundlagen zu erhalten - hart mit unserem Verständnis von individueller Freiheit ins Gericht.

Nachhaltigkeit und Klimapolitik - Geplatzte Seifenblase

Quelle: (https://taz.de/Nachhaltigkeit-und-Klimapolitik/!5609132/) abgerufen am 14. August 2020

Technologie oder die CO2-Steuer lösen nicht das Klimaproblem. Der ökologische Ernstfall verlangt eine Neujustierung der persönlichen Freiheiten.

Was sich derzeit abspielt, entspricht jener lebensbedrohlichen Eskalation, die alle aufgeklärten Kräfte seit Jahrzehnten verhindern wollten: Der Klimawandel, die Flut an Plastik- und Elektroabfällen, das Insekten-, Singvogel- und sonstige Artensterben, die Natur- und Landschaftszerstörung, die chemische Verseuchung und Entwertung von Böden, die Strahlen- und Lärmbelastung, der Lichtsmog und so weiter. Es lässt sich kein ökologisch relevan-

tes Handlungsfeld benennen, in dem die Summe der bekannten und neuen Schäden nicht permanent neue Rekorde erzielt hätte.

Das propagierte und bequemste aller problemlösenden Regulative, nämlich ein technischer Wandel der Versorgungssysteme, versprach ein auf ständiges Wachstum angewiesenes Wohlstandsmodell von ökologischer Zerstörung zu entkoppeln. Dieser Irrweg ist nun selbst dort gescheitert, wo akribisch versucht wird, wenigstens kleine Entlastungserfolge herauszurechnen, etwa bei der Energiewende. Technischer Umweltschutz war nie etwas anderes und kann nie etwas anderes sein als eine räumliche, stoffliche, zeitliche oder systemische Problemverlagerung. It's the thermodynamics, stupid!

Auch der zweite Hebel, nämlich eine kollektive Verständigung auf Rahmenbedingungen mit Anreiz-, Lenkungs- oder nötigenfalls Sanktionswirkung – die aktuell durchs Dorf getriebene Sau heißt CO_2-Steuer – versagt vollends. Deren Befürworter haben einen epochalen Wendepunkt übersehen: Wenn nämlich die technische Entkopplung des Wohlstandes systematisch misslingt, verändern sich nicht einfach nur Ziele und Mittel einer dann noch adäquaten Nachhaltigkeitskonzeption, sondern mehr noch die Möglichkeiten einer demokratischen Regulierung des ökologischen Problems. Genauer: Sie entfallen!

Was die Energiewende politisch attraktiv werden ließ, war das Versprechen, mittels technischer Innovationen lediglich die Umrandung, aber nicht das Innere des Wohlstandskorpus umzubauen. Liebgewonnener Konsum- und Mobilitätskomfort sollte weiter bestehen und wachsen dürfen, nur eben ersetzt durch grünere Substitute mit serienmäßig eingebauter Gewissensberuhigung. Kein Wunder, dass damit Wahlen zu gewinnen waren.

Nun ist diese grüne Seifenblase geplatzt. Das bedeutet, die einzig wirksame politische Steuerung kann nur noch darin bestehen, den von der Bevölkerungsmehrheit zunehmend praktizierten ökologischen Vandalismus, sein Kosename lautet „individuelle Freiheit", radikal einzuschränken. Dumm nur, dass dafür demokratische Mehrheiten nötig wären.

Unwahrscheinlicher als eine Begegnung mit dem Osterhasen

Im Klartext: Die Mehrheit müsste ihren eigenen Lebensstil abwählen, sich quasi um 180 Grad wenden, nämlich plötzlich befürworten, was seit dem Zweiten Weltkrieg jede gesellschaftliche Modernisierung auszumerzen versucht hat: Genügsamkeit, Selbstbegrenzung, Entsagung. Also Suffizienz. Ein solches politisches Wunder dürfte unwahrscheinlicher sein als eine Begegnung mit dem leibhaftigen Osterhasen.

Dieses Dilemma kulminiert in einer Doppelmoral, die längst zum Normalzustand geronnen ist. Einerseits dröhnt ein unüberhörbarer Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsfuror, andererseits wird mit Zähnen und Klauen eine digitale, kosmopolitische und konsumorientierte Lebensform verteidigt, die ökologisch suizidaler nicht sein könnte.

Um diese Widersprüchlichkeit zu verarbeiten, hat sich im Zusammenspiel zwischen gesellschaftlicher Mehrheit und Politikvertretern ein Zustand stabilisiert, der dem katholischen Ablasshandel ähnelt. Während sich die Lebens- und Wirtschaftsform immer nachhaltigkeitsdefizitärer entwickelt, werden zugleich – wohlgemerkt additiv – grüne Produkte (vegane, ökologische Speisen, faire Smartphones, erneuerbarer Strom etc.), Technologien (Elektromobilität, Power-to-Gas etc.) und simulierte Nachhaltigkeitsbemühungen (Verbot von Plastikstrohhalmen, Gebot von PV-Anlagen auf Neubauten etc.) befördert, die bestenfalls an der Problemoberfläche kratzen.

Oder sie ergießen sich in rituelle Forderungen, die abstrakt und unverbindlich genug sind, sodass sie einerseits nicht falsch sein können, aber andererseits ihre technische oder politische Realisierung in so unerreichbarer Ferne liegt (etwa eine CO_2-neutrale Wirtschaft), dass keine absehbaren Konsequenzen für die eigene Lebensführung zu befürchten sind.

Damit erfolgt eine rein symbolische Kompensation, die das „Weiter so" legitimiert, weil damit sowohl kognitive Dissonanzen therapiert werden können wie auch der Schein moralischer Korrektheit gewahrt bleiben kann. Dieser rasende Stillstand ebnet den Weg zum Abgrund. Er ließe sich nur mittels eines dritten Regulativs durchbrechen, das angesichts des kläglichen Scheiterns aller Technik- und Institutionenklempnerei auf einer anderen, nämlich zwischenmenschlichen Ebene verortet sein müsste. Gemeint ist eine Mischung aus reaktivierter, aber demokratischer Streitkultur und einem Aufstand der konkret Handelnden, die sich dem Steigerungswahn verweigern.

Es gibt kein Menschenrecht auf ökologische Zerstörung

Dieses soziale Regulativ gründet darauf, dass kein Menschenrecht auf ökologische Zerstörung bestehen kann – außer es lassen sich dafür akzeptable Gründe anführen. Wer wollte ernsthaft eine würdige Unterkunft, Elektrizität, notwendigen Berufsverkehr, eine Konsumausstattung, die auch maßvoll über den reinen Grundbedarf hinausreichen kann, Zugang zu maximaler Gesundheitsversorgung und Bildung sowie einen ökologisch verantwortbaren Urlaub kritisieren? Aber umgekehrt ist noch niemand erfroren, verhungert oder erkrankt, wenn er/sie keine Kreuzfahrt, keine Flugreise, keinen SUV, keine maßlose Neuanschaffung an Elektronik und anderen Konsumgütern oder keine 100 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf etc. in Anspruch nehmen konnte.

Wenn nackte Gewalt gegen die menschliche Zivilisation gerichtet wird, und zwar ohne erkennbare Not, entspricht es aufgeklärtem und durchaus liberalem Bürgersinn, dies im Rahmen direkter Kommunikation zu thematisieren, um Rechtfertigungsdruck aufzubauen. Dafür bieten sich viele Orte an: Schulen, Universitäten, Familien/Lebensgemeinschaften, Freundeskreise, Nachbarschaften, Wirtshäuser, Sportvereine, Partys, Nachbarschaften, öffentliche Veranstaltungen und natürlich die Medien. Insoweit es absehbar um die Überlebensfähigkeit geht, sollte es unter aufgeklärten Verhältnissen nötig und möglich sein, menschliche Freiheiten mit der Frage zu konfrontieren, wie sie sich gemäß einer Verhältnismäßigkeit zwischen Notwendigkeit und zerstörerischem Potenzial rechtfertigen lassen.

Einen kritischen Dialog können glaubwürdig und wirksam nur Personen initiieren, die selbst eine verantwortbare Lebensführung praktizieren. Denn ein Analphabet kann einem anderen Analphabeten nicht lesen und schreiben beibringen, und jede Kritik oder Forderung entpuppt sich als Scharlatanerie und Anmaßung, wenn sie schon im Selbstversuch desjenigen scheitert, der sie erhebt.

Obergrenze für materielle Freiheit

Eine Neujustierung individueller Freiheit bedeutet weder Ökodiktatur noch Öko-Stasi. Wenn der Planet erstens physisch begrenzt ist, zweitens industrieller Wohlstand nicht von ökologischen Schäden entkoppelt werden kann, drittens die irdischen Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten bleiben sollen und viertens globale Gerechtigkeit herrschen soll, muss eine Obergrenze der von einem einzelnen Individuum in Anspruch genommenen materiellen Freiheit existieren.

Wer also die Freiheit bewahren will, darf sie nicht im Übermaß beanspruchen, sondern muss sie vorsorglich und freiwillig begrenzen.

Diese kann sich nur an der Gesamtbilanz aller ökologischen Handlungsfolgen bemessen, die ein einzelnes Individuum verursacht. Längst bekannt ist, dass allein die Einhaltung des 2-Grad-Klimaschutzziels für Mitteleuropa bedeutet, dass die CO_2-Emissionen pro Kopf und Jahr von ca. 12 auf ca. 2 Tonnen zu senken wären. Genau daran wäre das soziale Regulativ zu orientieren, damit es nicht auf Willkür beruht.

Wer weiter auf technologische oder politische Erlösung vertraut, steuert auf eine unvermeidliche Eskalation zu. Wenn Verteilungskonflikte entbrennen und für manche der Kampf um ein würdiges Dasein beginnt, wird sich niemand mehr für eine Demokratie einsetzen, die offenkundig am Minimum dessen gescheitert ist, was Humanität bedeutet: Überlebensfähigkeit. Wer also die Freiheit bewahren will, darf sie nicht im Übermaß beanspruchen, sondern muss sie vorsorglich und freiwillig begrenzen.

Die hierzu nötige Suffizienz erweitert aber auch Handlungsfreiheiten, weil sie sich behindernder materieller sowie institutioneller Vorbedingungen entledigt. Ballast abzuwerfen, sich dem Steigerungswahn zu entziehen, verführerische Komfortangebote auch dann einfach links liegen zu lassen, wenn sie finanzierbar und legal sind, das Vorhandene als auskömmlich zu betrachten und gegen aufdringlichen Fortschritt zu verteidigen, gemeinsam mit anderen den Mut zum Unzeitgemäßen entwickeln – dies alles kostet nichts, bedarf keiner innovativen Erfindung, ist nicht von Mehrheiten abhängig, verstößt gegen kein Gesetz und benötigt vor allem keines. Ein

friedlicher und fröhlicher Aufstand der sich Verweigernden – besser noch: ein maßvoller Wohlstands- und Technologieboykott – verbleibt als letzter Ausweg. Die Zeit der Ausreden ist vorbei.

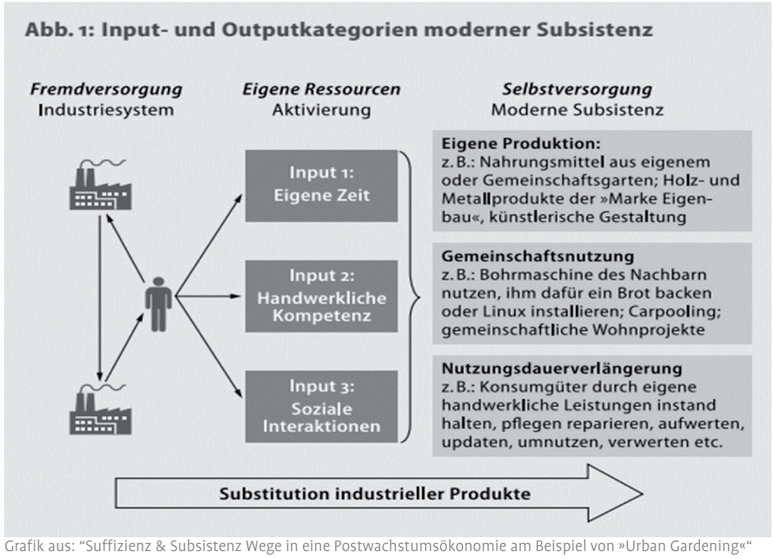
Weiterführende links:

https://www.bund.net/bund-tipps/detail-tipps/tip/gutes-leben-fuer-alle-eine-einfuehrung-in-die-suffizienz/
https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/3749/ (Beispiele wie Suffizienz gelingen kann)

Was bedeutet Subsistenzwirtschaft?

In der Postwachstumsökonomie ist die Subsistenzwirtschaft ein zentraler Baustein. Die Aufteilung zwischen der herkömmlichen arbeitsteiligen und auf Erwerbsarbeit beruhenden Industriearbeit und der Subsistenzarbeit wird in der untenstehenden Abbildung verdeutlicht.

Abb. 1: Input- und Outputkategorien moderner Subsistenz



Grafik aus: "Suffizienz & Subsistenz Wege in eine Postwachstumsökonomie am Beispiel von »Urban Gardening«" von Christa Müller und Niko Paech. In: Kritischer Agrarbericht 2012, S 151 (https://anstiftung.de/jdownloads/Publikationen/Christa_Mueller/Mueller_Paech.pdf)

Postwachstumsökonomen gehen davon aus, dass die Arbeitszeit etwa 1:1 aufgeteilt wird. Im Schnitt geht also jeder erwachsene Mensch 20 Stunden einer Arbeit im Industrie- oder Dienstleistungsbereich nach und arbeitet 20 Stunden in der Subsistenzwirtschaft. Individuell sind natürlich auch andere Einteilungen möglich. Unbestritten ist, dass es in einer nachkapitalistischen Gesellschaft auch weiterhin arbeitsteilige Industriearbeit geben wird. Eine hundertprozentige Selbstversorgung ist illusorisch und auch nicht sinnvoll.

Realitätsfern?

Mitunter wird angezweifelt, ob eine Reduktion der herkömmlichen Arbeit auf 20 oder noch weniger Stunden realistisch ist. Es gibt zwei gewichtige Argumente, die die geplante Reduzierung durchaus realistisch erscheinen lassen. Zunächst wird allein der technische Fortschritt zu einem gewaltigen Abbau der industriellen Arbeit führen. Die zunehmende Digitalisierung, die Fortschritte in der künstlichen Intelligenz und die 3D-Drucker werden die jetzige Industrieproduktion grundlegend verändern und viele Arbeitsplätze überflüssig machen. Das zweite Argument ergibt sich aus der Stärkung der Subsistenzwirtschaft. Viele Produkte, die im kapitalistischen System arbeitsteilig hergestellt werden, können nun im Rahmen der Selbstvorsorge dezentral in der Region produziert werden. Die Reduktion der Industriearbeit wird in der kapitalistischen Ökonomie als Bedrohung empfunden. Sie schafft erhebliche gesellschaftliche Probleme. In einer solidarischen Gesellschaft wird sie eher als ein Segen empfunden.

Die Chancen der Subsistenzwirtschaft

In der Subsistenzwirtschaft wird die Produktion flexibler, umweltfreundlicher und für die Arbeitenden erfüllender, da sie ihre Arbeitskraft nicht mehr einem gewinnorientierten Unternehmen zur Verfügung stellen müssen, und die Arbeit in aller Regel weniger arbeitsteilig sein wird. Zudem produzieren sie nicht für einen anonymen Markt, sondern für ein überschaubares Umfeld. Die Menschen in den Regionen sind nicht mehr so stark von den globalen Handelsströmen, mit der dazugehörigen Krisenanfälligkeit, abhängig. Die Menschen werden gleichzeitig Konsumenten und Produzenten. Sie werden zu „Prosumenten". Laut Wissenschaftlern wie Niko Paech macht Subsistenz eine Gesellschaft insgesamt widerstandsfähiger. Niko Paech formuliert es in einer einfache Gleichung: Subsistenz plus Suffizienz gleich Resilienz. Wenn wir wichtige Dinge des täglichen Bedarfs selber produzieren, fördert dies letztlich unseren Wohlstand.

Beispiele einer Subsistenzwirtschaft

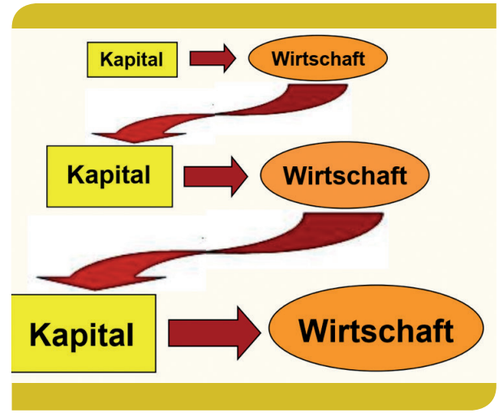
Schon heute gibt es zahlreiche Beispiele für gelingende Subsistenzwirtschaft z.B.:

- in (Gemeinschafts-)Gärten und solidarischen Landwirtschaften kann man Gemüse selber anbauen und ernten. Regionalläden vermarkten die lokal produzierten Lebensmittel direkt, ohne dass zahlreiche Zwischenhändler den Preis hochtreiben.
- in Repair-Cafés kann man gemeinsam mit anderen Menschen kaputten Gegenständen zu neuem Leben verhelfen.
- bei Kleidertauschpartys kann man Klamotten mit anderen tauschen, beim Carsharing nutzt man gemeinsam Autos.

Autor: Norbert Bernholt

Kapitalistische Wirtschaft muss wachsen

Politiker*innen, die grundsätzlich an den Rahmenbedingungen einer kapitalistischen Wirtschaft festhalten wollen und gleichzeitig das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise verfolgen, bringen sich in eine schwierige Situation. Sie leugnen bzw. verdrängen, dass eine kapitalistische Wirtschaft, die nicht mehr wachsen kann, notwendigerweise kollabieren wird. Wir sind zum Wachstum gezwungen. Die beständige Forderung nach Wirtschaftswachstum ist unter den Bedingungen unserer Wirtschaftsweise richtig und sicher kein Irrtum der politisch Verantwortlichen. Es gibt mehrere Gesetze, die die Regierenden verpflichtet, für stetiges und angemessenen Wirtschaftswachstum zu sorgen. An vorderer Stelle ist hier das 1967 vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" zu nennen. Mit Hilfe der folgenden Grafik wollen wir die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums in einer kapitalistischen Wirtschaft noch einmal kurz vor Augen führen.



Erläuterung zur Grafik

Nehmen wir an, ein(e) Kapitaleigner*in investiert sein/ihr Kapital in ein bestimmtes Unternehmen. Dann wird er/sie erwarten, dieses Kapital plus einer Rendite nach einer gewissen Zeit zurück zu erhalten. Geschieht dies nicht, wird er/sie das zur Verfügung gestellte Geld dem Unternehmen entziehen und es einem anderen Unternehmen zur Verfügung stellen. Damit hat unser „Ursprungsunternehmen" einen riesigen Wettbewerbsnachteil. Gelingt es dem Unternehmen nicht, bei den Kapitalgebern wieder Vertrauen herzustellen, wird es über kurz oder

lang die Produktion einstellen müssen. Folglich wird es mit allen Mitteln versuchen, die Kapitalgeber mit Renditen „zu verwöhnen". Dies kann das Unternehmen nur dadurch erreichen, dass es entweder die Kosten senkt oder die Produktion ausweitet, also wächst. Hier liegt der erste Grund für das anhaltende Wachstum. Der zweite Grund liegt in der Tatsache begründet, dass die Kapitalgeber ihr vermehrtes Kapital erneut investieren wollen, also einem Unternehmen zur Verfügung stellen, das Gewinne erzielt. Das bedeutet, es fließt dorthin, wo Unternehmen expandieren. Das stets nach Rendite suchende Kapital bewirkt so einen nicht zu stoppenden Wachstumszwang. Finden die Kapitalgeber kein geeignetes Unternehmen in Deutschland, schauen sie sich einfach in der Welt um. Dem Wachstum sind da keine Grenzen gesetzt – wohl aber der Umwelt. Und so geht es immer weiter. Die Wirtschaft wächst und wächst. Wird diese Kette in einem Land nur für eine kurze Zeit unterbrochen, befindet sich die Gesellschaft im höchsten Alarmzustand. Die jeweilige Regierung hat um ihr Überleben zu kämpfen.

Besten Anschauungsunterricht für die hier dargestellten Zusammenhänge bieten die Börsennachrichten, die Tag für Tag in den großen Nachrichtensendungen der öffentlichen und privaten Sender angeboten werden.

Autoren: Norbert Bernholt/Klaus Simon

In einem Interview in „Die Zeit" vom 25. September 2019 erläutert Mathias Binswanger (Ökonomie-Professor in der Schweiz und Autor des Buchs „Der Wachstumszwang") die Notwendigkeit einer wachsenden Wirtschaft in einer kapitalistischen Wirtschaft. Wir geben das Interview hier gekürzt wieder.

„Weniger Wachstum ist eine Chance"

Quelle:https://www.zeit.de/2019/40/mathias-binswanger-kapitalismus-wirtschaftssystem-konjunktur-wachstum?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F

Der Kapitalismus zwingt die Welt zum „Immer-mehr", sagt der Ökonom Mathias Binswanger. Ist das schlimm? Ein streitbares Gespräch über die Gefahren und Freuden unseres Wirtschaftssystems
Interview: Lisa Nienhaus

DIE ZEIT: Herr Binswanger, die deutsche Wirtschaft soll Prognosen zufolge 2019 nur noch um 0,5 Prozent wachsen. 2018 waren es noch 1,4 Prozent. Ist das das Ende des Wachstums?

Mathias Binswanger: Nein. Das Wachstum hat sich noch jedes Mal wieder durchgesetzt. Solche Phasen schlechter Konjunktur gab es schon immer. Diskussionen darüber, wie man dann wieder zurückkehren kann zum Wachstum, sind typisch. Dass sie so präsent sind, ist ein Symptom für den Wachstumszwang.

ZEIT: Wir sind gezwungen zum Wachstum? Warum das denn?

Binswanger: Unsere kapitalistische Wirtschaft – das ist nicht wertend gemeint – ist so organisiert, dass sie nur funktioniert, wenn die Wirtschaftsleistung wächst. Denn nur solange es Wachstum gibt, ist eine Mehrheit der Unternehmen in der Lage, Gewinne zu erzielen. Es gibt also nur mit Wachstum mehr Unternehmen, die erfolgreich sind, als Unternehmen, die Verluste machen. Erfolgreiche Unternehmen sind wiederum notwendig, damit die Wirtschaft funktioniert und weiter investiert wird.

ZEIT: Warum?

Binswanger: Gewinne machen ist in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht einfach ein nice to have, sondern eine Notwendigkeit. Wer keine Gewinne macht, verschwindet bald vom Markt oder wird aufgekauft. Unternehmen bekommen auch nur dann Geld von Banken oder anderen Finanziers, wenn diese erwarten, dass eine Mehrheit von ihnen dieses Geld wieder zurückzahlen kann beziehungsweise eine Rendite erwirtschaftet.

ZEIT: Wenn Unternehmen schrumpfen, dann bekommen sie also keinen Kredit mehr. Wieso sollte das schlimm sein?

Binswanger: Unternehmen, die stagnieren oder schrumpfen, können nicht mehr investieren. Es gibt Entlassungen, die Einkommen gehen zurück, und die Menschen konsumieren weniger. Das führt dazu, dass auch den Unternehmen, denen es gut ging, Konsumenten wegbrechen, was zu weiteren Verlusten führt. Wenn also die Mehrheit der Unternehmen stagniert oder schrumpft, gerät die Wirtschaft in eine Abwärtsspirale. Wir haben nur die beiden Möglichkeiten: Entweder wir wachsen weiter, oder wir beginnen zu schrumpfen.

ZEIT: Was wäre so schlimm am Schrumpfen?

Binswanger: Es gibt dafür nur wenige Beispiele, aber diese zeigen die Konsequenzen drastisch. Ein Fall ist Griechenland, wo es fast sechs Jahre hintereinander negatives Wachstum gab: 2008 bis 2013. Das hat zu harten sozialen Verwerfungen geführt. Die Arbeitslosenquote stieg von etwa 8 Prozent im Jahre 2008 auf 27 Prozent im Jahr 2013. Das ist in etwa so hoch wie die Arbeitslosigkeit in Amerika im schlimmsten Jahr der Weltwirtschaftskrise. Fast 30 Prozent aller griechischen Unternehmen verschwanden zwischen 2008 und 2013 von der Bildfläche. Die Schrumpfung wurde erst gestoppt, als aus dem Ausland wieder Geld zufloss und die Wirtschaft wieder zu wachsen begann.

ZEIT: Schrumpfen ist also unangenehm. Viele Wachstumskritiker wollen aber etwas anderes: Sie finden, wir sollten uns mit dem zufriedengeben, was wir haben: also Stagnation. Hat das schon irgendwo geklappt?

Binswanger: Nein, selbst Japan taugt nicht als Beispiel, obwohl das immer wieder behauptet wird. Wenn man genau hinschaut, wächst die japanische Wirtschaft nämlich, wenn auch langsamer.

ZEIT: Wäre eine Welt ohne Wachstum denn ein Problem?

Binswanger: Es gibt gute Gründe zu sagen: Wir wollen kein weiteres Wachstum mehr, weil es die Menschen nicht mehr glücklicher macht, das gilt zumindest in den hoch entwickelten Ländern. Wachstum verursacht auch erhebliche Umweltprobleme. Wir können aber nicht einfach aufhören mit dem Wachstum, weil das Schrumpfen drastische Einbußen des materiellen Wohlstandes mit sich bringt. Die Politik hat das verinnerlicht. Sie reagiert immer nur in einem Ausmaß auf neue Herausforderungen wie etwa jetzt den Klimawandel, dass sie das Wachstum nicht gefährdet.

Es gibt gute Gründe zu sagen: Wir wollen kein weiteres Wachstum mehr, weil es die Menschen nicht mehr glücklicher macht ...

ZEIT: Kann es nicht sein, dass demnächst etwas erfunden wird, mit dem wir dann alle emissionsfrei Auto fahren?

Binswanger: Vielleicht. Es wird immer wieder etwas erfunden. Und unser System hatte bis jetzt eine erstaunliche Fähigkeit, sich anzupassen an neue Herausforderungen. Das Ende des Wachstums wurde immer wieder vorausgesagt. Es hat sich bis heute nie bewahrheitet. Aber das garantiert trotzdem kein unendliches Wachstum.

ZEIT: Könnte der Klimawandel solch eine Grenze sein?

Binswanger: Ja, der Klimawandel könnte diese Grenze aufzeigen. Allerdings sind wir bis heute in Ländern wie Deutschland kaum davon betroffen. Wir leben nach wie vor gut, und da gibt es wenig Anreiz für grundlegende Änderungen.

ZEIT: Sicher sind Sie aber auch nicht, dass der Klimawandel die Grenze setzt?
Binswanger: Sicher bin ich nicht. Wichtige Fragen zeichnen sich dadurch aus, dass es keine sicheren Antworten auf sie gibt.

ZEIT: Sie plädieren in Ihrem Buch Der Wachstumszwang dafür, langsamer zu wachsen. Würden wir gerade in einer Rezession stecken, wäre es vermutlich schwierig, das den Menschen zu erklären, die ihre Arbeit verlieren.

Binswanger: Ja, sicher. In einer Rezession wird die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust das dominierende Thema. Allerdings könnte eine langsamer wachsende Wirtschaft im Idealfall auch eine stabilere Wirtschaft sein mit weniger ausgeprägten Konjunkturschwankungen.

ZEIT: Könnte es nicht sein, dass die Menschen einfach Wachstum wollen? Ist es nicht eher eine Wahl und kein Zwang?

Binswanger: Der wichtigste Treiber des Wachstums ist nicht die Unersättlichkeit der menschlichen Bedürfnisse, sondern die Notwendigkeit für Unternehmen, Gewinne zu erwirtschaften. Man muss sich in hoch entwickelten Ländern Mühe geben, damit die Menschen von Jahr zu Jahr tatsächlich noch mehr konsumieren. Würde man die Menschen nicht durch Werbung und Marketing bearbeiten, wäre das Wachstum des Konsums bald gefährdet.

ZEIT: Was ist Ihre Lösung?

Binswanger: Zunächst muss das Bewusstsein entstehen, dass es in kapitalistischen Wirtschaften einen Wachstumszwang gibt. Die herkömmliche Wachstumstheorie kann diesen Wachstumszwang aber nicht erkennen.

ZEIT: Wissenschaftliche Einsicht kann ja nicht alles sein, was Sie sich wünschen!

Binswanger: Nein, dazu muss folgende Erkenntnis kommen: Die Wirtschaft funktioniert auch dann, wenn sowohl Gewinne als auch Wachstum im Durchschnitt etwas geringer ausfallen. In dieser Hinsicht müssen wir in Zukunft bescheidener werden. Weniger Wachstum ist keine Katastrophe, sondern eine Chance.

ZEIT: In Ihrem Buch geht es auch um Unternehmen, die ganz ohne Wachstum auskommen. Keines dieser Unternehmen sagte mir etwas.

Binswanger: Ja, das sind immer kleine Unternehmen und keine an der Börse notierten Aktiengesellschaften. Doch selbst bei diesen ausgesuchten Beispielen bleibt bei genauem Hinsehen am Schluss fast keines übrig, welches ohne Wachstum erfolgreich wirtschaftet. Beispielsweise hat das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung im Jahr 2013 versucht, solche Unternehmen zu finden. Verfolgt man ihr weiteres Schicksal, dann sieht man, dass etwa die Hälfte nachher trotzdem gewachsen ist und die nicht wachsenden Unternehmen größtenteils Probleme bekamen. Als erfolgreiches Beispiel bleibt ein Holzbauunternehmen übrig mit 15 Mitarbeitern.

ZEIT: Das ist mager, man kann es aber auch positiv sehen. Ein Argument für Wachstum lautet: Es bringt Neues in die Welt, Innovation. Können Sie dem etwas abgewinnen?

Binswanger: Innovationen sind untrennbar mit Wachstum verbunden. Denn man möchte letztlich damit Gewinne erzielen. Geld für Investitionen in innovative Produkte bekommt man wiederum nur, wenn damit die Aussicht auf Wachstum und Gewinne verbunden ist.

ZEIT: Das klingt nach einer eher trübseligen Allianz. Befriedigen Innovationen nicht auch Wünsche, das zutiefst menschliche Interesse an neuen Dingen?

Binswanger: Ja, der Mensch will einerseits Stabilität haben, aber andererseits auch immer wieder Neues. Glücklich macht ihn eine Mischung. Heute haben Innovationen jedoch zum Teil ein Tempo erreicht, bei dem es nicht mehr klar ist, ob die Menschen dadurch noch glücklicher werden. Viele wünschen sich etwas mehr Beständigkeit.

Wenn die Wirtschaft nicht mehr wachsen kann, bricht das System zusammen. So lautet die Drohung, die wir alltäglich hören. Wirtschaftswachstums ist systemrelevant, und wir unternehmen alles nur Erdenkliche, um weiterhin Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Die Coronakrise stellt diese Sicht des Begriffs „systemrelevant" in Frage. Was ist wirklich wichtig, damit wir alle einigermaßen würdevoll leben können? Es zeigt sich, Wirtschaftswachstum ist nicht alles.

Lesen Sie hier einen Artikel, den wir auf der Homepage des Bankenprojekts „tomorrow" gefunden haben.

Was heißt systemrelevant – und wie honorieren wir das als Gesellschaft?

Quelle: https://www.tomorrow.one/de-de/blog/was-heisst-eigentlich-systemrelevant-und-wie-honorieren-wir-das-als-gesellschaft Der Artikel wurde dort am 6. Mai 2020 eingestellt. Wir haben ihn am 23. August 2020 dort abgerufen.

Wer oder was systemrelevant ist, darüber sprechen wir seit Beginn der Corona-Krise. Dass dabei vor allem Frauen eine Rolle spielen, ist kein Geheimnis. Wir müssen Leistung endlich neu definieren, wenn wir wirklich an einem gesellschaftlichen Wandel interessiert sind.

Systemrelevant. Das ist das Wort der Stunde. Der Wochen. Wahrscheinlich sogar des Jahres. Wie auch nicht, schließlich wird gerade sehr deutlich, was die Fundamente unseres Alltags sind, wer diese stabil hält – und was mehr oder weniger als Bonus obendrauf kommt. Unsere Basis wird von Menschen im Gesundheitswesen, der Logistik, der Bildung, der Verkehrsinfrastruktur, im Einzelhandel und vielen mehr gebildet, die auch im Lockdown weiter ran müssen und gar verstärkt arbeiten, damit die anderen zuhause bleiben können, um sich nicht gegenseitig zu gefährden. Und auch wenn es so wichtig und richtig ist, dass wir diesen Menschen nun die Wertschätzung entgegenbringen, die sie natürlich schon immer verdienen, so hat das alles doch auch einen bitteren Beigeschmack.

Denn wir feiern sie zwar lautstark als Held*innen oder Engel und klatschten eine zeitlang abends begeistert auf den Balkonen – nur war diese Art der Wertschätzung schon immer ein gutes Instrument dafür, Anerkennung auf rein ideeller Ebene zu belassen. Ohne, dass ihnen zukommt, was sie wirklich verdienen: Finanziell und (arbeits-)strukturell. Leistung, die beklatscht, aber nicht entsprechend bezahlt und auch gesellschaftlich zu wenig gewürdigt wird, bleibt Leistung unter dem Radar.

Menschen, keine Held*innen

Zudem verdecken die warmen Worte, dass diese Menschen keine Held*innen mit Superkräften sind, sondern einfach Menschen, die ihre wichtige Arbeit machen, die Sicherheit brauchen, die Grenzen haben, die nichts Übermenschliches leisten können oder dazu irgendwie verpflichtet wären – schon gar nicht unter den Bedingungen, unter denen sie oft arbeiten müssen.

Wenn es den einen oder die andere im ersten Moment also vielleicht etwas deprimierte, dass der eigene Job nicht zu den Systemrelevanten zählte, sollte man sich wahrscheinlich freuen, statt in eine Sinnkrise zu geraten. Denn Systemrelevanz heißt derzeit meist erstmal: Unterbezahlung, geringe Personaldecke, großes Risiko, wenig gesellschaftliches Ansehen. Aber genau das ist das Problem, denn irgendwann will – zu Recht – niemand mehr diese wichtigen Jobs machen. Um das zu ändern, müssen wir den Wert von Leistung in verschiedenen Bereichen neu bewerten und uns dafür tatsächlich die große Frage stellen: Was für eine Gesellschaft wollen wir sein?

Wer arbeitet in den systemrelevanten Berufen?

Wer etwa bei der Aufzählung jener, die jetzt das System am Laufen halten, auch immer wieder vergessen wird, sind beispielsweise die Reinigungskräfte in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Auch sie sind einem hohen Risiko ausgesetzt, auch sie arbeiten sich rund, damit alles so gut wie möglich funktioniert. In den öffentlichen Lobreden tauchen sie trotzdem kaum auf.

Wer jetzt sichtbar wird und wer nicht – und warum wir erst jetzt so viel über diese Berufe reden, das ist ein Thema, mit dem sich wirklich jede*r mal auseinandersetzen sollte. Wir müssen uns also anschauen, wer die Menschen in den systemrelevanten Berufen sind, wenn wir ernsthaft an einem gesellschaftlichen Wandel interessiert sind. Und in der Mehrzahl sind das zunächst mal: Frauen. Denn sie sind zu etwa zwei Dritteln in ihnen vertreten. Sie arbeiten verstärkt in den sogenannten Frauenberufen, den so unterbezahlten wie wichtigen Jobs in der Pflege, der Erziehung, an der Kasse, der Reinigung.

Wir müssen uns also anschauen, wer die Menschen in den systemrelevanten Berufen sind, wenn wir ernsthaft an einem gesellschaftlichen Wandel interessiert sind. Und in der Mehrzahl sind das zunächst mal: Frauen.

Der „Krisenbeitrag" von Frauen geht aber weit über die Erwerbsarbeit hinaus, denn noch immer übernehmen sie mehrheitlich die Fürsorge- und Haushaltsarbeit in den Familien. Sie machen einen Großteil der emotionalen Arbeit in Beziehungen. Und aktuell sind sie noch stärker für die Betreuung von Kindern durch ausfallende Kitas oder geschlossen Schulen zuständig. So haben laut einer Erhebung der Hans Böckler-Stiftung bereits jetzt 26 Prozent der Frauen ihre Arbeitszeit reduziert, aber nur 16 Prozent der Männer.

Die Systemfehler liegen auf dem Tisch

Denn einerseits gilt auch im Jahr 2020 meist noch die Haltung: Mama macht's schon – und andererseits ist ihr Arbeitsausfall in vielen Familien finanziell leichter verkraftbar, weil Mütter sehr viel häufiger als Väter in Teilzeit arbeiten. Die viele unbezahlte Arbeit, die sie täglich leisten, fällt bei diesen Rechnungen unter den Tisch. Und die Belastung durch die doppelte Arbeit verschärft sich nun umso mehr, da in dem fragilen System, mit dem wir einen Hauch von Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen haben, alle Hilfen wegfallen.

Hinzu kommt, dass nicht mitgedacht wurde, dass die Arbeitsausfälle, die durch die Schul- und Kitaschließungen zustandekommen, finanziell besser gepuffert werden müssen. Auch dafür, wie nun Alleinerziehende die Situation meistern sollen, die wiederum auch mehrheitlich Mütter sind, gibt es keinen echten Plan. Vielmehr noch, gibt es nun Berichte darüber, dass Alleinerziehende, die nun durch Corona ihren Job verlieren, noch nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, weil sie durch die fehlenden Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

Es sind Fehler im System, die sicherlich nicht mutwillig entstanden sind – und dennoch eben gemacht wurden. Sie zeigen jetzt in einer neuen Deutlichkeit, was schon lange grundlegend gesellschaftlich und wirtschaftlich schiefläuft. Für Familien – aber insbesondere auch für Frauen. Und das all kann dazu führen, dass die Hochrechnungen wahr werden, denen zu Folge für 75 Prozent der heute 35- bis 50-jährigen Frauen die gesetzliche Rente nur etwa 400 Euro betragen könnte.

Was sich jetzt ändern muss

Um das zu verhindern, lägen schon unterschiedliche Lösungen auf dem Tisch: Denn der Gender-Pay-Gap entsteht nicht nur durch ungleiche Bezahlung in vergleichbaren Positionen, sondern besonders durch die unterbezahlten „Frauenberufe". Fürsorge-Arbeit für Kinder und ältere zu pflegende Personen könnten bezahlt und das Ehegattensplitting abgeschafft oder optional angelegt werden, so dass Paare individuell entscheiden können, welches Modell für sie das richtige ist. Zwei Drittel der Väter nehmen noch immer überhaupt keine Elternzeit, was zu einer längeren Unterbrechung für Frauen in ihrer Erwerbsbiographie führt – und zu einem erschwerten Einstieg hinterher. Hier wären Arbeitgeber*innen gefragt, sich zu überlegen: Was kann sich strukturell im Unternehmen ändern, dass es hier zu einer besseren Ausgeglichenheit kommt?

Wo man auch ansetzt: Es ist jetzt an der Zeit, die Gespräch über Systemrelevanz in Forderungen übersetzen. In Wertschätzung. In Strukturwandel. Ansonsten wird der Begriff ad absurdum geführt. Wenn wir jetzt also von einer Neugestaltung unserer Welt sprechen, von den Chancen, die sich ergeben, dann müssen wir über Geld reden. Und dabei einen Fokus auf Frauen legen – hierzulande, wie auch global. Denn die Situationen von Frauen hat sich überall auf der Welt durch Corona verschärft – die UN erwarten „langfristige Einkommensverluste" für Frauen und einen Einbruch der Frauenerwerbsquote weltweit. Das führt wiederum in einen erneuten Einbruch von Gleichberechtigung, die wir für gesunde Gesellschaften dringend brauchen.

Berufe dürfen nicht schlechter bezahlt werden, nur weil ihnen eine Berufung inne liegt, sie also einen höheren ideellen als monetären Wert mit sich bringen.

Wir müssen über Geld sprechen

Um Veränderungen anzustoßen, müssen wir auch überprüfen, wie wir die Dinge framen, also in welchen Kontext sie gesetzt werden. Fürsorge-Arbeit ist beispielsweise kein Frauen-, sondern ein Wirtschaftsthema. Leistung zeigt sich nicht nur in Erwerbsarbeit oder einem hohen Profit. Berufe dürfen nicht schlechter bezahlt werden, nur weil ihnen eine Berufung inne liegt, sie also einen höheren ideellen als monetären Wert mit sich bringen. Und Sicherheit muss ganz entschieden auch im Sinne von finanzieller Absicherung und Bildungsmöglichkeiten gedacht werden. Wie wir über Themen sprechen, formt ganz entscheidend unsere Realität.

Es wäre doch genau jetzt, in der Zeit der großen Entscheidungen, ein Moment für gesellschaftliche Transformation. Und für die müssen wir auch die Fragen nach dem Geld stellen. Wer hat davon wie viel und warum? Was entlohnen oder besteuern wir wie und warum? Wer ist wirklich abgesichert in unserer Gesellschaft und wieso? Wen vergessen wir dabei immer wieder – und warum fällt uns das so verdammt leicht?

Es ist wichtig, bei der Verteilung und Wirkkraft von Geld ganz besonders genau hinzuschauen. Denn was wir da sehen, erzählt nicht nur darüber, was schiefläuft. Sondern auch darüber, was möglich wäre.

Station 3

3 Arbeit neu denken

Eine neue Beschreibung des Begriffs der Arbeit in einer solidarischen Geselschaft

Wenn wir von Arbeit sprechen, meinen wir damit in aller Regel Erwerbsarbeit. Ehrenamtliche Tätigkeiten oder der große Bereich der nicht bezahlten Sorgearbeit werden damit aus unserem Arbeitsverständnis ausgeklammert. Die Missachtung von Sorgearbeit (Care Arbeit) in unserer Gesellschaft ist kein Versehen und auch keine beiläufige Unachtsamkeit, die man schnell beheben könnte. Diese Missachtung ist die Folge eines Systemfehlers unserer Wirtschaftsweise, die die Schwächsten in unserer Gesellschaft (Kinder, Kranke und alte Menschen) und Frauen ausbaden müssen. Der folgende Text geht auf das Verständnis von Arbeit in einer kapitalistischen Gesellschaft im Vergleich zu einer solidarischen Gesellschaft ein. Der hier vorgestellte Arbeitsbegriff knüpft an die von Hartmut Rosa entwickelten Resonanztheorie an. Insofern werden einige Passagen nur verständlich, wenn man auch den nachfolgenden Text von Hartmut Rosa gelesen hat.

Arbeit der herkömmlichen kapitalistischen Wirtschaft

Definition „Arbeit"
Arbeit wird als ein Produktionsfaktor verstanden, der Einkommen generiert. Als Arbeit wird in der Ökonomie nur „Erwerbsarbeit" anerkannt.

Gesellschaftliche Bedeutung
Arbeit ist notwendig, um die knappen Güter herzustellen und zu verteilen. Arbeit schafft Einkommen und ist eine wichtige Quelle der Besteuerung.

Für die Menschen ist Arbeit wichtig, um

- Einkommen zu erzielen
- einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen
- soziale Kontakte zu haben
- individuelle Erfolgserlebnisse zu erzielen
- gesellschaftliche Anerkennung zu erfahren

Arbeit aus Sicht der Unternehmen
Durch Arbeit werden Güter produziert, die das Unternehmen verkaufen kann. Arbeit ist gleichzeitig ein betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor. Da die Unternehmen nach Möglichkeit die Gewinne maximieren wollen, versuchen Sie die Arbeitskosten zu minimieren.

Arbeit aus volkswirtschaftlicher Sicht
Je nach Sichtweise wird in der Volkswirtschaftslehre betont, dass Arbeit ein Produktionsfaktor ist, der Einkommen schafft, oder ein Kostenfaktor, den die Unternehmen möglichst gering halten möchten. Je nachdem, welcher Seite der Arbeit mehr Gewicht zugeordnet wird, entwickeln sich unterschiedliche ökonomische Theorien.

Arbeit als Ware
Nach Marx ist Arbeit im Kapitalismus eine Ware wie jede andere Ware auch. Allerdings mit dem Unterschied, dass sie mehr Güter und Dienstleistungen produzieren kann, als zu ihrer Reproduktion notwendig sind (=Mehrwert). Der Wert der Ware bestimmt sich durch die durchschnittliche Arbeitszeit, die zur Produktion (und zur Reproduktion) dieser Ware notwendig ist. Der Preis für die Ware Arbeit bildet sich auf dem Markt.

Geringschätzung der Sorgearbeit
Die Reduzierung der Arbeit auf eine am Markt handelbare Ware bewirkt eine Abwertung aller reproduktiven Tätigkeiten (Care-Arbeiten) und unbezahlten Reproduktionsarbeit. Sorgende Arbeit wird gar nicht oder nur sehr schlecht bezahlt und häufig ins Private delegiert.

Arbeit in einer solidarischen Gesellschaft

Um den Begriff der Arbeit in einer solidarischen Gesellschaft richtig einzuordnen, muss man etwas weiter ausholen und auch grundsätzliche Fragen zum Wertesystem, dem Sinn des Wirtschaftens und dem Menschenbild erörtern.

Definition „Arbeit“
Arbeit ist jede ziel- und zweckbezogene Tätigkeit für die Gemeinschaft. Muße ist eine selbstzweckbezogene Tätigkeit.

Gesellschaftliche Bedeutung
Arbeit ist notwendig, um die für ein gutes Leben erforderlichen Güter herzustellen und zu verteilen.

Für die Menschen ist Arbeit wichtig, um

- Einkommen zu erzielen
- einer sinnvollen Tätigkeit nach zu gehen
- soziale Kontakte zu haben
- individuelle Erfolgserlebnisse zu erzielen
- gesellschaftliche Anerkennung zu erfahren

Menschenbild

Menschen sind nicht Herrscher*innen über, sondern ein Teil in dieser Welt. Damit wird das Individuum nicht geleugnet, die Einbindung der Menschen in diese Welt als soziale Wesen aber betont. Wir sind aufeinander angewiesen und das Sorgen gehört mit zu den existentiellen Tätigkeiten des Menschen. Aufgrund des Menschenbildes einer solidarischen Gesellschaft bekommen Tätigkeiten, die Beziehungsfähigkeiten erfordern (also alle Formen von Sorgearbeit) eine große Bedeutung. In einer solidarischen Gesellschaft geht es weniger um eine Ausrichtung auf Effizienz und Selbstoptimierung als um eine behutsame Pflege von Beziehungen zu Mensch, Natur und den Dingen.

Gesellschaftliches Wertesystem

In einer solidarischen Gesellschaft bilden sich neue Wertesysteme heraus, die die Erkenntnisse eines modernen Menschenbildes (s.o.) berücksichtigen. Damit werden Empathie, Sorge, Achtsamkeit zu bedeutsamen gesellschaftlichen Werten. Rationales Handeln berücksichtigt, dass die individuelle Entfaltung die Entfaltung der Anderen voraussetzt und umgekehrt (Ubuntu-Rationalität). Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Anreizsysteme werden auf diese Art der Rationalität ausgerichtet.

Sinn des Wirtschaftens

Im Sinne der ursprünglichen Bedeutung der Ökonomie (der Begriff wird vom griechischen „oikonomia” abgeleitet und bedeutet so viel wie „Haushaltung, Verwaltung“) wird die Sorge, das Kümmern um die Menschen und die Erde, als zentrale Aufgabe der Wirtschaft verstanden. Die Wirtschaft hat die Aufgabe, alle Menschen überall auf der Welt ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, dabei hat sie sowohl bei der Produktion wie auch bei der Verwendung der Güter auf die Bedürfnisse der Menschen und der gesamten Umwelt zu achten. „Wirtschaft ist care“.

Die digitale und biotechnische Revolution nutzen

In absehbarer Zeit wird die Gesellschaft zunehmend durch künstliche Intelligenz, 3D-Drucker und die Möglichkeiten der Biotechnologie bestimmt. Damit werden große Teile der heutigen kognitiven und körperlichen Arbeiten nicht mehr von Menschen gemacht. Dies bezieht sich keinesfalls nur auf einfache Tätigkeiten, sondern auch auf komplexe Tätigkeiten wie eine medizinische Operation, große Teile der Rechtssprechung, Bau von Autos, etc.. Sehr viele Güter, die heute aus der Fabrik kommen, können vor Ort und in kleinen überschaubaren Gemeinschaften hergestellt werden. Die Bedeutung der heute als selbstverständlich empfundenen entlohnten „Erwerbsarbeit“ wird dadurch erheblich kleiner. Es sind derzeit kaum konkrete Zahlen zu nennen, aber man wird davon ausgehen können, dass die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit (also Arbeit gegen Lohn) auf absehbare Zeit bei 10 – 20 Stunden liegen wird. Die dadurch freiwerdende Zeit kann für sorgende Subsistenzarbeit genutzt werden.

Arbeit in einer solidarischen Gesellschaft:

Die Definition von Arbeit als Ware, die am Markt gehandelt wird, wird abgelehnt. Arbeit wird dem Markt entzogen. Der Markt mit seinem Anreiz zu Konkurrenz, Optimierung, Zählen, Messen, Wiegen ist ein vollkommen ungeeignetes Instrument zur Würdigung von Arbeit. Die Anreizsysteme des Marktes töten vielfach den Sorgecharakter von Arbeit ab und sind bei pflegerischer Arbeit geradezu kontraproduktiv.

In einer solidarischen Gesellschaft wird Arbeit von größter Bedeutung sein, in deren Mittelpunkt der Aufbau gelingender Beziehungen zu anderen Menschen, der Natur oder zu Dingen steht. Arbeit ist somit eine Möglichkeit, mit der Welt in Resonanz zu kommen, für die Welt und die Gesellschaft zu sorgen und damit eine zutiefst sinnstiftende Tätigkeit (siehe hierzu auch den nachfolgenden Aufsatz von Hartmut Rosa). Es ist ein Tätigsein, das aus dem Bedürfnis produktiv sein zu wollen, entspringt.

Es ist ein Tätigsein, das aus dem Bedürfnis produktiv sein zu wollen,

Die Unterscheidung von produktiver und reproduktiver Arbeit entfällt, wenn Arbeit als zweckbezogene Tätigkeit für die Gemeinschaft verstanden wird. Arbeit in einem Unternehmen zur Herstellung von Flugzeugen ist in diesem Sinne ebenso Arbeit, wie das Windelwechseln bei jungen oder alten Menschen.

So könnte es konkret aussehen ...

Die im engeren Sinne pflegerische Arbeit, wie die Pflege von kranken und alten Menschen werden privaten gewinnorientierten Institutionen entzogen und in die Hände von bürgernahen demokratisch gestaltete Organisationen gegeben. Es werden kleine überschaubare Einheiten wie Wohnprojekte, kommunal angebundene Pflegeheime geschaffen, die jeweils von den Bürger*innen gestaltet werden. Es gibt Care-Räte, (als Teil von Bürgerräten) die dieses organisieren. Konkretes Beispiel: Buurtzorg Pilotprojekte in Deutschland oder „care4me“ in Berlin.

Autor: Norbert Bernholt (August 2019)

Die Aussagen des obigen Textes knüpfen teilweise an die von Hartmut Rosa in die Diskussion gebrachte Resonanztheorie an. Der Autor ist Professor für Allgemeine und Theoretische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Autor des Buchs „Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung" Berlin 2016. Rosa hat in der NZZ vom 16.9.2019 einen Aufsatz zum Sinn der Arbeit publiziert, den wir hier wiedergeben.

In der Arbeit finden wir die Welt (Hartmut Rosa)

Quelle: (https://www.nzz.ch/meinung/in-der-arbeit-finden-wir-die-welt-ld.1507472)

Über die Arbeit fühlen sich Menschen existenziell mit der Gesellschaft verbunden. Denn Menschen brauchen und suchen nach einem Sinn für ihr Dasein und ihr Handeln, damit ihre Existenz nicht spurlos vorübergeht, nicht bedeutungslos bleibt.

Es stimmt schon: Auch wenn wir uns selbst und einander oft einreden, von einem Leben ohne Arbeit zu träumen, gibt es ziemlich stabile Hinweise darauf, dass sich Menschen in unserer Gesellschaft in fast allen Alters- und Lebenslagen auch unabhängig von der Einkommensfrage weit stärker als vor der Arbeit davor fürchten, keine Arbeit zu haben, die Arbeit zu verlieren. Daher ist die Aussicht auf eine digitale Gesellschaft, in der Roboter und Computer alle Arbeit erledigen und wir den ganzen Tag «tun können, was wir wollen», für die Mehrheit der Menschen eher ein Schreckgespenst als eine Verheissung. Die Soziologie wundert sich seit langem darüber, warum weitere Arbeitszeitverkürzungen für viele Arbeitnehmende selbst bei gutem Lohnausgleich unattraktiv erscheinen. In aller Regel wird das dann mit ökonomischer Rationalität erklärt: Die Arbeit ist die Quelle von Einkommen, Ansehen und sozialer Sicherheit zum Beispiel auch bei Krankheit und im Alter und so weiter. Ich bin jedoch zutiefst davon überzeugt, dass diese Erklärung gravierend zu kurz greift, wenn man verstehen will, welche individuelle und kollektive Bedeutung Berufsarbeit für moderne wie für spätmoderne Menschen hat.

Arbeit als zentrale Resonanzsphäre

Nach meiner – an diesem Punkt durchaus auch an Marx anschliessenden – Überzeugung lässt sich das menschliche Wesen nur in seiner Bezogenheit auf eine ihm stets gegebene, ihm aber auch stets gegenüberstehende und sich widersetzende Welt verstehen. Die menschliche Natur bildet sich individuell wie kollektiv heraus durch die Auseinandersetzung mit einer Welt, die uns immer auch als stoffliche und als widerständige gegeben ist. Arbeit ist daher ein Grundmodus, vielleicht der Grundmodus unserer Weltbeziehung: Wir werden zu empfindenden, denkenden, hoffenden, planenden Subjekten dadurch und darin, dass wir uns an Welt abarbeiten, dass wir eine Stoffprovinz bearbeiten und dabei umformen.

Arbeit ist daher ein Grundmodus, vielleicht der Grundmodus unserer Weltbeziehung ....

Diese Stoffprovinz kann der Teig für die Bäckerin sein, die Frisur beziehungsweise das Haar für den Friseur, die Pflanzen für die Gärtnerin, die Kinder für den Lehrer, die Organe für die Ärztin, der Text für den Journalisten oder Wissenschaftler oder der Programmcode für die Programmiererin, der Lastwagen und die Fracht für den Fernfahrer. Indem wir einem widerständigen und teilweise unverfügbaren Weltausschnitt gegenüberstehen, ihn aber auch bearbeiten und beherrschen lernen, erfahren wir uns als selbstwirksam in die Welt gestellt, und im Wirken und Leiden an der Welt formen und gestalten wir unser Selbst in seinen Fähigkeiten, aber auch in seinen Empfindungen, Hoffnungen und Sehnsüchten.

Dass diese Form der Weltbeziehung heute nur als lohnabhängige Berufsarbeit legitimiert und validiert ist, erweist sich dabei natürlich als hochproblematisch, und dieses Problem wird noch einmal gravierend verschärft durch den Umstand, dass die abhängig Beschäftigten Form und Inhalt des Arbeitsprozesses in aller Regel kaum oder gar nicht zu gestalten vermögen, weil sie durch die Logik der Kapitalverwertung und die daraus hervorgehenden Steigerungsimperative bestimmt werden.

Dennoch bildet Arbeit, das ist meine These, eine zentrale Resonanzsphäre für den Menschen schlechthin, und für den modernen Menschen a fortiori. Denn tatsächlich bildet insbesondere in der modernen Gesellschaft Arbeit nicht nur eine Resonanzachse, sondern sie stellt eine zentrale Resonanzquelle dar, in der sich eine Vielzahl von Resonanzachsen wie in einem Brennglas bündeln. Wir begegnen nämlich nicht nur der stofflich-materiellen, widerständigen Welt, an der wir unsere Selbstwirksamkeit entfalten, sondern immer auch anderen Menschen als Kollegen und/oder als Kunden beziehungsweise Klienten, und die überwältigende Mehrzahl von Arbeitenden entwickelt über die Zeit hinweg deshalb intensive soziale Resonanzbeziehungen am Arbeitsplatz: Die Kollegen sind uns nicht gleichgültig, sie berühren uns in ihrem Handeln und Leiden, und wir erfahren uns als selbstwirksam verbunden, wenn wir feststellen, dass wir auch ihnen etwas bedeuten.

Und so ist es nicht verwunderlich, wenn etwa Arlie Hochschild konstatiert, dass das emotionale Attachment, das Zugehörigkeitsgefühl am Arbeitsplatz inzwischen oft höher ist als in der Familie. Moderne Arbeitswelten sind gelegentlich dabei, zur zentralen Lebenssphäre der Subjekte zu werden, aber selbst und manchmal gerade dort, wo die Arbeitsbedingungen schrecklich sind, entwickeln sich Solidaritätsbeziehungen. Damit nicht genug: Gerade weil moderne Arbeitssubjekte im Arbeitsprozess zunehmend als «ganze Subjekte» gefordert sind, weil sie sich mit allem, was sie haben, einbringen wollen und müssen und auch als ganze Person auf dem Spiel stehen, ist die Arbeitsstelle für viele darüber hinaus der Ort, an dem sie sich selbst fühlen und vor allem: körperlich ebenso wie psychisch als wirksam, bedeutsam, gesehen und zugehörig erfahren, so dass die Arbeit zur Resonanzachse für das Selbst werden kann: Bei und in der Arbeit können wir mit uns selbst in Resonanz treten.

Von der digitalen Allmacht zur existenziellen Ohnmacht ist es nur ein winziger Schritt, und ebendieser Schritt entzieht sich unserer Kontrolle, ist unverfügbar.

Schließlich aber, und das scheint mir von größter Bedeutung zu sein: Über ihre Arbeit fühlen sich Menschen auch existenziell oder vertikal mit dem Ganzen der Gesellschaft, der Welt oder des Lebens verbunden. Ich nenne das die vertikale oder existenzielle Resonanzachse: Menschen brauchen und suchen nach einer Bestätigung oder einem Sinn dafür, dass sie mit dem Urgrund der Existenz und zugleich mit der Totalität des Daseins verbunden sind, und zwar so verbunden, dass ihr Dasein und ihr Handeln, ihre Existenz nicht spurlos vorübergeht, nicht wirkungslos und bedeutungslos bleibt. Menschen müssen sich einerseits als wirksam und andererseits als «gemeint», als «adressiert» erfahren können. In der Berufsarbeit können sich Menschen ihres resonanten In-der-Welt-Seins auf unmittelbar leiblich-materielle, auf sinnlich erfahrbare Weise vergewissern: In ihrem Arbeiten wirken sie auf die Welt ein und transformieren sie – und sei es «nur» das Regal im Supermarktlager –, und im Lohn- oder Gehaltszettel erfahren sie die nährende Antwort. Eben dieser Nexus aus Selbstwirksamkeit und Affizierung wird zerstört, wenn eine Form der Sozialhilfe das Arbeitseinkommen ersetzt. Dann ist der «nährende Draht» zur Welt kein Resonanzdraht mehr, weil er von existenzieller Selbstunwirksamkeit zeugt. Menschen eben dies zuzumuten, weil ihre Arbeitsstelle wegrationalisiert wird, grenzt in diesem Sinne an eine Menschenrechtsverletzung und sogar an Körperverletzung.

Selbstwirksamkeit

In einer im Wesentlichen eben doch säkularen, postmetaphysischen Welt, in der weder die Religion noch die Politik es zu vermögen scheinen, mächtige vertikale Resonanzachsen dieses Typs zu erzeugen, welche den Menschen einen gleichsam praktischen, tätigen, alltäglichen, und ja: physischen, unmittelbar spürbaren Sinn ihres resonanten Verbundenseins mit der Welt zu geben vermöchten, trägt die Arbeit für viele die ganze existenzielle Resonanzlast. Wenn wir arbeiten gehen, erfüllen wir eine Funktion im globalen Ganzen der Gesellschaft. Wir stehen in einem Antwortverhältnis mit der Welt. Diese Arbeit und diese Arbeitsstelle stehen am Schnittpunkt sozialer wie räumlicher Interaktionsketten: Sie sind das Ergebnis einer unübersehbaren Vielzahl weitverzweigter Prozessketten, und sie beeinflussen viele weitere. Und sie stehen im Gravitationspunkt der historischen Entwicklung: Jeder Beruf ist eingebettet in eine Geschichte der Profession, oder des Handwerks, oder des Unternehmens, oder der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaftshistorie und so weiter. Und allen Transformationen und vielleicht auch Digitalisierungen zum Trotz wird diese Geschichte auch weitergehen. In diesem Sinne ist es die Arbeit, welche uns auf resonante, selbstwirksame Weise in die Zeit, in den Raum, in die Gesellschaft, ja in den Kosmos gestellt sein lässt.

In diesem Sinne ist es die Arbeit, welche uns auf resonante, selbstwirksame Weise in die Zeit, in den Raum, in die Gesellschaft, ja in den Kosmos

Was machen nun Digitalisierungsprozesse mit der Arbeit? Sicher gibt es darauf keine eindeutige Antwort, sondern viele. Sie verändern gewiss die Art und Weise, wie wir mit der Welt in allen genannten Dimensionen verbunden sind. Ich möchte mich hier auf den Aspekt der Selbstwirksamkeit konzentrieren, denn er scheint mir der wichtigste, der am meisten unterschätzte und doch der folgenreichste zu sein. Selbstwirksamkeit heißt für mich – etwas anders als der Begriff in der Psychologie verwendet wird – nicht, dass wir die Kontrolle über die Ergebnisse und Folgen unseres Handelns haben, sondern, dass wir uns in unserem Handeln als in einem Antwortverhältnis zur Welt erleben: Die Welt (die ich bearbeite) reagiert auf mei-

ne Tätigkeit, verändert sich dadurch, bleibt widerständig, aber erreichbar. Mein Handeln und Erleben und das Handeln oder Wirken des Gegenübers formen sich wechselseitig, ohne füreinander vollständig verfügbar zu werden.

Menschen erfahren sich beispielsweise als unmittelbar leiblich und intentional wirksam, wenn sie Teig kneten, einen Hammer schwingen, Rasen mähen oder Fenster putzen; auch wenn wir einen Text schreiben oder einen Programmcode erstellen oder ein krankes Organ operieren oder eine Windel wechseln. Digitalisierungsprozesse verändern nun in vielen Kontexten die Art unserer Selbstwirksamkeit auf entscheidende Weise: Einerseits inflationieren sie unsere Selbstwirksamkeit in gewaltigem Masse. Mit einem einzigen Klick können wir Dinge tun, für die wir früher Tage gebraucht hätten. Zum Beispiel Tausenden von Menschen eine Nachricht senden. Mit einem Klick können wir Türen öffnen und schließen, Beleuchtungsanlagen und Kühlhäuser an- und ausschalten, Rasenmäher Roboter in Gang setzen und so fort. Von einem einzigen Steuerzentrum aus, mit ein paar Bewegungen an einem Bildschirm, kann etwa ein moderner Landwirt Hunderte Kühe melken, Ernten einfahren, Äcker umpflügen.

Verletzlichkeit

Aber wenn irgendwo ein Mikrochip ausfällt, kann diese Allmacht im Handumdrehen in Ohnmacht umschlagen: Dann ist er vielleicht in seinem Steuerzentrum gefangen, weil die Türe nicht mehr aufgeht, und von Hand melken oder pflügen ist nicht mehr möglich. Die inflationierte Selbstwirksamkeit ist also vielfach vermittelt und eben deshalb extrem prekär: Von der Allmacht im Daumen zur existenziellen Ohnmacht ist es nur ein winziger Schritt, und ebendieser Schritt entzieht sich unserer Kontrolle, ist unverfügbar. Damit wird aus meiner Sicht unser Weltverhältnis doppelt prekär: Wir pflügen nicht mit unserer Körperkraft, wir können nicht Hammer und Zange schwingen, wenn der Motor ausfällt, wir können nicht einmal den Nachbarn oder den Handwerker zu Hilfe holen, wenn das Relais defekt ist, sondern wir müssen die computerisierte Blackbox in ein weit entferntes Werk einsenden.

In unserem unmittelbaren, selbsttätigen, physischen Weltverhältnis verlieren wir fortwährend an Selbstwirksamkeit.

In unserem unmittelbaren, selbsttätigen, physischen Weltverhältnis verlieren wir fortwährend an Selbstwirksamkeit. Und zu dieser technischen Prekarisierung kommt nun im Zeitalter der Digitalisierung auch eine extreme soziale Vulnerabilität: Wenn der Beruf und die Arbeitsstelle unsere Verortung im Welt- und Gesellschaftsganzen angeben, den Ankerpunkt unserer Resonanzachsen bilden, dann impliziert der Umstand, dass wir jederzeit ersetzbar sind und niemals sicher sein können, wie lange dieser Ankerpunkt erhalten und stabil bleibt, eine Gefährdung unseres Weltverhältnisses im Ganzen. Auch hohe und lange ausbezahlte Arbeitslosengelder vermögen dagegen nur wenig auszurichten. Es würde mich nicht wundern, wenn die politische Wut, die sich allenthalben und allerorten beobachten lässt, eben hierin eine ihrer tiefsten Wurzeln hätte.

Station 4

4 COMMONS

Der Begriff Commons wird häufig mit dem deutschen Begriff „Allmende“ gleichgesetzt. Als Musterbeispiel wird gerne die gemeinschaftlich genutzte Dorfweide genannt. Der Begriff „Commons“ unterscheidet sich allerdings vom Allmendebegriff dadurch, dass er das Beziehungssystem zwischen den Menschen, die eine gemeinsame Ressource (nicht nur in der Landwirtschaft) nutzen, in den Mittelpunkt stellt. Der moderne Begriff Commons bezeichnet Ressourcen (Wissen, Nahrung, Energiequellen, Wasser, Land, Zeit u. a.), die aus selbstorganisierten Prozessen des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflegens und/oder Nutzens (Commoning) hervorgehen. Commons werden vielfach „jenseits von Markt und Staat“ verortet, womit vor allem gemeint ist, dass in Commons-Kontexten andere Handlungslogiken dominieren (vgl. wikipedia-Artikel „commons“).

Idee der Commons

Quelle: https://commons-institut.org/was-sind-commons (abgerufen am 20.08.2020)

Commons sind gemeinsam hergestellte, gepflegte und genutzte Produkte und Ressourcen unterschiedlicher Art. Im Deutschen gibt es dafür das Wort Gemeingüter, was aber zu sehr auf die Ressourcen oder Produkte („Güter“) fokussiert. Daher verwenden wir auch im Deutschen das Wort Commons. Das Wort Commons mit „s“ steht dabei sowohl für die Einzahl wie für die Mehrzahl, es gibt also das Commons und die Commons.

Commons haben drei Bausteine

(1) Die **Ressource** oder das **Produkt**, das gemeinschaftlich hergestellt, erhalten und genutzt wird. Das können etwa Gewässer, Böden, Räume, Software, Saatgut, Fahrräder, die Wikipedia, Erkenntnisse, Produktionsmittel, die Atmosphäre oder die Ozeane sein oder irgendetwas anderes. Grundsätzlich kann alles zum Commons werden. Manche Commons-Ressourcen sind von der Natur gemacht (Gewässer, Atmosphäre), andere von Menschen (GNU/Linux, Wikipedia, Produktionsmittel). Üblicherweise kommt aber beides zusammen – Böden und Saatgut haben eine natürliche Basis, müssen aber von Menschen gepflegt und entwickelt werden, um für Menschen nutzbar zu werden und zu bleiben.

Manche Ressourcen/Produkte sind universell. Jeder Mensch hat das gleiche Recht, sie zu nutzen; kein Mensch hat das Recht, sie zu zerstören oder sie einzuhegen und dadurch andere von ihrer Nutzung abzuhalten. Das gilt etwa für die Atmosphäre und die Ozeane, Freie Software wie GNU/Linux und Firefox sowie Freies Wissen wie die Wikipedia oder OpenStreetMap.

Andere sind lokal. Sie sind an einen bestimmen Ort gebunden und können nur von den vor Ort lebenden Menschen genutzt und gepflegt werden. Das gilt etwa für einzelne Gewässer und Bewässerungssysteme, Ländereien und Gebäude. Auch lokale Commons brauchen Schutz vor Einhegung und Zerstörung, um als solche erhalten zu bleiben.

(2) Die **Community** oder **Gemeinschaft** der Menschen, die das Commons herstellen, erhalten und nutzen. Ohne konkret handelnde Menschen in bestimmten sozialen Umgebungen ist kein Commons denkbar. Produkte werden von Menschen gemacht, und wenn sie nicht von Menschen genutzt werden, sind sie nutzlos. Commons-Ressourcen mit natürlicher Basis müssen bewahrt und gepflegt werden. Unentdecktes und ungenutztes Land ist kein Commons, es ist im Wortsinne „Niemandsland“.

(3) Die **Regeln** der **Selbstorganisation**, die die Community für den Umgang mit dem Commons setzt und durchsetzt. Selbstbestimmte Regeln sind die Grundlage der Selbstorganisation. Ohne verabredete Regeln kann kein Commons funktionieren, doch welche Verabredungen im Einzelfall die richtigen sind, hängt von der Art des Commons und den Präferenzen der Community ab. Es ist ein Unterschied, ob die Nutzung von Bytes und Informationen geregelt werden muss oder jene natürlicher Ressourcen wie Wasser und Wald.

Unterschiedliche Commons brauchen unterschiedliche Regeln, die aber in allen Fällen von der jeweiligen Community (Nutzer*innen- und Kümmerer*innen-Gemeinschaft) weitgehend selbst gefunden und durchgesetzt werden. Das gelingt nur, wenn eine Gruppe von Menschen ein gemeinsames Verständnis im Umgang mit dem Commons entwickelt. Den komplexen sozialen Prozess des selbstorganisierten Umgangs mit Commons bezeichnet der Historiker Peter Linebaugh als „Commoning". Aus diesem „Commoning" ergeben sich die in oft konfliktreichen Prozessen ausgehandelten Regeln.

Commoning

Jedes Commons ist anders, weil die Regeln und Gestaltungsprinzipien den lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen angepasst werden. Es gibt keinen „Masterplan" für alle Commons, wohl aber einige Gemeinsamkeiten:

- Commoning ist ein Prozess von unten nach oben (bottom-up) statt von oben nach unten (top-down). Entscheidungen werden lokal von denen getroffenen, die von ihnen betroffen sind und sie umsetzen müssen. Es gibt keine von oben oder von einer zentralen Institution durchgesetzte Vorgaben, an die sich alle halten müssen.

- In Commoning-Prozessen werden konsensorientierte Lösungen gegenüber Mehrheitsentscheidungen und willkürlichen Entscheidungen einzelner bevorzugt. Bei exklusivem Privateigentum hat eine Eigentümer*in die fast uneingeschränkte Verfügungsgewalt – wenn andere die Ressource/das Produkt nutzen möchten, brauchen sie die Erlaubnis der Eigentümer*in und müssen sich ihren Vorgaben unterordnen. Bei Mehrheitsentscheidungen dürfen zwar alle mit abstimmen, doch bei jeder tatsächlich getroffenen Entscheidung muss eine u.U. beträchtliche Minderheit damit leben, dass sie überstimmt wurden. Das kann schnell zu Frust und Rückzug führen. Beim Streben nach Konsens haben hingegen alle die Möglichkeit, ein begründetes Veto einzulegen und eine Entscheidung, die ihnen gar nicht passt, auf diese Weise zu blockieren. Das macht es schwieriger und langwieriger, sich zu einigen, bedeutet aber auch, dass mit der schließlich gefundenen Lösung alle leben können und niemand das Gefühl hat, immer wieder überstimmt zu werden.

Beim Commoning geht es um die Bedürfnisse der Beteiligten, nicht um Profit.

- Beim Commoning geht es um die Bedürfnisse der Beteiligten, nicht um Profit. Commons werden gemacht und gepflegt, um genutzt zu werden und Bedürfnisse zu befriedigen, nicht um Profite „abzuwerfen". Die notwendige Finanzierung der Projekte läuft über vielfältige Formen. Dabei ist zentral, dass das Projekt nicht oder nicht wesentlich für den Markt produziert wird, um eine Ausrichtung am Markt statt an den Bedürfnissen zu verhindern.

- Die Logik des Commoning geht davon aus, dass bei richtiger Nutzung „genug für alle" da ist. „Rivale" Güter, die nicht von allen gleichzeitig genutzt werden können – ob Bewässerungssysteme oder Fahrzeug-Pools – werden so aufgeteilt, dass alle die wollen zum Zug kommen und niemand leer ausgeht. Nichtrivale Güter, die von beliebig vielen Menschen parallel genutzt werden können – das gilt für jede Art von Wissen und Informationsgütern, etwa Software und Musik – stehen allen ohne Einschränkungen zur Verfügung.

Grundlegende Kritik am Allmende Gedanken

Die Idee der Commons musste sich lange Zeit mit einer grundlegenden Kritik des Ökologen Garrett Hardin aus dem Jahr 1968 auseinandersetzen. Diese Kritik und die Antwort darauf werden hier kurz dargestellt.

Mit der in der Ausstellung formulierten Geschichte greifen wir ein viel zitiertes Beispiel des Ökologen Garrett Hardin aus dem Jahr 1968 auf. Unter dem Titel «The Tragedy of the Commons» (Die Tragik der Allmende) kritisierte Hardin an den Allmenden die Tendenz, die Ressourcen zum Nachteil aller Beteiligten zu übernutzen. Dazu schilderte er ein eingängiges Beispiel: Bei der gemeinsamen Nutzung einer Dorfweide (Allmende) durch mehrere Bauern bietet die Grasfläche zunächst genug Nahrung an. Wenn jedoch alle Bauern ihre Kühe auf diese Weide treiben, da sie ja kostenlos zur Verfügung gestellt wird, wächst das Gras nicht mehr rasch genug nach, und es kommt zu einer Übernutzung der Allmende. Alle Beteiligten haben dann Nachteile von dieser Allmende.

Die Kritik von Hardin ist zunächst durchaus zutreffend und entspricht unserer Alltagserfahrung. Wir nutzen täglich zahlreiche Gemeingüter wie z.B. Luft, Verkehrsachsen im Straßenverkehr, Parks, Fußgängerzonen, unversehrte Gewässer, Wälder, etc.. In der Anonymität der Massen ignorieren viele Menschen, dass ihr Verhalten zur Übernutzung des jeweiligen Gutes führt. Klimaerwärmung, Umweltverschmutzung, Vermüllen, Staus, Überfischung und «Overtourism» sind die logischen und allbekannten Folgen.

Antwort der Befürworter der Commons

Befürworter des Commons Ansatz wenden gegen das Argument von Hardin ein, dass es sich bei dem Beispiel von Hardin nicht um Commons handelt, sondern um sogenanntes Niemandsland, also Land, das von niemandem besiedelt, gepflegt oder bewirtschaftet wird. Es gibt keine Absprachen zwischen den Beteiligten. Hardin räumte später ein, vom unregulierten Commons gesprochen zu haben.

„design principles" von Elinor Ostrom

Die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom, eine große Vordenkerin der Commons, verwies darauf, dass zu den Commons unbedingt gemeinsam aufgestellte Regeln und Absprachen gehören. Menschen wollen und können – so Ihr Ansatz - miteinander kommunizieren und sind in der Lage, Absprachen zu treffen, um Übernutzung zu verhindern. Die Absprachen können formell und informell sein und beinhalten Regeln und Normen, die wichtige Anreize und Rahmenbedingungen für kooperatives Handeln liefern. In stabilen und von Commoners selbstbestimmten Institutionen wird es nicht zu der von Hardin vorhergesehenen Übernutzung kommen.

Ostrom entwickelte für funktionierende Commons so genannte design principles, die eine erfolgreiche Bewirtschaftung von common pool resources ermöglichen. Als Resümee ihrer Forschung nannte Ostrom folgende Prinzipien für erfolgreiche Lösungen von lokalen Allmendeproblemen:

1. Klar definierte Grenzen und einen wirksamen Ausschluss von externen Nichtberechtigten.
2. Regeln bezüglich der Aneignung und der Bereitstellung der Allmende Ressourcen müssen den lokalen Bedingungen angepasst sein.
3. Die Nutzer können an Vereinbarungen zur Änderung der Regeln teilnehmen, so dass eine bessere Anpassung an sich ändernde Bedingungen ermöglicht wird.
4. Überwachung der Einhaltung der Regeln.
5. abgestufte Sanktionsmöglichkeiten bei Regelverstößen.
6. Mechanismen zur Konfliktlösung.
7. Die Selbstbestimmung der Gemeinde wird durch übergeordnete Regierungsstellen anerkannt.

Autor: Norbert Bernholt

Was Commons sind und nicht sind

Auszug aus dem Buch von Silke Helfrich & David Bollier: frei fair lebendig. Bielefeld 2019, S.20-22

„Commons sind lebendige soziale Strukturen, in denen Menschen ihre gemeinsamen Probleme in selbstorganisierter Art und Weise angehen. Leider werden sie häufig als Ressourcen beschrieben, die niemandem gehören – etwa Meere, das Weltall und der Mond – oder die sich in Gemeinschaftseigentum befinden – Wasser, Wälder und Land. Commons wird also mit Begriffen zusammengebracht, die etwas Anderes bedeuten und dabei oft mit diesen verwechselt werden. Wir stellen solche Begriffe hier vor, um nicht nur Missverständnisse zu verhindern, sondern auch, um noch einmal die moderne, ökonomische Weltsicht darzustellen, die sich auf Dinge und Individuen kapriziert statt auf Beziehungen und Systeme.

Gemeingüter (»common goods«): Der Begriff kommt aus der Wirtschaftswissenschaft. Sie unterscheidet zwischen bestimmten »Güterarten« – Gemeingüter, Klubgüter, öffentliche Güter und private Güter. Der Zugang zu Gemeingütern soll schwierig zu begrenzen sein. Im Jargon der Neoklassik gelten sie daher als »nicht ausschließbar«. Zudem sind sie sind nicht in unerschöpflicher Fülle vorhanden. Sie gelten daher als »rival«. Tatsächlich werden sogenannte Gemeingüter oft weniger, wenn wir sie aufteilen oder nutzen. Sie werden aufgebraucht. Dennoch ist es irreführend, Gemeingüter als »nicht ausschließbar« und »rival« zu bezeichnen. Zum einen sind Güter nicht rival. Nicht Güter rivalisieren, sondern Menschen rivalisieren um deren Nutzung. Güter sind erschöpflich. Zum anderen sind Ausschließbarkeit und Erschöpflichkeit nicht einem Gut selbst inhärent. Nicht das Gut ist exklusiv – also ausschließbar –, sondern Menschen werden von anderen Menschen ausgeschlossen (oder nicht). Auch die Erschöpflichkeit eines Allmendeguts ist nur dann problematisch, wenn wir unangemessene Entscheidungen über die Nutzung von Wasser, Land, Raum oder Wäldern treffen. Und schließlich verführt der wirtschaftswissenschaftliche Begriff »Gut« dazu, Land, Wasser oder Wald in erster Linie als etwas zu sehen, das nach Kriterien des Marktes bewertet und gehandelt werden kann. Viele Kulturen lehnen eine solche Interpretation ab.

Gemeinressourcen (auch: Gemeinsam genutzte Ressourcen, »common-pool resources«, CPRs) Dieser Begriff wird meist von Commons-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern in der Tradition von Elinor Ostrom verwendet. Wenn sie die Bewirtschaftung gemeinsamer Fischgründe, Grundwassereinzugsgebiete oder Weiden erforschen, sprechen sie von diesen Gründen, Gebieten und Ländereien als CPR, als Gemeinressource. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie Menschen mit diesem gemeinsamen Naturvermögen umgehen und wie sie dabei Übernutzung vermeiden können. Der Begriff Gemeinressource (CPR) ist dem der Gemeingüter in Konzeptualisierung und Anwendung sehr ähnlich. Beide klammern aus, dass auch das, was mehr wird, wenn wir es teilen – so wie Wissen oder Code –, uns gemeinsam zukommen kann.

Im Zentrum steht dabei die Frage, wie Menschen mit diesem gemeinsamen Naturvermögen umgehen und wie sie dabei Übernutzung vermeiden können.

Gemeineigentum (»common property«): Während ›gemeinsam genutzte Ressource‹ oder ›Gemeingut‹ sich auf die im Zentrum stehende Sache als solche bezieht (den Fischgrund, das Wassereinzugsgebiet, das Weideland) geht es beim Gemeineigentum um ein Rechtssystem, das formale Rechte auf Zugang oder Nutzung gewährt. Gemeinressource und Gemeingut verweisen beispielsweise auf das Wasser selbst, während Gemeineigentum sich auf das Rechtssystem bezieht, das reguliert, wie Menschen das Wasser nutzen dürfen. Von Eigentumsregimen zu sprechen bedient ein ganz anderes Register als Verweise auf Wasser, Land, Fischgründe, Softwarecode und Wissen als solche. Letzere können in sehr unterschiedlichen rechtlichen Regelungen bewirtschaftet werden. Es handelt sich also um zwei unterschiedliche Dinge. Commoners mögen sich für eine Form des Gemeineigentums entscheiden oder mehrere Eigentumsformen kombinieren. Das jeweilige Eigentumsregime bildet jedoch nicht den Kern des Commons.

Gemeinsame, das (»the common«): Vom Gemeinsamen ist zum Beispiel im »Common Wealth« von Michael Hardt und Antonio Negri die Rede. Und dasist kein Übersetzungsfehler. The common statt commons, heißt es dort. Das Ge- meinsame ist das, was wir teilen, gemeinsam produzieren und gemeinsam regeln. Als politisches Projekt existiert es nicht einfach neben dem Privaten und dem Öffentlichen, sondern entfaltet sich auf einer anderen, unter anderem affektiven, Grundlage. Das Gemeinsame gilt Hardt/Negri als Beginn und Ergebnis ihrer »biopolitischen Ökonomie«. Tatsächlich kommt das vielen Grundgedanken in diesem Buch sehr nah. Und doch verwirrt der Begriff, vor allem im Deutschen, weil er unzureichend ist – das Gemeinsame kann auch das Gemeinsame der Mafia sein.

Gemeinwohl (»the common good«): Der Begriff ist bereits seit der griechischen Antike bekannt und bezieht sich auf die Idee, für das Beste aller Mitgliedereiner Gesellschaft zu sorgen. Es ist ein schillernder Gemeinplatz ohne klare Bedeutung, denn praktisch jedes politische und ökonomische System behauptet, es schaffe die meisten Vorteile für alle.

Sich mit Commons vertraut zu machen, gelingt am besten über einige aus dem Leben gegriffene Beispiele wie die folgenden fünf. Diese Beispiele werden uns helfen, Commons als theoretischen Rahmen für soziales Miteinander, eine bedürfnisorientierte Ökonomie und sogar für Governance, also eine gelingende Selbstorganisation, zu begreifen. Dabei ist jedes Commons einzigartig. Es gibt keine Universalmodelle oder Patentrezepte, keine Best Practices oder Schablonen für Commons und Commoning, denn jedes Commons ist bei aller Gemeinsamkeit einzigartig; doch es gibt konkret nachvollziehbare Erfahrungen und aufschlussreiche Muster, die uns inspirieren können."

Zum Menschenbild

Der Commons- Ansatz verträgt sich nicht mit dem Menschenbild des homo oeconomicus, das immer noch in der traditionellen Volkswirtschaftslehre bemüht wird. Die Commons-Idee stützt sich dagegen auf ein modernes relationales Menschenbild, in dem das Bedürfnis nach gelingenden Beziehungen im Mittelpunkt steht. Die immer wieder diskutierte Frage, ob der Mensch ein eher rücksichtsloser Egoist oder ein im Grunde soziales emphatisches Lebewesen ist, führt aus dieser Sichtweise auf eine falsche Fährte. Menschen sind keine statischen Wesen, sondern sie entwickeln sich im Laufe ihres Lebens. Sie können sich also sehr wohl zu einem Egoisten aber auch zu einem emphatischen Wesen entwickeln. Darin ist man sich heute in der Wissenschaft weitgehend einig. Eine Gesellschaft, die besonders egoistisches Verhalten fördert, wird entsprechend viele Menschen mit Ellbogenqualitäten hervorbringen.

In dem im Jahr 2020 erschienenen Buch von Rutger Bregmann „Im Grunde gut" erörtert der Autor die oben gestellte Frage nach einem zeitgemäßen Menschenbild. Wir geben hier eine Besprechung des Buchs, die am 8. Juni 2020 im Deutschlandfunk veröffentlicht wurde, wieder:

Rutger Bregman: Warum der Mensch im Grunde gut ist

Quelle: https://www.deutschlandfunk.de/rutger-bregman-warum-der-mensch-im-grunde-gut-ist.1310.de.html?dram:article_id=478076 (abgerufen am 28. 8.2020)

Im Grunde ist der Mensch gut: Zu diesem Fazit kommt der Historiker Rutger Bregman in seinem neuen Buch mit dem Untertitel „Eine neue Geschichte der Menschheit". Er widerspricht damit Philosophen wie Thomas Hobbes und Jean-Jacques Rousseau – und nimmt den Menschen dabei rein wissenschaftlich unter die Lupe.

Könnte der Mensch tatsächlich gar nicht so schlecht sein, wie ihm selbst immer wieder weisgemacht wird? Was wäre, wenn in Bewährungssituationen unter dem dünnen Firnis der Zivilisation gar kein bösartiges, barbarisches Wesen zum Vorschein käme, sondern ein grundgutes? Eines, das nicht nur die eigenen Interessen im Blick hat, sondern auch die der Gemeinschaft? Ein Gedanke, der angesichts leer gekaufter Supermarktregale und zu Wucherpreisen gehandelter Atemschutzmasken in Zeiten der Coronakrise durchaus abwegig erscheint.

Der niederländische Historiker Rutger Bregman wagt einen Blick in die Geschichte der Menschheit: Was befindet sich hinter dem dünnen Firnis der Zivilisation?

Die Freiheit prägt den Menschen

Dennoch, ein Blick in die Historie zum Zwecke der Selbsterkenntnis könnte lohnen, meint der niederländische Historiker Rutger Bregman. Immerhin hatte sich bereits Winston Churchill verschätzt mit seiner Befürchtung, die deutschen Bombardements während des Zweiten Weltkrieges würden nicht nur britische Städte zerstören, sondern Angst und Panik auslösen und somit die Moral wie den Verteidigungswillen der Bevölkerung schwächen. Doch nichts dergleichen geschah:

„Die psychiatrischen Notaufnahmen blieben leer. Mehr noch, mit der mentalen Gesundheit vieler Briten ging es bergauf. Der Alkoholmissbrauch nahm ab. Weniger Menschen als in Friedenszeiten begingen Selbstmord. Nach dem Krieg sehnten sich viele Briten sogar nach der Zeit des Luftkrieges zurück, als jeder jedem half und es keine Rolle spielte, ob man links oder rechts, arm oder reich war. ‚Die britische Gesellschaft wurde durch den Luftkrieg in vielerlei Hinsicht stärker', schrieb ein britischer Historiker später. ‚Hitler war enttäuscht.'"

Die Fehleinschätzung resultierte aus der Annahme, dass der Mensch eine einsame und armselige Kreatur sei, dessen kriegerischer und zerstörerischer Drang im Grunde nur durch eine autoritäre Macht im Zaume gehalten werden könne, durch einen großmächtigen Leviathan beispielsweise, wie beim Philosophen Thomas Hobbes. In Freiheit werde er unweigerlich zu einem wilden Tier.

„Der Mensch ist des Menschen Wolf" – Eine Theorie des englischen Philosophen Thomas Hobbes

Muss der Mensch zivilisiert werden?

Jean-Jacques Rousseau hingegen hielt die Zivilisation für das eigentliche Verderbnis. Sie hat den Menschen aus seinem seligen Naturzustand gerissen, ihm die Freiheit geraubt und zu einem zynischen Egoisten geformt. Beide, Hobbes und Rousseau, hätten noch immer großen Einfluss auf unser heutiges Menschenbild, meint Rutger Bregman.

„So fußte die Wirtschaftswissenschaft von Anfang an auf einem Hobbes'schen Menschenbild: dem des rationalen, egoistischen Individuums. Rousseau dagegen ist enorm einflussreich auf die Pädagogik geblieben, weil er daran glaubte, dass Kinder so frei wie möglich aufwachsen sollten (ein revolutionärer Gedanke im 18. Jahrhundert)."

Bregmans Eingangsthese, dass die meisten Menschen „im Grunde gut" seien, lässt bereits vermuten, welcher der beiden Philosophen für den Autor die größere Überzeugungskraft besitzt. In seiner „neuen Geschichte der Menschheit", wie sein Buch im Untertitel heißt, will Rutger Bregman die Welt jedoch nicht aus dem „Philosophensessel" heraus betrachten, sondern anhand von wissenschaftlichen Erkenntnissen, Berichten und Untersuchungsergebnissen gängige Narrative hinterfragen.

Die angeblichen Barbaren der Osterinsel

Zum Beispiel die Sache mit der Osterinsel – bekannt für ihre ebenso kolossalen wie rätselhaften Steinfiguren. Um diese Moai genannten Skulpturen, heißt es, sei zwischen zwei Stämmen vor Jahrhunderten ein blutiger Krieg entbrannt. Nach der Vernichtung des einen Stammes durch den anderen, begannen die übrig gebliebenen Inselbewohner sich gegenseitig zu töten und zu verzehren. Ein Beweis für Thomas Hobbes' Theorie, der Mensch ist des Menschen Wolf. Zumal sich die Bevölkerungszahl auf dem Eiland nach Schätzungen von Entdeckungsreisenden von 15.000 auf zirka 2.000 deutlich reduziert hatte. Nach neuen Berechnungen haben jedoch nie mehr als 2.200 Einwohner auf der Osterinsel existiert. Rutger Bregman konstatiert:

„Mit anderen Worten: Die Tausende von Osterinsulanern, die sich gegenseitig gefoltert, getötet und gefressen haben sollen, verfügen über ein ausgezeichnetes Alibi. Es hat sie nie gegeben."

Wie erklärt man das Böse?

Wer über das Gute im Menschen schreibt, das weiß Rutger Bregman, muss sich die Frage stellen, wie der Holocaust, der planmäßig durchgeführte Mord an sechs Millionen Juden, zu erklären ist. Der Holocaust ist das Beispiel schlechthin für die unfassbare Grausamkeit, das unleugbar Böse, zu dem der Mensch nun mal fähig ist. Bregman folgt der Philosophin Hannah Ahrend und betrachtet Adolf Eichmann, den Organisator der Shoah, als Paradebeispiel für die „Banalität des Bösen". Eichmann sei kein Monster gewesen, sondern ein pflichtbewusster deutscher Schreibtischtäter, der aus der Überzeugung handelte, Schaden von dem Staat, dem er diente, abzuwenden.

Die Philosophin Hannah Arendt und Autorin des Buches „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen". (Getty Images/ Archive Photos/Fred Stein Archive)

„Der Holocaust wurde [...] nicht von Menschen angerichtet, die sich plötzlich in Roboter verwandelt hatten. [...] Die Täter waren davon überzeugt, dass sie auf der richtigen Seite der Geschichte standen."

Rutger Bregman zeigt in seinem Buch auf nachvollziehbare Weise, wie sich selbst Menschen, die bereit sind, Grausames zu tun, einreden müssen, dass das Böse doch irgendwie gut sei. Sonst würden sich ihre Taten gegen sie selbst richten.

Auch wenn er zum Schluss ein wenig in Richtung Ratgeberecke abdriftet, gelingt es Rutger Bregman über eine lange Strecke, scheinbare Gewissheiten in Frage zu stellen und überzeugende Argumente für seine – wie es heißt – „radikale Idee" ins Feld zu führen. Dabei erweist er sich als unterhaltsamer Erzähler, der weiß, dass man Spannung erzeugt, wenn man den Leser am Prozess der Erkenntnissuche teilhaben lässt, die eigene These immer wieder mit neuen Widersprüchen konfrontiert. Sein Buch ist ein lesenswertes Plädoyer dafür, an das Gute im Menschen zu glauben, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein.

Die Art und Weise, wie wir Wirtschaften ist entscheidend von unserem Bild über den Menschen abhängig. Hier einige grundsätzliche Gedanken über den Zusammenhang von Wirtschaft und Menschenbild.

Wirtschaftsweise und Menschenbild

Kapitalismus ist kein Naturgesetz. Wie alle Gesellschaftssysteme ist er das Ergebnis menschlicher Bestrebungen. Aber warum führen unsere Bestrebungen gerade zum Kapitalismus?

Das trügerische Versprechen des Kapitalismus, jede und jeder könne, wenn er oder sie nur wolle, zu den Gewinnern gehören, lässt das kapitalistische System nach wie vor attraktiv erscheinen. Viele Menschen haben sich auf das kapitalistische Spiel eingestellt. Sie haben von klein an gelernt, mit anderen zu konkurrieren und ihre Fähigkeiten einseitig auf Haben und Karriere auszurichten. Oft fungiert das Streben nach Besitz und Macht als Ersatz für Zuwendung und Anerkennung. Der aggressive Verdrängungswettbewerb marktradikaler Ökonomie wird als angeblich naturgegebener Kampf ums Dasein ausgegeben, und dieser Kampf kennzeichnet nicht nur die Kultur der Wirtschaft, sondern auch das Selbstverständnis vieler Individuen. Der Erwerb materieller Güter und ungebremste Mobilitätsansprüche dienen der Demonstration des eigenen Status, und damit kämpfen Menschen um ihren Rang in der sozialen Hierarchie. Hast du was, dann bist du was! Die daraus folgende Konsumspirale ist das notwendige Gegenstück zur Spirale des Wirtschaftswachstums, und ohne dieses Gegenstück könnte das System nicht überleben: Nicht nur die Kapitaleigner, auch wir Konsument*innen treiben den Kapitalismus an! Angesichts dieses offenbar engen Zusammenhangs stellt sich die Frage nach der Rolle, die wir dabei spielen.

Man kann das Verhalten menschlicher Individuen u.a. aus dem Spannungsfeld zweier gegensätzlicher Pole erklären. Zum einen haben wir das Bedürfnis nach Autonomie und Selbstentfaltung („Selbstpol"), zum anderen nach Zuwendung und sozialer Beziehung („Sozialpol"). Aufgrund dieser sich gegenüberstehenden Pole spricht man von der Bipolarität oder auch Dualität menschlicher Grundbestrebungen. Diese Bestrebungen sind aber nicht nur gegensätzlich, sondern zugleich aufeinander bezogen. Wir benötigen gleichermaßen die Entfaltung des Selbstpols wie auch des Sozialpols. Das Verhältnis zwischen beiden Polen kann bei jedem Individuum unterschiedlich ausgeprägt sein und sich günstig oder problematisch entwickeln. (Die Gründe dafür können bereits in der Eltern-Kind-Beziehung oder auch in den später gemachten Erfahrungen des Individuums liegen.) Es geht dabei um Ausgewogenheit: Unsere Beziehungen gelingen dann am besten, wenn damit zugleich eine für uns optimale Balance der dualen Grundbestrebungen einhergeht.

Wir benötigen gleichermaßen die Entfaltung des Selbstpols wie auch des Sozialpols.

Dem Kapitalismus ist es weitgehend gelungen, unsere „zweidimensionale" Sicht- und Erlebensweise – die sowohl den Wunsch nach Selbstentfaltung als auch den nach Kooperation umfasst – in eine „eindimensionale" umzuformen. Dabei wird der Sozialpol von einem in die Irre geleiteten Selbstpol dominiert. Wir verfallen dem Grundirrtum, das Glück einseitig im Mehr-Haben zu suchen. Die für unsere Gesellschaft typischen Merkmale wie Zeitknappheit, Konkurrenzdruck, Angst, Stress und der Zwang zur Selbstoptimierung sind deutliche Symptome dieser einseitigen Ausrichtung. Als Trostpflaster bietet das kapitalistische System riesige Konsumtempel, einen überbordenden Tourismus oder die Flucht ins Virtuelle an.

Eine solidarische Gesellschaft hat den Anspruch, diese Unausgewogenheit zu überwinden. Dabei soll es nicht darum gehen, den Spieß umzudrehen, sodass der Sozialpol nun den Selbstpol dominiert (wie das die Formen von Staatssozialismus mit überbetontem Kollektivismus versucht haben). Sondern es sind gesellschaftliche Rahmenbedingungen nötig, die ein aufeinander bezogenes Verhalten sinnvoll machen und belohnen, um so ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Selbstpol und Sozialpol zu ermöglichen.

Autor: Norbert Bernholt/Klaus Simon

Es gibt mittlerweile viele Unternehmen, Initiativen und Projekte, die sich im Sinne der Commons organisieren. Wir stellen hier zwei Projekte vor: Das Buurtzorgkonzept zur ambulanten Pflege und die solidarische Landwirtschaft.

Ambulante Pflege nach dem Buurtzorgkonzept

Quelle: https://pflege-dschungel.de/buurtzorg/ (abgerufen am 25.8.2020)

Ein Kurzporträt

- Buurtzorg ist ein Ambulanter Pflegedienst und wurde 2007 vom holländischen Krankenpfleger Josephus Bernardus Imelda (Jos) de Blok (Vogelwaarde, 10. August 1960) gemeinsam mit vier Kollegen gegründet.
- Aufgrund seiner bahnbrechenden Idee einer „neuen Pflege“ und den umwälzenden Erfolg hat Jos de Blok sich bei unseren Nachbarn den Spitznamen „Pflegeprophet“ erworben.
- Buurtzorg („Nachbarschaftshilfe“) ist in der häuslichen Pflege tätig. Als „purpose (Sinn, Zweck) driven company“ hat die Firma eine gemeinnützige Rechtsform.
- Das Motto der gesamten Organisation : „Menschlichkeit vor Bürokratie“.
- Die Mission für die Teams: „Gebt den Pflegekräften ihre Berufung zurück und schafft Rahmenbedingungen, dass sie die Menschen so betreuen können, wie sie es lieben. Wenn Schwestern und Pfleger ihre Arbeit wieder schätzen, sind auch Patienten und Angehörige glücklich.“
- Selbstverständnis: „We don’t deliver care, we solve problems“. Es existieren keine zu verkaufende „Pflegeleistungen“. Es wird ausschließlich nach verbrachter Zeit für die Problemlösung abgerechnet.
- Kleine, sich selbst organisierende Teams von 4 bis 12 Pflegekräften.
- Keine Hierarchien, keine Chefs, keins PLDs – weder in der Zentrale noch in den Teams.
- Das Buurtzorg Zwiebel-Modell von innen nach außen. Der Klient/Patient steht immer im Mittelpunkt.
- Die Situation des Klienten wird von den Pflegern holistisch (ganzheitlich) wahrgenommen und der Pflegebedarf eingeschätzt. Ziel ist es immer, die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des Klienten zu verbessern. Also das umgekehrte Ziel des „Pflegegrad-Management“, das bei uns das Sachleistungsbudget für mehr Versorgungsleistungen verbessern soll. Idealerweise wird der Klient/Patient schnellstmöglich durch „Genesung und /oder wiedererlangter Eigenständigkeit“ aus der Obhut von Buurtzorg wieder entlassen.
- Als Einschätzung- und Bewertungssystem wird das OMAHA-System genutzt. Pflegeplanung und Dokumentation wird ausschließlich papierlos über Tablets vorgenommen.
- Alle Teammitglieder sind für alle Aufgaben verantwortlich (Medizinische Versorgung, Einsatzpläne, Neueinstellungen, Neukunden, Abrechnungen, Budgets, etc.).
- Eigenes Social Intranet Buurtzorgweb als Grundlage des Lernens, der Kommunikation und des Wissensaustauschs.
- Rahmenvorgabe für die Arbeit und Organisation der selbstorganisierten Buurtzorg Teams.
- Teams werden von derzeit 21 Coaches beim Aufbau und bei Konflikten unterstützt, wenn sie von den Teams hierzu aufgerufen werden.

Buurtzorg-Beschreibung und Hintergründe

Silke Helfrich, David Bollier: frei fair lebendig, Bielefeld, 2019, S. 23f.:

„Der niederländische Krankenpfleger Jos de Blok war von der ständigen Verschlechterung der häuslichen Pflege in seiner Stadt Almelo erschüttert: »Die Qualität wurde immer schlechter, die Zufriedenheit der Menschen nahm ab, und die Kostengingen in die Höhe«, stellte er fest. De Blok und ein kleines Team professioneller Pflegekräfte beschlossen daraufhin, eine eigene Organisation für häusliche Pflege zu gründen: Buurtzorg Nederland.

Anstatt die Pflege am Fließbandmodell auszurichten und als Marktdienstleistung zu konzipieren, die unter strikter Arbeitsteilung in messbaren Einheiten geliefert werden muss, setzt Buurtzorg auf kleine, selbstverwaltete Teams hochqualifizierter Pflegekräfte, die sich um 50 bis 60 Personen in einer Nachbarschaft kümmern (der Name »Buurtzog« bedeutet auf Niederländisch »Nachbarschaftspflege«). Die Pflege ist ganzheitlich. Sie orientiert sich an den vielen persönlichen Bedürfnissen, der sozialen Situation und den Bedingungen der einzelnen Patientinnen und Patienten. Wenn eine Pflegekraft jemanden das erste Mal aufsucht, gibt es zunächst ein Gespräch bei einer Tasse Kaffee. Gute Pflege lässt sich nicht vorprogrammieren. Sie muss besprochen werden. »Menschen sind keine Fahrräder, die sich anhand eines Organigramms organisieren lassen«, findet de Blok.

Die Pflege ist ganzheitlich. Sie orientiert sich an den vielen persönlichen Bedürfnissen, der sozialen Situation und den Bedingungen der einzelnen Patientinnen und Patienten.

Buurtzorg-Pflegekräfte folgen daher einer (in Commons allgegenwärtigen) Zeitverausgabungslogik. Sie praktizieren damit das Gegenteil der Zeiteinsparungslogik, nach der alles immer effizienter und wettbewerbsfähiger organisiert werden muss – und die Menschen vergessen werden. Buurtzorg ist ein gutes Beispiel für ein Commoning-Muster. Wir nennen es: (Für-)Sorge leisten & Arbeit dem Markt entziehen. Interessanterweise führt die Idee, mehr Zeit mit den Patientinnen und Patienten zu verbringen, dazu, dass diese weniger professionelle Pflegezeit benötigen. Das ist nicht wirklich überraschend, denn die Pflegekräfte versuchen im Grunde, sich möglichst überflüssig zu machen, was die Patientinnen und Patienten ermutigt, unabhängiger zu werden. Ein sich selbst verstärkender Zusammenhang.

Eine Studie aus dem Jahre 2009 zeigte auf, dass die Buurtzog-Patientinnen und -Patienten doppelt so schnell aus der Pflege entlassen werden wie die Klienten anderer Pflegedienste, und sie benötigten letztlich nur 50 Prozent der Pflegestunden, die ihnen verschrieben worden waren.
Die Pflegekräfte leisten das volle Spektrum an Betreuung, von medizinischen Maßnahmen bis hin zur Unterstützung der grundlegen Körperpflege. Sie machen zudem informelle Pflegenetzwerke in der Nachbarschaft ausfindig oder helfen sie aufzubauen, unterstützen das soziale Leben und fördern die Selbstpflege und Unabhängigkeit.

Buurtzorg wird von den Pflegekräften selbstverwaltet, was durch eine einfache, flache Organisationsstruktur sowie durch Informationstechnologie u.a. inspirierende Blogposts von de Blok unterstützt wird. Buurtzorg arbeitet im großen Maßstab, ohne dass Hierarchie oder allgemeiner Konsens nötig wären. Entscheidungen werden dezentral getroffen, auf Grundlage gemeinsamer Kriterien. Das ist ein Muster. Wir nennen es: gemeinstimmig entscheiden.

Ende 2018 waren bei Buurtzorg über 10.000 Pflegekräfte in 870 Nachbarschaftsteams beschäftigt, die im ganzen Land circa 110.000 Menschenpflegten. Ähnliche Initiativen starteten in den USA und anderen Ländern Europas. In Deutschland entstehen zehn Jahre nach der Gründung des Originals Ableger dieser »Pflege auf Augenhöhe,« etwa Care4Me. Die erste Buurtzorg-Konferenz fand hierzulande am 1. Oktober 2018 statt.

Nach Jahren erfolgreicher Praxis steht fest: das Buurtzorg Modell ermöglicht, an menschlichen Bedürfnissen orientierte häusliche Pflege zu relativ geringen Kosten in hoher Qualität. Einer KPMG-Studie zufolge wurden über diesen Ansatz die Besuche in der Notaufnahme bis 2015 um30 Prozent gesenkt und die Ausgaben von Steuergeldern für häusliche Pflege um30 Prozent reduziert. Zudem hat eine Studie von Ernst & Young ergeben, dass die Zufriedenheit der Belegschaft von Buurtzorg die höchste aller niederländischen Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten ist. Diesen Rekord hält die Organisation über mehrere Jahre in Folge.“

Weiterführender links.
https://pflege-dschungel.de/buurtzorg/ https://www.buurtzorg-deutschland.de/

Solidarische Landwirtschaft

Quelle: https://www.solidarische-landwirtschaft.org/das-konzept

In einer Solidarischen Landwirtschaft können alle Beteiligten von dieser Beziehung profitieren:

Die Verbraucher*innen ...

- erhalten gute Qualität: frische, vielfältige, saisonale, und regionale Nahrungsmittel
- gewinnen Transparenz: sie wissen, wo und wie die Nahrungsmittel angebaut werden, wer sie anbaut und zu welchen Kosten dies geschieht
- fördern regionale Nachhaltigkeit: Aufbau ökonomischer Strukturen, durch die eine lebendige lokale Landwirtschaft gestärkt wird
- bekommen Zugang zu Erfahrungsräumen und Bildung: die Möglichkeit, sich Wissen über den Anbau und die Herstellung von Lebensmitteln und über die Pflege der Erde zu erwerben

Die Erzeuger*innen...

- erhalten Planungssicherheit und die Möglichkeit der Unterstützung durch eine Gemeinschaft
- teilen das Risiko, das die landwirtschaftliche Produktion mit sich bringt (z.B. schlechte Ernte auf Grund von Witterungsbedingungen)
- erhalten ein gesichertes Einkommen und somit die Möglichkeit, sich einer gesunden Form der Landwirtschaft zu widmen
- erhalten einen größeren Gestaltungsspielraum für ihre Arbeit: z.B. die Anwendung von einer guten landwirtschaftlichen Praxis, die unter marktwirtschaftlichen Sachzwängen nicht immer möglich ist; experimentelle Anbauformen, Förderung der Bodenfruchtbarkeit, Tiergerechtere Haltung, Anbau samenfester Sorten
- gewinnen mehr Freude an der Arbeit, da sie wissen, für wen sie die Lebensmittel anbauen
- erleben mehr Mitbestimmungsmöglichkeit ihres Arbeitsalltags: Arbeitsstrukturen, die mehr Freizeit, Urlaub ermöglichen, als sonst in dieser Branche üblich ist.

Der Solawi-Betrieb ...

- ist geschützt vor Veränderungen des Marktes
- kann Produkte verwerten, die normalerweise auf Grund von Marktnormen im Müll landen würden. Durch Solawi wird bei den Verbraucher*innen ein entsprechendes Bewusstsein geschaffen und somit werden weitaus weniger Lebensmittel weggeworfen
- kann eine größere Vielfalt (z.B. seltene Gemüsesorten, bedrohte Haustierrassen) anbieten

Die Region ...

- kann durch die Vielfalt in der Landwirtschaft ein Ort mit höherer Lebensqualität werden
- weitere Projekte können durch das Zusammentreffen der vielfältigen Fähigkeiten der Verbraucher*innen entstehen (z.B. Tauschringe, Nachbarschaftscafés, Einmachtreffen usw...)
- erfährt einen ökonomischen Impuls, da die Wertschöpfung zunehmend in der Region bleibt.

Solawi - Hauptsache, die Kosten sind gedeckt

Quelle: https://www.zeit.de/karriere/beruf/2017-04/solidarische-landwirtschaft-bauern-nachwuchs-jobalternativen/komplettansicht
Veröffentlicht am : 17. April 2017 abgerufen am 25.8.2020

Den Gewinn maximieren? Das können Bauern, die auf solidarische Landwirtschaft setzen, nicht. Stattdessen haben sie ein sicheres Einkommen – und zufriedene Mitglieder.
Von Heidi Friedrich

Viele Landwirte kämpfen wegen der niedrigen Milch- und Getreidepreise um das Überleben ihrer Höfe. Um diese ständige Ungewissheit zu vermeiden, führen immer mehr junge Bauern und Bäuerinnen auf ihren Betrieben nun das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) ein. Sie gründen also einen Verein oder eine Genossenschaft und werben Mitglieder dafür. Diese zahlen pro Monat einen bestimmten Beitrag und erhalten im Gegenzug regelmäßig einen Ernteanteil. Damit ist das Einkommen des Landwirts gesichert. Und die Mitglieder wissen, woher ihre Lebensmittel stammen. Sie unterstützen damit auch die regionalen Betriebe.

Martin Schulze Schleithoff hat seinen Bauernhof in Gelsenkirchen nach der Übernahme vor zwei Jahren schon nach wenigen Monaten auf Solawi eingerichtet. „Als ich die Rechnungen sah, wusste ich gleich, dass sich der Betrieb sonst nicht selbst tragen kann“, sagt er. Große Gewinne erwartet er daher keine. Das Ziel und den Ehrgeiz der älteren Bauerngenerationen, einen Betrieb stetig wachsen zu lassen, das teilt er nicht. Für ihn geht die Rechnung auf, wenn die Kosten gedeckt sind.

„Nicht die Großhandelsunternehmen bestimmen jetzt mehr den Wert unserer Arbeit ...“

Und das klappte auf Anhieb: Schon jetzt hat der 33-jährige Nachwuchslandwirt 150 genossenschaftliche Verträge mit Kunden in der Tasche. Etwa 30 können noch dazukommen, dann sind die Kapazitäten von ihm und seinem Hof erschöpft. Schulze Schleithoff ist stolz: „Nicht die Großhandelsunternehmen bestimmen jetzt mehr den Wert unserer Arbeit. Unsere Mitglieder erkennen unsere Arbeit an und entlohnen sie entsprechend.“ Und das sind pro Monat 80 Euro für einen Ernteanteil Gemüse, 65 Euro für Fleisch und 16 Euro für Eier.

Der wöchentliche Hofbrief per E-Mail hält alle mit anstehenden Terminen und dem, was auf dem Hof geschieht, auf dem Laufenden. Freitag und Samstag sind Abholtage. Gleiche Anteile Fleisch, Eier und Gemüse der Saison, in Kisten gepackt, übergeben er und seine Frau Steffi auf dem Hof an ihre Kunden: „Was da ist, wird geteilt, mal ist es weniger, mal mehr.“

An den Abholtagen wird sein Lindenhof zu einer Art Marktplatz. Aus einem Umkreis von etwa zehn bis fünfzehn Kilometern kommen sie angefahren: Postboten, Informatiker, Lehrer, Bankmanager, Verkäuferinnen. Menschen mit unterschiedlichsten sozialen und beruflichen Hintergründen stehen dann auf dem Hof zusammen und tauschen sich aus. Die Mitglieder haben mit der Zeit auch ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt.

Die Verantwortung teilen

„Wir leben in einem Ballungsgebiet. Bei unseren Kunden aus den Großstädten gibt es einen regelrechten emotionalen Hunger nach verbindlicher Kommunikation und einem Zugehörigkeitsgefühl“, erzählt Schulze Schleithoff. Das wird auch an den sogenannten Mitmach-Tagen deutlich. Etwa acht Mal im Jahr lädt der Bauer seine Kunden ein, ihm ein paar Stunden bei der Arbeit zu helfen. Obwohl der Dienst freiwillig ist, kommen viele. „Wer mitmacht, will neue Erfahrungen sammeln, direkt mit den Lebensmitteln in Kontakt kommen, unsere Arbeit auf dem Hof besser kennen lernen und die Geselligkeit, wenn alle gemeinsam anpacken, genießen“, erzählt der Landwirt.

Dabei betreibt Schulze Schleithoff konventionelle Landwirtschaft, Bio ist für ihn kein Thema. Trotzdem vertrauen ihm die Mitglieder. „Wir müssen unseren Kunden jedes Wochenende in die Augen schauen. Erst wenn es schwierig würde, ihnen erklären zu können, wie ich wirtschafte, müsste ich meine Anbaumethoden überdenken. Ich wende das an, was ich für gut erachte. Mein Zertifikat sind meine Kunden“, sagt der Landwirt.

Von einem guten Jahr profitieren alle gleichermaßen und nach dem solidarischen Prinzip wird das Risiko von schlechteren Ernten auf viele Schultern verteilt. Auch für den Bauern hat die Solawi zwei Seiten: „Es ist beruhigend, finanziell abgesichert zu sein, andererseits habe ich auch die Verantwortung, das Vertrauen der Mitglieder zu erfüllen.“

Gewinnstreben? Fehlanzeige

Diese soziale Komponente der solidarischen Landwirtschaft ist auch für Kurt Erfurt aus Holste besonders wichtig. Er schaut häufig auf dem Gärtnerhof Oldendorf, dessen Solawi er angehört, was „sein Gemüse“ macht. Dabei freut er sich bei jedem Besuch auf das „Schnacken mit den anderen“. Auch Jan Bera nimmt sich dann kurz Zeit. Er hat die Gärtnerei gepachtet und bewirtschaftet sie mit drei Mitarbeitern in freier Form biodynamisch und legt dabei an seine Produkte teilweise noch strengere Maßstäbe an, als der Demeter-Verband sie vorgibt. Um eine möglichst große Vielfalt zu kultivieren, stellt der idealistische Hardliner, wie er sich selbst bezeichnet, zudem eigenes Saatgut her. Auch das zählt für Erfurt, der sich wie die anderen Mitglieder aus der Wirtschaftsgemeinschaft nicht nur biologisch, sondern auch saisonal und regional ernähren möchte.

Doch am wichtigsten ist Erfurt die Preistransparenz. Um diese zu gewährleisten, lädt Bera alle Mitglieder einmal im Jahr zur obligatorischen „Bieterrunde“ ein. Nachdem er den Haushaltsplan für das kommende Jahr vorgestellt hat, teilen ihm die Anwesenden mit, wie viele Ernteanteile sie brauchen. Die wird nach Bedarf berechnet – im Jahresdurchschnitt isst ein erwachsener Mensch etwa drei Kilogramm Gemüse pro Woche. Die für den Betrieb benötigte Geldsumme wird nun durch die Ernteanteile sowie durch zwölf geteilt – also für jeden Monat einen. Sobald der Richtwert steht, bietet jedes Mitglied anonym den Betrag, den es gewillt ist zu zahlen. Wenn der Gesamtbetrag nach der ersten Runde nicht gedeckt ist, wird weiter geboten.

Unabhängigkeit von Marktpreisen

Solidarische Landwirtschaft bedeutet für Bera gerade das: Jeder gibt, was er will beziehungsweise kann und die Kaufkräftigeren tragen die Ärmeren mit. „Die Mitglieder sollen nicht nur mir gegenüber, sondern auch untereinander solidarisch sein. Wir übernehmen damit die Verantwortung für einen sozialen Ausgleich in einer vom Profitstreben erkrankten Gesellschaft“, sagt der 36-Jährige. Für Erfurt ist das vollkommen in Ordnung: „Fünf Euro mehr oder weniger, mich interessiert es nicht, wie viel die anderen zahlen. Ich will als Verbraucher vor allem wissen, wie hoch die Gesamtkosten für den Betrieb sind und wie mein Gemüse produziert wird.“

Genau wie sein Solawi-Kollege Schulze Schleithoff ist auch Bera froh darum, ein kalkulierbares Einkommen zu haben und dabei unabhängig von den Marktpreisen zu sein. Nennbare Gewinne für sich zu erzielen, ist auch ihm nicht wichtig. Das hat allerdings auch negative Folgen: Der Gärtner und seine Mitarbeiter verdienen weit unter dem Mindestlohn. Doch für Bera zählt vor allem eines: „Es macht mich glücklich zu wissen, dass wir auf dem Hof nachhaltig wirtschaften.“

Station 5

5 Eigentum und Boden

Unsere Gesellschaft baut auf einer Garantie des Privateigentums auf. Dies ist kein Naturgesetz, sondern eine gesellschaftliche Entscheidung. Nach einem einführenden und eher grundsätzlichen Text zum Begriff des Eigentums konzentrieren wir uns auf den Umgang mit Bodeneigentum. Wir beschreiben die Folgen unserer Regelungen zum Eigentum an Boden und zeigen an den Beispielen von Wohnungsgenossenschaften und Mietersyndikaten, wie man Wohnraum schaffen kann, der nicht von der Macht der Privateigentümer bestimmt wird.

Gestaltung von Eigentum

Privat-Eigentum ist in einer kapitalistischen Wirtschaft so etwas wie eine heilige Kuh. Das Privateigentum darf nicht angetastet werden. Dieser Eigentums-Fundamentalismus ist in Deutschland im Bürgerlichen Gesetzbuch seit dem 1. Januar 1900 verankert: Der Eigentümer einer Sache „kann mit der Sache nach Belieben verfahren“. So steht es seit damals im BGB – „soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen“. Der Paragraf 903 hat das Ende der Monarchie überdauert, die Weimarer Republik, den Naziterror, auch den Beitritt der DDR mit ihrem Staatseigentum. Der Eigentümer kann im Prinzip machen, was er will. Er kann also die Sache wegsperren, er kann sie wegwerfen, er kann sie verschenken. Er kann sie kaputt machen, er kann sie mit Tupfen oder Streifen anmalen oder an die Wand nageln. Wenn die Sache ein Grundstück ist, kann er es mit Rosen oder mit Feldsalat bepflanzen, er kann dort Hasen oder Hühner züchten. Er kann das Haus, das auf dem Grundstück steht, verlottern lassen oder zu einem horrenden Preis vermieten. Das Eigentum ist „Mittel und Ausdruck der individuellen Selbstverwirklichung“. Auch Verfassungsrechtler betonen immer wieder in ihren Kommentaren: Eigentum sei die Verkörperung und das Resultat von Freiheit. Also kann der Eigentümer eben mit seiner Sache nach Belieben verfahren.

Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren.“ (BGB Art. 903)

Man kann nun mit Fug und Recht bezweifeln, ob der Mensch wirklich nur dann frei ist, wenn und weil er Eigentümer ist. Warum kann sich ein Eigentümer oder eine Eigentümerin selbstverständlich die Freiheit herausnehmen, das Herrschaftsrecht über den nur sehr begrenzt vorhandenen Boden zu haben? In den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg wurde die Freiheit der Eigentümer noch durchaus kritisch gesehen. Sowohl im Grundgesetz als auch in einigen Landesverfassungen und in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgesetzes wird die Freiheit des Eigentums eingeschränkt. Der Gesetzgeber hatte erkannt, dass es für die Gesellschaft unzuträglich ist,

GG Art. 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) [1]Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. [2]Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt

Art 15. Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

In einer Urteilsbegründung des BVerfG`s vom 12.01.1967 heißt es:
„Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern.“

Bayrische Landesverfassung Artikel 161
Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Missbräuche sind abzustellen.
Absatz 2: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- und Kapitalsaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

wenn ein Eigentümer mit seinen Häusern oder seinen Unternehmen „nach Belieben“ verfährt. Das unumschränkte Herrschaftsrecht des Eigentümers und das freie Spiel der Kräfte, wie es der reine Wirtschaftsliberalismus propagiert, produzieren nämlich, wenn man nicht reguliert, unannehmbare Ergebnisse.

Konkret schränkte deshalb der Gesetzgeber gegen erheblichen Widerstand marktliberaler Kräfte die Freiheit der Eigentümer in vielen Bereichen ein: z.B: mit dem Mieterschutzgesetz, dem Kündigungsschutz, dem Umweltschutz und dem Arbeitnehmerschutz; dem Kartellrecht oder dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

Enteignungen nach GG Artikel 14 wurden und werden durchgesetzt. Diese beziehen sich allerdings weitestgehend auf den Bau von Straßen und Autobahnen. Enteignungen zur Beendigung von Bodenspekulation oder zur Schaffung von Wohnraum sind schier undenkbar.

Eigentum in einer solidarischen Gesellschaft

In einer solidarischen und am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft gibt es einen der jeweiligen Sache angemessenen Umgang mit Eigentum. Es gibt unterschiedliche Formen des Eigentums, in denen jeweils unterschiedliche Formen und Möglichkeiten der Einflussnahme bestehen. Eigentlich sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt, wie wir die Eigentumsfrage an der jeweiligen Sache orientiert regeln können. Hier einige Beispiele:

Privateigentum: Als grundlegende Voraussetzung persönlicher Freiheit kann Privateigentum garantiert bleiben. Allerdings können nicht einige wenige Menschen beliebige Mengen von Eigentum anhäufen und vererben: Großvermögen oberhalb einer demokratisch vereinbarten Grenze werden gemeinnützigen Zwecken zugeführt. Es kann durchaus Privateigentum an Grund und Boden oder Produktionsmitteln erlaubt sein (unterhalb der Obergrenze). Damit kann aber niemand mehr Rendite erzielen.

Gemeineigentum: Ressourcen im weitesten Sinne werden in Gemeineigentum zurückgeführt. Ihre künftige Nutzung handeln die Menschen demokratisch aus. Lokale Gremien organisieren vor Ort die Nutzung der Gemeingüter („Commoning“, z.B. öffentliche Anlagen, Gemeinschaftsgärten). Gremien der Region verwalten die regionalen Gemeingüter (z.B. Energie- und Wasserversorgung). Am Ende der Entwicklung sollte eine Weltgemeinschaft stehen, deren Handlungsprinzipien zuvor auf regionaler und internationaler Ebene erprobt wurden; ihre Gremien verwalten die globalen Gemeingüter (z.B. Atmosphäre, Weltmeere, Ölquellen).

Genossenschaftliches Eigentum: Genossenschaftsmitglieder sind Investoren, Eigentümer und Arbeitende zugleich. Genossenschaften entziehen der Profitsphäre schon heute Teile ihrer Pfründe und können in einem künftigen System eine ideale Eigentumsform von Unternehmen darstellen.

Unternehmenseigentum: Große Unternehmen gehören weder dem Staat noch irgendwelchen Aktionären oder Gesellschaftern. Große Unternehmen gehören nach dem Konzept des neu-tralen Kapitals sich selber.

Staatseigentum: Es kann sinnvoll sein, wenn Straßen, Böden, bestimmte Rohstoffe oder öffentliche Netze im Eigentum der öffentlichen Hand sind. Die Entscheidungen des Staates werden durch demokratisch legitimierte Gremien und Verfahren kontrolliert und gesteuert.

Menschheitseigentum: Güter, wie die Natur oder Wissen gehören niemanden. Wir bezeichnen sie als Menschheitseigentum, auf die jeder und jede das Recht haben muss sie zu nutzen. Allerdings muss es von Parlamenten beschlossene Regelungen geben, die einen nachhaltigen Umgang mit dieses Gütern gewährleisten.

Autor: Norbert Bernholt (in Anlehnung an einen Artikel von Heribert Prantl in der SZ vom 22.8.2020)

Im Deutschlandfunk lief im März 2020 eine Sendung zur „Eigentumsreligion“. In der Sendung werden eindrücklich die Verirrungen eines übetriebenen Eigentum-Fundamentalismus in Verbindung mit liberalisierten Märkten geschildert. Es lohnt sich, diese Sendung nachzulesen.

Eigentumsreligion: Von der Idee, mit Grund und Boden reich zu werden

Quelle: Deutschlandfunk: Essay und Diskurs (Sendung vom 29.3. 2020) https://srv.deutschlandradio.de/dlf-audiothek-audio-teilen.3265.de.html?mdm:audio_id=818094

Die einen erben Immobilien, die anderen zahlen exorbitante Mieten. Gerechtfertigt wird das gerne mit dem freien Markt oder mit dem Grundrecht auf Eigentum. Aber muss die Gesellschaft unbedingt so funktionieren? Wie sähe sie ohne die „Eigentumsreligion“ aus?

Von Timo Rieg

Protestplakat gegen die Spekulation mit Wohneigentum in Berlin (picture alliance/dpa/Wolfram Steinberg)

Wer auf dem Parkplatz eines Supermarktes sein Auto abstellt ohne einzukaufen, darf abgeschleppt werden, denn der Parkplatz gehört jemandem. In Bahnhöfen und Shopping-Malls, auf Friedhöfen und Wiesen gelten Benimmregeln und Verbote, die im Wesentlichen derjenige festlegt, der sich Eigentümer nennt. Weder exorbitante Mietforderungen bei Wohnungen und Gewerberäumen noch Industriebrachen und verfallene Wohnhäuser können bisher das Dogma vom Eigentum an Grund und Boden erschüttern.

Zwar haben Ökonomen, Architekten und Philosophen ganze Bibliotheken mit ihrer Kritik am Grundeigentum gefüllt, doch ist kein Ende der Landnahme in Sicht. Anstelle von Soldaten bestimmen heute vor allem Investoren, wem was gehört – und wer wem Geld für sein Dasein zu zahlen hat. Denn ob wir im Büro unsere Brötchen verdienen oder im Supermarkt die Brötchen kaufen, stets hält einer die Hand auf und fordert seine Bodenrente: der Grundbesitzer. Das geht auch anders, ohne dass die Welt dabei zusammenbricht.

Der ehemalige SPD-Vorsitzende und langjährige Münchener Oberbürgermeister setzte sich bereits vor 50 Jahren dafür ein, Grund und Boden nicht wie eine normale Handelsware zu betrachten. Anfang der 1970er-Jahre forderte eine von Vogel auf den Weg gebrachte Kommission vom Bundesgesetzgeber unter anderem eine „Beschleunigung des Enteignungsverfahrens“, eine „Ausweitung des gemeindlichen Vorkaufsrechts“ sowie die Einführung eines „Planungswertausgleichs“ und – hört, hört! – einer „Bodengewinnsteuer“. Denn Miet- und Baupreise waren schon damals rapide gestiegen und die Politik sah, dass davon nur private Eigentümer und Immobilienfirmen profitierten, nicht aber die Allgemeinheit. Dabei stand schon seit 1949 im Grundgesetz:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Aus der sozialistischen Revolution von der Isar her wurde allerdings nichts, wie man heute deutlicher denn je merkt. Mit 93 Jahren, im zwölften Stock eines Seniorenstifts lebend, veröffentlichte Hans-Jochen Vogel ein Plädoyer für eine „neue Bodenordnung“. Titel: „Mehr Gerechtigkeit!“ – mit Ausrufezeichen. Und darin formuliert er eine „Grundeinsicht“:

„Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar. Er darf daher nicht dem unübersehbaren Spiel der Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden, sondern muss mehr noch als alle anderen Vermögensgüter in den Dienst der Interessen der Allgemeinheit gestellt werden.“

Neu ist diese Einsicht nun wirklich nicht. Von der Bibel über Platon, die französischen Aufklärer und die Ökonomen der Industrialisierung bis hin zu Nobelpreisträgern der Gegenwart haben Denker sich über den Privatbesitz der Erde höchst verwundert gezeigt. Im Folgenden sollen acht Aspekte genügen, um eine Sehnsucht nach grundlegender Veränderung zu nähren, ja vielleicht sogar einen Glaubenswandel der Eigentumsreligion hervorzurufen.

Erster Aspekt: Wie kann Boden zu Geld werden?

Betrachten wir zunächst nur den Handel mit unbebautem Boden. Was kann die Leistung dessen sein, der sich „Eigentümer“ nennt? Zwischen Erwerb und Weiterverkauf tut ein Grundstücksbesitzer nicht viel für Werterhalt oder gar Wertsteigerung. Eine Wiese ist eine Wiese, ohne massive Krafteinwirkung bleibt ihre Nutzbarkeit über Jahrhunderte hinweg unverändert. Es gibt keine Leistung, die später den Verkauf mit einer Rendite rechtfertigen könnte. Bleibt also bei Ankauf wie Verkauf etwas, das man den „natürlichen Wert“ des Bodens nennen könnte. Nehmen wir an, das Grundstück sei so groß, um eine Mehr-Generationen-Familie mit Ackerbau und Viehzucht zu ernähren. Wie viel ist dann dieses Grundstück wert? – Die verblüffende Antwort zeigt die ganze Verrücktheit der Idee vom Eigentum. Denn der Boden ist entweder völlig wertlos … oder unbezahlbar!

Warum ist er wertlos?

Stehen alternative Felder zur Verfügung, gibt es keine Notwendigkeit, auch nur eine Ähre an irgendwen als Pacht, Rente, Miete oder Zins zu zahlen. Dem entspricht die Situation der Erstbesiedler: Sie nehmen sich ein Stück Boden, bauen in die Mitte ihr Haus, bewirtschaften den Rest für ihre Ernährung und ein wenig Tauschhandel – und gedenken, dies bis ans Ende aller Tage so zu halten. Wieviel aber ist das Grundstück wert, wenn kein anderes mehr frei ist und jemand es kaufen möchte? Ohne ihren Boden haben die bisherigen Benutzer nichts zu essen, nichts zum Wohnen, nichts zum Handeln. Sie müssten sich also vom Erlös alles Lebensnotwendige kaufen – und zwar bis ans Ende aller Tage. Der Wert eines Grundstückes ist in diesem Fall unermesslich: Er ist nicht zu bezahlen.

Ohne ihren Boden haben die bisherigen Benutzer nichts zu essen, nichts zum Wohnen, nichts zum Handeln.

Dies ist übrigens keineswegs nur ein philosophisches Gedankenspiel. Es ist die zentrale Gedankenfigur bei der sogenannten „Ablösung aller Staatsleistungen“ an die Kirchen. Bislang erhalten sie jährlich – und wegen der Unbezahlbarkeit des Bodens auch potenziell bis in alle Ewigkeit – Entschädigungszahlungen für erfolgte Enteignungen unter Napoleon. Man könnte argumentieren, die Kirchen hätten längst genug erhalten. Doch welcher Bauer kann so gegenüber demjenigen auftreten, dem er jedes Jahr aufs Neue eine Pacht für seine Wiesen und Felder zu überweisen hat?

Bleibt die Frage, wie der erste Mensch zu Wald und Acker kam, den er nicht brauchte und verpachten konnte. Überspitzt erklärt das der Kabarettist Wilfried Schmickler so:

„Wenn sich da jemand zu Höherem als Ackerbau und Viehzucht berufen fühlte, dann ist der einfach mit einem dicken Knüppel zu seinen Nachbarn gegangen und hat gesagt: ‚Hört mal zu, Freunde, ich bin ab sofort euer König, und entweder ihr gebt mir euer Land oder ich schlag euch tot!‘ Ja, und dieses so erworbene Land hat König Knüppel der Erste dann an seine Nachkommen vererbt, die es auf die gleiche Art und Weise vermehrt haben.“

Weil aber ein ambitionierter Immobilienkönig nicht jeden persönlich mit dem Knüppel besuchen konnte, bestand eine zweite Gewaltstrategie in der Erfindung von Recht. Herrscher behaupteten einfach, ihnen gehöre alles, und nur, wer das zu bestreiten versuchte, musste mit dem Knüppel unterworfen werden. Jean-Jacques Rousseau meinte mit einem berühmt gewordenen Satzanfang:

„Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und es sich einfallen ließ zu sagen: ‚dies ist mein‘ und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben….“

… dieser erste Zaunaufsteller, meinte Rousseau, habe zugleich die Grundlage für Not und Elend, Krieg und Schrecken geschaffen. Doch das wahre Problem begann mit der Eigentumsbehauptung, alles gehöre nicht vielen kleinen Bodenumzäunern, sondern nur ganz wenigen, und wer fortan leben wolle, müsse nach deren Pfeife tanzen.

Zweiter Aspekt: Die Akkumulation von Reichtum

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich die Eigentumsverhältnisse im Einzelnen zwar immer wieder geändert. Im Ergebnis aber gehörte das Land nie allen gemeinsam. Die Geschichte der Sesshaftwerdung des Menschen ist die Geschichte von Herrschern und Beherrschten, Masters and Servants, von Vermietern und Mietern. Es ist auch eine Geschichte von Kleptokratie, wie es der amerikanische Anthropologe Jared Diamond ausdrückt:

„Im besten Falle tun solche Gesellschaften Gutes, indem sie aufwendige Dienstleistungen erbringen, die sich der Einzelne nicht leisten kann. Im schlimmsten Fall handelt es sich um schamlose Kleptokratien, die das Volk ausplündern und den von ihm erarbeiteten Reichtum nach oben umverteilen. […] Zwischen Kleptokrat und weisem Staatsmann, zwischen Räuberbaron und dem Hüter der Armen besteht nur ein gradueller Unterschied, der davon abhängt, wie hoch der Prozentsatz des Tributs ist, der in den Taschen der Elite verschwindet, und wie sehr dem einfachen Volk mit dem, wozu der umverteilte Tributanteil verwendet wird, gedient ist.“

Die Eigentumsreligion machte es möglich, von jedem Menschen, der nicht zu den privilegierten Priestern und Häuptlingen gehörte, für das Leben auf diesem Erdball Pacht zu fordern und mit Land zu handeln. Konzerne kaufen Boden auf der ganzen Welt – obwohl er doch unbezahlbar teuer sein müsste. Und sie können mit schneller Rendite rechnen. Da Boden immer gebraucht wird und das weltweite Nutzungsinteresse weiter steigen statt sinken wird, ist Bodenspekulation fast risikolos. Nach einer Studie des Thünen-Instituts waren vor drei Jahren bereits bei jedem dritten Agrarbetrieb in Ostdeutschland ortsfremde Investoren die Mehrheitseigentümer. EU-weit kontrollieren nur 3,3% aller Betriebe mehr als die Hälfte der Fläche. Afrikanische Länder werden ebenso aufgekauft wie osteuropäische. In Liberia sind 100 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in ausländischem Besitz. Und so akkumuliert der Bodenreichtum bei wenigen, während die meisten nichts haben. Oder wie der britische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill vor 150 Jahren schrieb: Es sei eine Bedrückung …

EU-weit kontrollieren nur 3,3% aller Betriebe mehr als die Hälfte der Fläche.

„ …auf Erden geboren zu werden, und alle Gaben der Natur schon vorher in ausschließlichen Besitz genommen und keinen Raum für den neuen Ankömmling freigelassen zu finden.“

Der Besitz von Boden teilt die Menschheit nicht nur in arm und reich, er schafft auch jede Menge Abhängigkeiten.

Dritter Aspekt: Die Abhängigkeit vom Grundstückseigner.

Ein Drittel seines Einkommens für die Miete aufbringen zu müssen, gilt als normal. Nach einer Studie der Berliner Humboldt-Universität mit Daten des Mikrozensus von 2014 verbleibt etwa 1,3 Millionen Haushalten nach Abzug der Bruttokaltmiete ein Resteinkommen, das unterhalb der Hartz-IV-Regelsätze liegt. Auch Freiberufler und Gewerbetreibende müssen sich in Sorge um ihre Existenz als erstes darum kümmern, ihren Vermieter zufrieden zu stellen. Die reiche Zahnärztin und der arme Pizzabäcker sitzen so als Mietschuldner im selben Boot. Mit jedem Einkauf, beim Strompreis und mit dem Krankenkassenbeitrag füllen wir stets auch die gierigen Hände der Bodenbesitzer. Und doch vernimmt man gegenwärtig selten Kritik, die in ihrer Deutlichkeit an den französischen, sozialrevolutionären wie gleichermaßen katholisch-reaktionären Schriftsteller Léon Bloy aus dem Jahre 1909 heranreicht:

„Man muss selbst ein Armer gewesen sein, um zu verstehen, was es bedeutet, wenn man unaufhörlich die schönsten Früchte seiner Arbeit und seiner Mühen […] hingeben muss, um einen großen oder kleinen nichtstuenden Parasiten zu füttern, einen Verdammten vor Gott und den Menschen, der nicht einmal die Barmherzigkeit der Verdauung eines Hundes aufbringt für diejenigen Wesen, […] die ihm den Bauch füllen. Denn sie sind unzählbar, diese armen Menschen, die arbeiten und fasten, um den Hausherren zu bezahlen.“

Bloy beklagt unwürdige Unterkünfte, die Pflicht zur Vorkasse und Verträge, in denen die Mieter zusichern, keine Kinder zu bekommen – also durchaus noch gegenwärtige Probleme.

Und wem es heute an Bloys Erfahrung fehlt, „selbst ein Armer gewesen“ zu sein, sehe sich einfach mal die Übernachtungspreise in Herbergen der untersten Kategorie an: Für eine Nacht im Schlafsaal verlangen Berliner Hostels je nach Termin 80 Euro, in München werden zum Oktoberfest auch 135 Euro aufgerufen – was bei einem 8-Bett-Zimmer einer Monatsmiete von 32.400 Euro entspricht – ohne Frühstück, aber wenigstens inklusive Bettwäsche. In manchen Dörfern kann man für diesen Preis ein bis zwei Häuser mit großem Garten kaufen. Doch die Abhängigkeit geht viel weiter. Man darf seine gemietete Wohnung nicht bei Abwesenheit anderen zur Verfügung stellen. Das steht im Mietvertrag. Wie der Balkon genutzt werden darf, welche Tiere man halten darf, wie das Treppenhaus zu säubern ist, all das entscheiden nicht die Menschen, die in Mietshäusern wohnen, sondern die Eigentümer.

Vierter Aspekt: Eigentum als Grenze für Stadt- und Raumplanung

Auf ganz andere Weise erleben Stadtplaner, Architekten, Verwaltungen und Kommunalpolitiker die privatisierte Erde: Eigentum begrenzt nämlich erheblich ihren Gestaltungsraum.

„Mit dem Grund und Boden scheint da etwas nicht in Ordnung zu sein; und aus irgendwelchen dunklen Gründen vermeidet alles, dieser Peinlichkeit nachzugehen."

So leitet der Schweizer Architekt Hans Bernoulli sein erstmals 1946 erschienenes Buch „Die Stadt und ihr Boden" ein, nachdem er kurz drei „Hauptwerke über Stadtbaukunst" gestreift hat, die seiner Ansicht nach alle das Hauptproblem ausklammern: Bevor Architekten eine Stadt planen können, müssen die privaten Bodenbesitzer enteignet werden. Mit den vorgefundenen Verhältnissen sei keine Stadt zu machen:

„Die neue Stadt, die neuen Quartiere, müssen angelegt werden auf einem Gebiet, das schon seit Jahrzehnten vom Pflug durchfurcht, in hundert und aberhundert Felder aufgeteilt ist. Felder, schmal und lang, wie es der Bewirtschaftung am besten dient, und durch Erbteilung nur noch weiter geteilt, ziehen in ganzen Lagen über Höhen und Senken schnurgerade hinweg; [...] in solch ein verzweifeltes Liniengewirr wächst jede Stadt hinein. [...] Jeder Fußbreit Boden, der überbaut werden will, gerät in diese Schlingen, muss sich mit Advokatenlist dieses Gestricks erwehren."

Das private Grundeigentum schränkt die kommunale Gestaltung erheblich ein.

Kommunen klagen über ungenutzte Industriebrachen und verfallende Häuser, über leere Baugrundstücke und überzogene Preise, die ein gesetzlich bestehendes Vorkaufsrecht aushebeln. Das private Grundeigentum schränkt die kommunale Gestaltung erheblich ein.

Bahnhöfe zum Beispiel sind längst nicht mehr nur Verteilpunkte für Zugreisende, sie sind Begegnungsorte, Einkaufs- und Dienstleistungszentren – und doch gehören sie der Aktiengesellschaft Deutsche Bahn. Die Auseinandersetzungen um den neuen Tiefbahnhof in Stuttgart haben daher – durchaus nicht überraschend! – eine neue Epoche der Bürgerbeteiligung eingeleitet, in der zumindest Teile des Souveräns nicht mehr nur Zuschauer sind, wenn Großgrundbesitzer unser Land gestalten.

Fünfter Aspekt: Chancenungleichheit

Die sich aus dem Privateigentum ergebende Preisspirale sorgt für eine Wettbewerbsverzerrung. Bei Wohnungen nennt sich das Resultat Gentrifizierung. Derselbe Mechanismus wirkt auch bei Büro- und Gewerbeflächen: Arbeiten darf an einem bestimmten Ort der Meistbietende. Große Ketten eröffnen Filialen im Zweifelsfall nur, um Wettbewerber vom Markt zu drängen. Es ist ja kein Zufall, dass jede Fußgängerzone in Deutschland gleich aussieht. Der freie Markt kann weder Vielfalt noch Grundversorgung sichern. Der Markt fragt nicht, ob es im Kiez einen Gemüseladen oder eine Anwaltskanzlei braucht – er entscheidet nach der Rendite.

Sechster Aspekt: Kosten des Eigentums für die Allgemeinheit

Neben all den bisher skizzierten Problemen muss die Allgemeinheit auch über Steuern, Abgaben und sozialisierte Verbrauchskosten für Grundbesitzer aufkommen. Dabei erweist sich, genauer betrachtet, ein zunächst nach Allgemeinwohl klingender Umstand als problematisch. Wir alle kennen die gebetsmühlenartig verlautbarte Politikphrase:

„Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden!"

Der ländliche Raum, in dem keine U-Bahn fährt und das Internet ruckelt, wo der nächste Autobahnanschluss 20 Kilometer entfernt ist, Bäckerei und Gastwirtschaft längst geschlossen haben; der ländliche Raum, der dem Güllegestank der Schnitzel- und Hamburgerproduktion für die Städter ausgesetzt ist und dem die ganze Last der Windenergiegewinnung aufgebürdet wird. Ist dieser ländliche Raum ein Opfer der zivilisatorischen Entwicklung? Nein, der ländliche Raum war nie abgehängt, sondern eben Dorf und nicht Stadt. Beide hatten grundverschiedene Funktionen. Abgehängt fühlt sich, wer heute auf dem Dorf wohnt, weil er sich nur dort ein Leben leisten kann, wie es ein großer Zeitschriftenmarkt mit „Landlust", „Country Style" und „Das Einfamilienhaus" imaginiert. Doch diesen Eigentums-Luxus bezahlt die Allgemeinheit.

Auf dem Land ist alles kostspielig – nur der Boden nicht! Beides liegt an Angebot und Nachfrage. Jedes Abwasserrohr, jede Stromleitung, jede Paketzustellung ist auf den Dörfern pro Wohnung unglaublich viel teurer als in der Stadt mit ihrer effektiven Besiedelungsdichte und den kurzen Wegen. Würde man Großstädte, bezogen auf die Einwohnerzahl, so mit Freiwilligen Feuerwehren bestücken wie den ländlichen Raum, müsste an jeder zweiten Kreuzung eine Feuerwache stehen, deren Löschfahrzeuge nur einmal pro Jahr ausrücken. Jeder Häuserblock hätte seinen eigenen hauptamtlichen Bürgermeister mit Verwaltung, ein die allermeiste Zeit des Jahres ungenutztes „Dorfgemeinschaftshaus", eine denkmalgeschützte, ganzjährig leere Kirche und so weiter. Wo liegt der Wert für die Allgemeinheit, wenn die Kleinstfamilie aus ihrer 70-Quadratmeter-Wohnung in der Stadt zieht und auf einer Wiese 500 Quadratmeter absteckt, um sich ihr Eigenheim zu errichten? Die Allgemeinheit zahlt für Erschließung und Infrastruktur mit „Wohn-Riester", „Baukindergeld" oder Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau; sie subventioniert fortan die Autofahrten zwischen Einfamilienhaus und Arbeitsplatz. Die Allgemeinheit fördert eine Landnahme, deren Anachronismus im samstäglichen Ritual gipfelt, mit Rasenmäher, Laubbläser oder Hochdruckreiniger lautstark ein Revier zu markieren.

Siebter Aspekt: Fehlende demokratische Kontrolle

Alle Probleme, Kosten und Absurditäten des Grundeigentums lassen sich in einem Missstand bündeln: über die neben der Luft wichtigste Ressource überhaupt herrscht kein demokratischer Prozess, sondern die Religion des Privateigentums. Der Souverän hat nie entschieden, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Land nur dann ein Dach über dem Kopf haben soll, wenn sie Immobilienbesitzer finanziell ruhigstellt. Es gab keine demokratische Konsultation über die Verwüstung des Landes mit Straßen, Gewerbeflächen und Neubaugebieten, keine Zustimmung zum Verkauf der Äcker an internationale Konsortien und in Geldüberfluss ertrinkenden VIPs. Nochmal zur Erinnerung:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Wie äußert sich die Gemeinwohlbindung in immer höheren Mietforderungen?

Doch was hat die Allgemeinheit davon, wenn die Villa am See den Zugang zum Wasser versperrt, wenn der nach Geschäftsschluss völlig leere Parkplatz des Supermarktes gegen Skater oder spielende Kinder verrammelt wird? Wo ist das Gemeinwohl, wenn der Besitzer eines Shoppingcenters grundherrlich bestimmen darf, wann, wie und von wem dieser Teil der Stadt betreten werden darf? Wie äußert sich die Gemeinwohlbindung in immer höheren Mietforderungen? Zweieinhalb Jahre vor dem Grundgesetz wurde im Freistaat Bayern eine Verfassung beschlossen, in der es bis heute heißt:

„Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Missbräuche sind abzustellen. Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen."

Doch diese sehr soziale Formulierung, die sich ähnlich auch in anderen Landesverfassungen findet, blieb ein unerfülltes Versprechen. In München sind die Baulandpreise von umgerechnet 3 Euro pro Quadratmeter im Jahr 1950 auf 1.876 Euro im Jahr 2017 gestiegen. Münchens Alt-OB Hans-Jochen Vogel resümiert:

„Es erstaunt mich [...] noch immer, dass diese Baulandpreiszahlen so gut wie keine öffentlichen Protestbewegungen und bisher auch keinen Medienaufruhr verursacht haben."

Für den Medienaufruhr sorgen wir hier gerade. Und fragen uns: Was muss anders werden?

Achter und letzter Aspekt: Eine Welt ohne Grundeigentum

Die aus dem Privatbesitz von Boden und den darauf errichteten Bauwerken entstehenden Probleme sind gigantisch – das dürfte unbestreitbar sein. Entsprechend radikal wird jede Lösung sein müssen.

„Sapere aude!" – wage zu denken!

Der erste Schritt muss eine völlig offene Konsultation der gesamten Gesellschaft sein: Jedes einzelne Problem des Grundbesitzes muss benannt werden! Erst danach lohnt es, über Problemlösungen nachzudenken. Es braucht eine offene, faire, freie Debatte, in der jeder zu neuen Erkenntnissen kommen könnte. Eine Konsultati-

on, bei der selbst der prominente Politiker nur so viel Einfluss hat wie sein Chauffeur. Selbstverständlich könnte am Ende eines langen, an die Moderation höchste Anforderungen stellenden Prozesses das demokratische Votum lauten:

„Und siehe, es war sehr gut! Es ist zu unser aller Bestem, wenn die Welt eine Handelsware bleibt."

Doch nehmen wir einmal an, das neue Credo lautete:

„Der Boden gehört allen oder niemandem. Man kann ihn individuell nutzen, in begrenztem Umfang auch zu ganz egoistischen Zwecken ohne Gewinn für die Allgemeinheit – aber eben nur auf Zeit beziehungsweise nur als Leihgabe."

Wie sähe die Welt dann aus? Ohne die Behauptung von privatem Grundeigentum entfiele logischerweise jede zuvor darauf beruhende Zahlung. Natürlich müssen weiterhin Bau und Unterhaltung der Gebäude von den Nutzern bezahlt werden. Keiner soll ehrenamtlich Hausmeister oder Handwerker sein. Doch aus Eigentümern mit beliebiger Verfügungsgewalt würden Projektmanager, Dienstleister – und sie würden ausschließlich mit ihrer Arbeit im Auftrag der Mieter Geld verdienen können. Es gäbe keine spekulativen Modernisierungen mehr, keine Luxussanierung gegen den Willen der Bewohner. Die Mietpreise würden überall fallen, denn jede positive Differenz zwischen Mieterträgen und Immobilienkosten würde bei der Einkommensteuererklärung kassiert. Damit passiert dann natürlich, was alle vernehmbaren Vermieter am Berliner Mietendeckel ungerecht finden: Es profitiert am stärksten die Mittel- und Oberschicht, die bisher eben die teuersten Mieten bezahlt.

Es gäbe keine spekulativen Modernisierungen mehr, keine Luxussanierung gegen den Willen der Bewohner.

Doch wo der Boden wieder der Allgemeinheit gehört, kann diese ganz anders steuernd eingreifen. Bisher stützt der Staat hohe Mieten und sogar Eigentum durch ein Wohngeld. Was spräche dagegen, im Gegenzug Gutverdienende für die Nutzung einer begehrten Wohnung an die Gesellschaft zahlen zu lassen? Hans-Jochen Vogels Wohnung im Seniorenstift kostet deutlich über 4.000 Euro pro Monat, inklusive Mittagessen und Wohnungsputz zwar, aber doch rund 40 Euro Miete nur für den Quadratmeter. Ein Bundesminister a.D. darf diesen Preis gerne an die Gesellschaft zahlen, für Lieschen Müller hingegen wäre Gerechtigkeit, wenn sie nur die Kosten tragen müsste und nicht auch noch die Renditeforderungen eines Konzerns.

In diese Richtung gehen viele Bodenreform-Ideen: Die Nutzung der Erde wird zum Beispiel versteigert, der Erlös unter allen aufgeteilt – oder nur unter Müttern, wie es die Idee des Freiwirtschaftlers Silvio Gesell war. Wer so viel beansprucht wie der Durchschnitt, zahlt unterm Strich nichts, wer weniger beansprucht, bekommt etwas ausgezahlt, wer mehr beansprucht, muss die Allgemeinheit dafür entschädigen.

Eine Welt ohne Grundeigentum wäre eine Welt ohne Feudalherrschaft, ohne Land-Grabbing, ohne willkürliche Mietforderungen. Eine Welt, in der Donald Trumps Angebot, Grönland zu kaufen, tatsächlich absurd wäre – allerdings ebenso absurd wie die Behauptung, die größte Insel der Erde unterstehe der dänischen Krone. Das Eigentum an Boden einmal gedanklich ausgelöscht, folgt die Demokratisierung der darauf errichteten Gebäude fast zwingend. Gebaut, abgerissen und verändert werden kann nur, was und wie es die Gesellschaft will. Die heutigen Grundherren malen dazu Schreckgespenster sozialistischer Verwaltung à la solcher Klagen:

„Nichts würde mehr funktionieren, gäbe es keine Möglichkeiten mehr, mit Bodenhandel reich zu werden. Niemand würde bauen, niemand irgendetwas in Schuss halten – man hat's ja in der DDR gesehen!"

Gingen mit dem Eigentum also tatsächlich kapitalistische Wohltäter verloren? Nein, denn kein Investor setzt auch nur einen Stein auf den anderen. Seine ganze Leistung ist die Behauptung, Geld vermehren zu können. Dafür bekommt er es geliehen, dafür kassiert er später bei Käufern oder Mietern. Doch bei realistischen Mietpreisen ohne Bodenspekulation wäre jede noch so arme Hausgemeinschaft kreditwürdig genug, um Bau oder Erhalt eines Gebäudes zu stemmen. Es würde den Bewohnern halt nie gehören, sie dürften es aber zum Leben nutzen. Dafür sind eine Vielzahl von Modellen denkbar und im Kleinen auch erprobt. Es wird jedenfalls nicht darum gehen, den privaten AG- oder GmbH-Grundherren durch einen staatlichen Funktionär auszutauschen. Die Gesellschaft kann demokratisch entscheiden, wie sie das Land gestalten möchte. Sie kann über Siedlungsflächen, Landwirtschaft und Naturschutzgebiete verfügen. Sie kann die Zusammensetzung von Dörfern und Wohngebieten steuern, sie kann sich bewusst für Unterschiede aussprechen und damit statt kapitalistischer Konsumwüsten vielfältige Lebensgestaltungen zulassen. Demokratie kann sogar dem Wachstum Grenzen setzen, wenn sie möchte, denn bitte:

Es gibt kein Menschenrecht darauf, in die Mitte Hamburgs oder Münchens ziehen zu dürfen!

Eine Gesellschaft, die ihr Zusammenleben demokratisch gestalten kann, anstatt von den Gewinnlüsten einzelner Grundherren und ihres Gesindes abhängig zu sein, wird ganz andere Wege beschreiten, als sie heute überhaupt denkbar sind. Die Abschaffung des privaten Grundeigentums wird rückblickend einmal so selbstverständlich und überfällig erscheinen wie das Ende der Sklaverei und die Gleichberechtigung der Frau.

Weiterführende Literatur:

Hans-Jochen Vogel: Grund und Boden sind keine Ware, Freiburg 2019

Mietshäuser Syndikat

(Auszug aus Wikipedia-Artikel) Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Mietsh%C3%A4user_Syndikat (abgerufen am 29.8.2020)

Das **Mietshäuser Syndikat** (MHS) ist eine in Deutschland einzigartige, kooperativ und nicht-kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaft zum gemeinschaftlichen Erwerb von Häusern, die selbstorganisiert in Gemeineigentum überführt werden, um langfristig bezahlbare Wohnungen und Raum für Initiativen zu schaffen. Im Jahr 2020 war es an 154 Hausprojekten in Deutschland beteiligt.

Konzept

Das Syndikat beteiligt sich an Projekten, damit sie dem Immobilienmarkt entzogen werden, das heißt, nicht weiterverkauft werden können. Gleichzeitig fördert das Syndikat den Solidartransfer zwischen leistungsfähigeren und finanzschwächeren Projekten. Dieser setzt an dem Punkt an, dass in der Regel die Eigenkapitaldecke junger, heterogener Gruppen sehr dünn ist, dabei aber permanent und verlässlich Schulden sowie langsam zunehmend Solidarbeiträge über Mieten bezahlt werden können. Die Teilnahme an diesem solidarischen Verfahren ist Bedingung für eine Aufnahme im Syndikatsverbund.

Das Mietshäuser Syndikat unterstützt und berät die Projekte bei der Finanzierung und in rechtlichen Fragen, gibt selbst aber kein Kapital dazu. Das Syndikat versteht sich als basisdemokratisch arbeitendes Netzwerk mit Knotenpunkten in ganz Deutschland. Ein wichtiges Instrument ist ein gemeinschaftlich verwalteter „Solidarfonds", der 220.000 Euro im Jahr 2015 umfasste.[2] Die in Frage stehenden Häuser, häufig Wohnprojekte, werden nicht Eigentum des Syndikats, sondern einer eigenen GmbH, in der der jeweilige Hausverein und das Mietshäuser Syndikat vertreten sind. Der Eigentumstitel der Immobilie liegt bei der GmbH. Die Stimmrechte sind im GmbH-Vertrag festgelegt und nicht wie üblich an die Höhe der Anteile gekoppelt. Über den Verein verwalten die Nutzer ihr Objekt eigenverantwortlich. Hausverein und Mietshäuser Syndikat haben in der GmbH Stimmenparität, so dass Verkauf oder Umwandlung nur einvernehmlich möglich sind und damit verhindert werden können. Entscheidungen wie Wohnungsvergabe, Gestaltung, Finanzierung und Miethöhe obliegen im Rahmen der Wirtschaftlichkeit ausschließlich dem Hausverein, also den dort lebenden Menschen. Die Mietshäuser Syndikat GmbH ist wiederum im Besitz der Gesamtheit der Hausvereine. Höchstes Organ ist die viermal jährlich stattfindende Mitgliederversammlung.

Das Syndikat versteht sich als basisdemokratisch arbeitendes Netzwerk mit Knotenpunkten in ganz Deutschland.

Das Syndikat hat seinen Ursprung im genossenschaftlichen und politisch linken Spektrum und versucht, Ziele der Hausbesetzer-Szene, soziologische und städtebauliche Erkenntnisse seit den 1960er Jahren sowie Ansätze zum sozialverträglichen und ökologischen Umgang mit Geld, Grund und Boden unabhängig von Großbanken und Staat in der Realität zu verankern.

Auf dem Freiburger „Grethergelände“, einem Komplex mit 100 Bewohnern, Informationszentren wie dem Strandcafé und dem Radio Dreyeckland auf dem Gelände des ehemaligen Unternehmens Grether & Cie. befindet sich die zentrale Koordination.

Entwicklung

Das Syndikat wurde 1992 in Freiburg im Breisgau von ehemaligen Hausbesetzern gegründet. Bis 2020 konnte es sich an 154 Wohnprojekten mit über 3.600 Bewohnerinnen und Bewohnern beteiligen und 21 Initiativen unterstützen. Das kleinste Objekt ist ein Einfamilienhaus für sechs Personen, das größte das Wohnprojekt SUSI, vier Gebäude der ehemaligen Schlageter-Kaserne in Freiburg mit 260 Bewohnern aller Altersstufen 2007 wurde die „Regionale Koordination Tübingen“ gegründet. Weitere regionale Koordinationen und Beratungen bestehen für die Regionen Bayern, Berlin-Brandenburg, Bremen, Dresden, Hamburg, Gießen, Leipzig, Marburg sowie Nordrhein-Westfalen.

Risiken für Direktkreditgeber

Es bestehen Risiken für etwaige Anleger: Zur Finanzierung der sozialverträglichen Wohn-Immobilienprojekte ist in der Regel Kapital notwendig, über das die jeweiligen Hausvereine meist nicht hinreichend verfügen. Banken verlangen dieses Kapital als zusätzliche Sicherheit, um ihrerseits Kredite zu gewähren. Die Hausvereine werben die nötigen Gelder dabei als Direktkredite von Privatpersonen ein, die ihr Kapital als nachrangiges Darlehen zur Verfügung stellen.[8] Im Falle einer Insolvenz des Hausvereins werden diese bewusst sehr niedrig verzinsten Kredite somit nachrangig bedient, das gesamte Geld steht also während der Laufzeit im Risiko. Das Mietshäuser Syndikat informiert auf seiner Homepage über diese Risiken, verweist auf eine Insolvenz aus dem Jahr 2010 und rät dazu, einen größeren Kredit auf mehrere Projekte zu verteilen, um das Risiko zu minimieren. Die Stiftung Warentest empfiehlt in einer Beurteilung den Anlegern, nur überschaubare Summen zu investieren: „Die Investition eignet sich nicht als reine Geldanlage. Im Verhältnis zum Risiko sind die Renditeaussichten gering.“

Empfehlenswertes Video

Das ist unser Haus (Infofilm), vimeo.com, 25. November 2016

Wohnungsgenossenschaft

Durch Wohnen die Welt verbessern –Wohnungsgenossenschaften für ein solidarisches Miteinander

Text von Sandra Baumann: Studentin an der Leuphana-Universität Lüneburg

Wenn in der Öffentlichkeit die Rede von Wohnraum ist, geht es meist um explodierende Mieten in Ballungsgebieten. Als Studentenstadt ist auch Lüneburg betroffen von Wohnungsmangel und steigenden Mietpreisen. Der Quadratmeterpreis für Mietwohnungen lag 2009 bei 7,10 Euro, im März 2019 sind es bereits 9,20 Euro. An Wohneigentum in städtischen Gebieten ist auch kaum noch zu denken. Entsprechend lohnt sich ein Blick auf die so genannte „dritte Säule“ des Wohnungsmarktes: die Wohnungsgenossenschaften.

Wohnungsgenossenschaften in Zahlen

- 2016 gibt es in Deutschland etwa 2000 Wohnungsgenossenschaften.
- Die kleinste Genossenschaft umfasst weniger als 10 Wohneinheiten, die größte über 17.000.
- Mit inzwischen 2,2 Mio. Wohnungen machen sie etwa 10% des Mietwohnungsbestandes aus und bieten über 5 Mio. Menschen ein Zuhause.
- Die Größe der Wohnungen liegt mit durchschnittlich 61,5 m2 knapp über dem allgemeinen Durchschnitt. 2017 liegt die durchschnittliche Netto-Kaltmiete in den Genossenschaften bei 5,27 Euro pro m2 und damit deutlich unter dem allgemeinen Durchschnitt (7,69 Euro).

Wie wollen wir wohnen?

Wohnungsgenossenschaften sind eher selten Teil der Diskussion, wenn es um die Wohnungsmarktsituation geht und doch erleben sie gerade ein Revival. Sie blicken auf eine lange Tradition zurück (die erste Wohnungsgenossenschaft wurde 1871 in München gegründet) und galten in Zeiten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbrüche als wertvolle Innovation. Selbstverwaltung, Selbsthilfe und Selbstverantwortung sind wichtige genossenschaftliche Grundprinzipien, die auch dazu beitragen, dass die Wohnungsgenossenschaften aktuell immer beliebter werden. Das Streben nach Sinn, Transparenz und Nachhaltigkeit prägt unsere aktuelle gesellschaftliche Wertewelt. Genau wie der verstärkte Wunsch nach Stabilität, Verankerung und Selbstverantwortung lässt sich dies mit den Grundsätzen der Wohnungsgenossenschaften bestens vereinbaren. Auch deswegen sollten sie bei der Auseinandersetzung mit der Kultur der Solidarität berücksichtigt werden, denn auch die Entscheidung wie wir wohnen, wirkt sich auf unsere Umwelt aus.

Eigentum trifft Miete – die „dritte Säule“

Außerdem eröffnen sie eine neue Perspektive auf das Privateigentum. Die Genossenschaften vereinen die Sicherheit von Eigentum mit der Flexibilität von Miete. Der Kauf von Geschäftsanteilen der Genossenschaft entspricht dem Erwerb von Wohnnutzungsrechten. Mitglieder können die Genossenschaftswohnungen ähnlich wie in einem Mietverhältnis nutzen, sind aber gleichzeitig Miteigentümer*innen mit entsprechenden Möglichkeiten der Partizipation. So entsteht nicht nur eine besondere Anreizstruktur, sondern auch Kollektiveigentum mit gleichen Mitgestaltungsrechten für alle - unabhängig vom Umfang der Geschäftsanteile. Die Mitglieder bringen ihre Ideen zur Weiterentwicklung der Genossenschaft und der Wohnanlagen ein und fungieren als Kontrollinstanz für das Management. Dieser Mechanismus und die Tatsache, dass Genossenschaftsanteile nicht auf den Finanzmärkten gehandelt werden, schützen die Genossenschaften vor Spekulationen und rein renditemotivierten Investor*innen. Sie sind also eine Variante, um dem privaten Investorenmarkt Wohnraum zu entziehen, um diesen solidarischer zu gestalten.

Mission: (Mehr)Werte schaffen!

Das genossenschaftliche Management hat die knifflige Aufgabe, alle Interessen der Mitglieder unter einen Hut zu bekommen. Außerdem liegt das wirtschaftliche Handeln in den Händen des Teams, denn auch wenn Genossenschaften nicht auf Gewinn ausgerichtet sind, gilt es den des gesetzlich festgelegten Förderauftrag umzusetzen: die Versorgung von Menschen mit sicherem und bezahlbarem Wohnraum. Dazu gehört auch die Investition in Neubau, Instandhaltung und Modernisierung. Das gelingt ihnen statistisch gesehen gut, denn pro Wohnung investieren die Genossenschaften mehr als andere Wohnungsunternehmen – außerdem sind sie langfristig weniger verschuldet und entsprechend selten von Insolvenz betroffen. Grundsätzlich orientiert sich die Genossenschaft in ihrem Vorgehen an der Strategie des „MemberValue“ – also dem Schaffen von (Mehr)Werten für ihre Mitglieder. Das betrifft zum einen das in Anteile investierte Eigenkapital und dazugehörige Mitgestaltungsmöglichkeiten, aber auch die nachhaltige Unternehmensentwicklung und vor allem das Wohnen selbst.

Was macht gutes Wohnen aus?

Die Frage muss natürlich jede*r für sich selbst beantworten. Die Lebensqualität in den Wohnungsgenossenschaften ist allerdings vergleichsweise hoch. Einerseits hängt das mit den Investitionen in Modernisierung und Instandhaltung zusammen. Darüber hinaus sind die Wohnungen oftmals auf verschiedene Bedürfnisse ausgerichtet, z.B. durch Barrierefreiheit. Sollten sich die eigenen Lebensumstände ändern, so besteht die Möglichkeit Wohnungen innerhalb der Genossenschaft zu tauschen (sofern sich passende Tauschpartner*innen finden).

Mitglieder der Wohnungsgenossenschaft genießen aber auch ein lebenslanges Dauerwohnrecht. Kündigungen wegen z.B. Eigenbedarfs sind also ausgeschlossen. In der Konsequenz ist die Fluktuation der Mietparteien geringer, wodurch Menschen länger in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. In vielen Genossenschaften entwickelt sich so eine lebendige Nachbarschaft, die wertvolle Unterstützungsstrukturen bildet. Einige Genossenschaften bieten außerdem so genannte „wohnungsrelevante Dienstleistungen“ an: Betreuungsangebote für Senior*innen und Kinder, Freizeitangebote für Jugendliche oder Reinigungsdienste und Beratungsangebote.

Mehrwert für Gemeinschaft

Je nach Ausrichtung der jeweiligen MemberValue-Strategie, kommen die Effekte nicht nur den Genossenschaftsmitgliedern selbst zu Gute. Spielplätze, Grünanlagen und Gemeinschaftsflächen sollen vor allem die Lebensqualität der Mitglieder unterstützen, können aber auch anderen Bewohner*innen der Nachbarschaft genutzt werden. Darüber hinaus gehen Genossenschaften auch Partnerschaften mit lokalen Initiativen und Projekten ein, die sich für z.B. für Klimaschutz, kreative Freiräume oder inklusive Sportangebote einsetzen. Auch in Sachen Mobilität und Infrastruktur können genossenschaftliche Anlagen staatliche Maßnahmen ergänzen oder sogar ersetzen.[1]

Unter diesen Aspekten ist die Wohnungsgenossenschaft also nicht nur ein möglicher Ansatz, um explodierenden Mieten und räumlicher Verdrängung in den Städten entgegenzuwirken. Durch die Aufwertung der Lebensräume und der stabilisierenden Funktion für Quartiere, könnte sie auch eine Chance für schrumpfende Gebiete und ländliche Räume sein.[2]

Allheilmittel Wohnungsgenossenschaft?

Leider nicht. Wie es nun mal so ist, gibt es auch bei den Wohnungsgenossenschaften zwei Seiten der Medaille. Bestehende Genossenschaften, gerade in Ballungsgebieten haben inzwischen lange Wartelisten und teilweise dauert es Jahre, bis Wohnungen frei werden. Es bedarf also langfristiger Planung.

Selbstverwaltung und die genossenschaftlichen Prinzipien sorgen für die Demokratisierung von Wohnraum. Allerdings ist die komplexe Organisation auch mit viel Engagement, Kommunikation und Anpassung verbunden. Deshalb und auch weil häufig das notwendige Knowhow fehlt, scheitern viele Projekte oftmals schon in der Planungsphase.

Außerdem gibt es finanzielle Hürden, die zu Ausschlüssen führen. Zwar können die Kosten pro Anteil und die Mieten im Sinne der Solidarität geringgehalten werden - um stabiles Wirtschaften zu ermöglichen braucht es jedoch ein bestimmtes Kapitalvolumen. Insbesondere junge Wohnungsgenossenschaften müssen daher oft eine Mindestanzahl von Pflichtanteilen festlegen, um funktionieren zu können.

Darüber hinaus gibt es auch unter den Wohnungsgenossenschaften „schwarze Schafe“. Teilweise müssen bereits Anteile erworben werden, um einen Platz auf der Warteliste zu ergattern. Das führt dazu, dass manche Genossenschaften weitaus mehr Mitglieder haben, als sie über Wohnungen verfügen und kann ein Hinweis für wirtschaftliche Instabilität sein. Da Genossenschaftsmitglieder bei Insolvenz ihre Anteile vollständig verlieren, lohnt sich immer auch ein Blick in die Satzung, um auszuschließen, dass sie auch über ihre Anteile hinaus haftbar sind.[3]

Quellen:
https://www.landeszeitung.de/blog/lokales/2574595-lueneburg-kennt-nur-eine-richtung (Stand 21.02.20)

https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bauprojekte-fuer-wen-sich-eine-genossenschaftswohnung-lohnt-1.3928078 (Stand 21.02.20)
THEUR, Theresia (2014): Wohnungsgenossenschaften. In: M. Voigtländer, O. Depenheuer (Hrsg.), Wohneigentum. Bibliothek des Eigentums, S.77-94, Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg
https://www.wohnungsbaugenossenschaften.de/genossenschaften/warum-genossenschaft/7fakten (Stand 21.02.20)

empfehlenswerter link:
https://jugend-und-bildung.de/arbeitsmaterial/gemeinsam-unternehmerisch-taetig-das-grundprinzip-der-genossenschaften/

[1] T. Theur (2014)
[2] Ebd.
[3] Süddeutsche Zeitung vom 06.04.2018: Für wen sich eine Genossenschaftswohnung lohnt (Online am 21.02.20)

Station 6

6 Geld regiert die Welt

In unserer kapitalistisch geprägten Gesellschaft gilt das Streben nach mehr Geld als der Königsweg zu einem glücklichen Leben. Zugleich sorgt der Markt mit seiner Eigenschaft, Gewinner und Verlierer zu produzieren, dafür, dass dieses Geld sehr ungleich verteilt wird. Die Gesellschaft erfährt eine zunehmende Spaltung. Wir beginnen diesen Abschnitt mit einem grundlegenden Aufsatz über „Geld“, der in „Die Zeit“ erschienen ist und zeigen anschließend Möglichkeiten auf, wie eine bessere Verteilung des Geldes gelingen könnte.

Kapitalismus: Was wir vom Geld wissen, aber nicht glauben wollen

Ein Essay von Eske Bockelmann

Quelle: https://www.zeit.de/kultur/2019-12/kapitalismus-macht-geld-klimawandel-hunger-bekaempfung/komplettansicht (erschienen am 2.12.2019, abgerufen am 30.8.2020)

Der vom Geld regierten Welt geht es schlecht und schlechter. Wenn es die Ursache aller Zerstörungen ist, warum ziehen wir dann keine Konsequenzen daraus? Geld beginnt, wenn zwei tauschen? So einfach ist das nicht.

Was wir vom Geld wissen, aber nicht glauben wollen

© Pau Casals/unsplash.com

Es gibt eine Erkenntnis über das Geld, die ist so schrecklich trivial, dass man sie gar nicht aussprechen mag. Und doch ist ihr genauso wenig zu widersprechen. Dass das Geld aktuell regiert, lässt sich nicht leugnen, und keinem Zweifel kann auch unterliegen, was es ist, das vom Geld regiert wird. Zugleich ist zur Trivialität geworden, wie es um eben die vom Geld regierte Welt mittlerweile steht. Schon Schulkinder können das heute herbeten, und manche sehen gar Anlass, es öffentlich zu tun, weil auch nach Jahrzehnten des Umweltbewusstseins und der Umweltministerien die Vergiftungen und die Zerstörungen der Welt nicht etwa nachgelassen haben, sondern nur immer weiter ausgreifen. Der vom Geld regierten Welt geht es schlecht und schlechter.

Nimmt man aber beides so trivial Offensichtliche zusammen, das Regieren des Gelds und den bedrohlichen Zustand unserer Welt, kann man nur staunen, dass die einfachste Schlussfolgerung daraus so gar nicht in aller Munde ist: Wenn die Welt vom Geld regiert wird und unter seinem Regiment in einen solchen Zustand geraten ist, dann ist dem Regiment des Gelds eben dieser Zustand auch anzulasten. Dann geht dieser Zustand alles in allem auf das Geld zurück. Diese Feststellung ist undifferenziert, ja, aber man könnte die Differenzierungen so weit treiben, wie man nur wollte, und würde nichts anderes feststellen.

Dabei ist nun eines höchst seltsam. An diesem so unschwer zu erreichenden Punkt, wo es um die Folgen der Geldregierung geht, will mit einem Mal niemand mehr etwas davon wissen, dass das Geld überhaupt regiert. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn da vor Parlamenten demonstriert wird, um sie zu hinreichenden Maßnahmen etwa gegen den Klimawandel zu bewegen. Sollte das Sinn ergeben, müsste die Annahme gelten, die Parlamente stünden noch über dem Geld, von dem die Menschen zu ihrem klimaschädlichen Handeln gezwungen werden: Eine Staatsregierung könnte über das Geld und darüber, was es den Menschen abverlangt, frei gebieten.

Dabei dürften an dieser Stelle alle sehr leicht klarer sehen. Die Vereinigten Staaten etwa, der unangefochten mächtigste Staat der heutigen Welt, verweigern sich noch dem dürftigsten Klimaabkommen mit einer Begründung, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt: dass sich dergleichen nicht mit den Interessen ihrer „Wirtschaft“ verträgt. Und bei einer Wirtschaft, die auf Geld basiert, sind diese Interessen, ob man nun will oder nicht, Geldinteressen.

Dabei gibt es keinen Anlass, auf Politiker zu schimpfen oder von ihnen enttäuscht zu sein, weil sie ihren Auftrag missachten oder verfehlen würden. Nein, sie erfüllen ihren Auftrag getreulich, und wieder weiß jeder, worin dieser Auftrag besteht: für das Staatswohl zu sorgen. Nur dass dieses Staatswohl bekanntlich von eben dem Bereich abhängt, um dessen Wohl und Wehe jeweils nicht nur ein speziell dafür eingerichtetes Ministerium, sondern stets der gesamte Staatsapparat besorgt sein muss: der Wirtschaft – einer über Geld laufenden Wirtschaft.

Eine solche Wirtschaft kennt kein Gleichgewicht und keinen Einstand, sondern ist notwendig auf das berühmt-berüchtigte „Wachstum" ausgerichtet, das nicht nachlassen oder gar abreißen darf und das sich, wie schon wieder jeder weiß, nicht eben mit zarter Rücksichtnahme auf das Gedeihen der Welt verträgt. Doch siehe, auch hier erweist sich, wie umstandslos die einfache Erkenntnis, dass das Geld regiert, dem gegenteiligen Glauben weicht. Denn es gibt eine Erklärung für den Wachstumszwang, die so recht jedem einleuchtet: Gier. Die Gier der Menschen nach immer mehr wäre es, so geht der Glaube, durch die die Wirtschaft sich gezwungen sähe, immer mehr zu produzieren und zu verkaufen und darüber nolens volens auch Gewinne zu machen. Nicht vom Geld also ginge der Zwang zu seiner Vermehrung aus, sondern von einem Wahn der Menschen. Würden die nur umdenken, würden sie das richtige Bewusstsein entwickeln, würden sie bescheidener werden, bräuchte es auch kein Wirtschafts und Geldwachstum mehr.

Denn es gibt eine Erklärung für den Wachstumszwang, die so recht jedem einleuchtet: Gier.

Man erlebt zwar, dass schon ein Wirtschaftswachstum, das zu gering ausfällt, objektiv Krise bedeutet, und dass diese Krise Menschen wirklich statt wahnhaft in tiefere Nöte stürzt. Man weiß zwar, dass Geld wirklich seinen Wert verlieren und auch die gewaltigste Summe sich in nichts auflösen kann, wenn da nicht ständig mehr Geld nach und herauskommt. Hochoffiziell wurde man unterrichtet, dass es Institutionen gibt, die „systemrelevant" sind und nicht aufgegeben werden dürfen, dass also ein ganzes System den Rückgang der Geschäfte nicht vertrüge und die Staaten zwingt, für seinen Erhalt alles zu tun: mit Unmengen zusätzlichen Geldes und mit Maßnahmen, die unter anderem die massenhafte Verschrottung von Autos belohnen, wenn dafür neue gekauft werden. Doch angesichts all dessen anzuerkennen, dass hier eine im Geld selbst gegründete Logik regiert, fällt offenbar zu schwer.

Anscheinend gibt es in Bezug auf Geld eine Reihe von Grundüberzeugungen, die offen einer klareren Erkenntnis widersprechen und denen daher niemand unterliegen muss, die sich aber unwillkürlich aufdrängen. Sie können aufsteigen bis zur bewusst vertretenen Lehrmeinung, in der Regel formulieren sie sich jedoch gar nicht explizit, sondern lassen sich nur erschließen: als unwillkürlich gemachte Voraussetzung. Insbesondere drei von ihnen bilden eine Art Abc der täuschenden Annahmen über das Geld.

Das Abc der Geldirrtümer

Die erste gilt der Frage, wie Geld überhaupt entstanden sei, und ist logische Prämisse für jenen Glauben, die Menschen könnten frei über das Geld und seine Eigenschaften bestimmen: weil sie es nämlich erfunden hätten. Wie jede Erfindung habe also auch das Geld seinen guten Grund und seinen guten Sinn, und wenn es in irgendeiner Hinsicht nicht funktioniert wie gewünscht, müsse sich Geld wie jede Erfindung folglich nach Wunsch verbessern und adjustieren lassen. Erfunden aber hätten es die Menschen, so der gängigste Glaube, zur sinnigen Erleichterung eines allgemeinen Tauschhandels.

Die zweite Annahme rechtfertigt das Geld ebenso als ein hohes Gut: Das einzige Übel, das die Welt bedrohe, sei fehlendes Geld. Nur mit Geld nämlich lasse sich, so wie alles, auch die Wohlfahrt der Welt erreichen. Die Welt mit allem zu versorgen, was ihr und den Menschen not und gut tut, dazu sei das Geld geschaffen, und dazu sei das Geld vonnöten.

Und schließlich erklärt die dritte dieser Annahmen das Geld geradewegs für unverzichtbar: Jedes Ding habe seinen Wert, und diesen Wert darzustellen sei notwendige Leistung und Aufgabe des Geldes. Weil alles seinen Wert habe, brauche es das Geld, um alles nach seinem Wert und damit richtig zu behandeln.

In handliche Glaubenssätze gefasst lautet das ABC dieser Geld-Irrtümer also:

A: Geld beginnt, wenn zwei tauschen.
B: Geld versorgt die Welt.
C: Geld ist der Wert der Dinge

Ihnen argumentativ entgegenzutreten bedeutet noch nicht, dass damit geklärt wäre, wie es historisch wirklich zu Geld gekommen ist, was Geld wirklich mit der Versorgung der Welt zu tun hat und was Geld zuletzt wirklich ist. Doch nichts davon wird sich klären lassen, solange solcher Glaube währt.

Anfang und Sinn des Geldes, so sehen wir es vor uns, könnten nur in einem höchst vernünftigen Gedanken liegen, den glückliche Menschen irgendwann ein erstes Mal gefasst und umgesetzt hätten. Denn irgendwann, so geht die rasche Schlussfolgerung, müsse einfach jemand auf die Idee gekommen sein, nicht mehr direkt eine Sache gegen die andere zu tauschen, Mammutfleisch gegen Faustkeil, sondern für derlei Tausch Geld einzuführen. Geld habe dieses Tauschen sehr viel leichter gemacht, indem zunächst irgendetwas in Geld und dieses Geld erst, wenn es passte, in etwas anderes zu tauschen war.

Wem die Vorgeschichte unserer Wirtschaft in dieser Weise vor Augen steht, weiß sich unwillkürlich im Recht, und mehr noch, wird darin so recht von allen Seiten bestätigt. Ökonomen vom Fach leiten ihren Gegenstand sogar besonders gerne auf ein so rekonstruiertes Szenario zurück. Paul Samuelson etwa wurde 1970 mit dem Nobelpreis für Wirtschaft geadelt, nachdem er sich mit Sätzen wie diesem dafür qualifiziert hatte: „Darum sind wir jenen beiden Affenmenschen zu großem Dank verpflichtet, die eines Tages die Entdeckung machten, dass sie sich gegenseitig nützen, wenn jeder jeweils auf etwas verzichtete, um dafür etwas anderes einzutauschen."

Zu Anfang hätten also ganze zwei Leutchen mit ihrer Entdeckung dafür gesorgt, dass alsbald jeder mit jedem tauschte, was jeweils sein eigen war und worauf er verzichten konnte, um zu bekommen, womit es dem anderen ebenso erging. Und nachdem sich dies zwar durchgesetzt, bald aber als unsinnig kompliziert erwiesen hätte, wäre man außerdem auf die entscheidende Erfindung gekommen – ob bei den Hominiden oder erst bei den Hochkulturgriechen, tut nichts zur Sache –, nämlich die Erfindung eines speziellen Tauschmittels, womit sich von nun an leichter tauschen ließ: Geld.

Genial. Nur dass es so nicht gewesen sein kann. Vereinzelt wurde das schon vor längerer Zeit festgestellt, seit David Graebers Schulden-Buch jedoch dürfte die Widerlegung auch einem größeren Kreis bekannt sein. Historisch und ethnologisch steht fest: Es hat niemals und nirgends ein Gemeinwesen gegeben, dessen Mitglieder in dieser Weise miteinander Tauschhandel getrieben und von diesem gelebt hätten, bevor sie mit Geld umgingen. Genau umgekehrt: Gemeinwesen mit einem solchen Tauschhandel haben es immer bereits mit Geld zu tun. Erst mit Geld nämlich kommt es überhaupt zu jener Form des Tauschens, die wir unwillkürlich und irrtümlich bereits den Affenmenschen unterstellen und die wir bei „uns" Menschen letztlich schon immer voraussetzen.

Eine menschliche Konstante

Auch in früheren Gemeinwesen kam es zwar zur Übergabe von Dingen, doch mit einem völlig anderen Sinn. Und selbst was sich dort an Kauf und Verkauf ergeben konnte, ergab sich immer nur am Rand, blieb eingeschränkt auf wenige Situationen und bedeutete in keinem Fall, dass die Mitglieder eines solchen Gemeinwesens davon lebten, sich das Benötigte gegenseitig zu verkaufen – so wie wir es vom Geld kennen. Bis ins europäische Mittelalter blieben Kauf und Verkauf überall auf der Welt periphere Ereignisse, und das aus dem offensichtlichen Grund, dass die Verteilung von Gütern und Lebensmitteln konstant auf eine andere Weise eingerichtet war. Gerade vom Mittelalter dürfte sie allgemein bekannt sein: Entlang den Verpflichtungen, die dort zwischen Feudalherren und ihren Leuten oder allgemein zwischen den unterschiedlich gestellten Menschen bestanden, wurden die benötigten Güter einerseits von unten nach oben eingesammelt und andererseits auch von oben nach unten weitergegeben – ohne dass dabei Gut gegen Gut getauscht wurde.

Wichtiger jedoch, als einen urtümlich-ursprünglichen Tauschhandel zwischen Affenmensch und Affenmensch zu widerlegen, ist für jetzt die Erklärung, weshalb wir bis hinauf zum Nobelpreiskomitee so unverbrüchlich an ihn glauben. Es muss ein starker Zwang sein, der hier wirkt, und der geht vom Geld selber aus. Denn so selbstverständlich erscheint uns die Welt inzwischen in genau der Form, die ihr das Regiment des Geldes aufzwingt, dass es uns nicht gelingen will, vom Geld überhaupt noch abzusehen. Wenn wir also versuchen, uns die Welt

ohne Geld vorzustellen, setzen wir Geld unwillkürlich schon voraus und sehen es zwingend in diese vorgestellte Welt hinein. Wir glauben Geld aus den frühen Verhältnissen wegzudenken und unterstellen doch Verhältnisse, wie sie erst das Geld ergeben hat und wie sie nur mit Geld bestehen können.

Wenn nämlich der Tausch zuletzt zu der Erfindung von Geld geführt haben soll, setzen wir damit, ohne uns dessen bewusst zu sein, bei weitem mehr voraus als den harmlosen Tausch zwischen Zweien.

Wir sehen jeweils zwei Leute vor uns, die miteinander tauschen, setzen aber voraus, dass nicht nur diese beiden, sondern grundsätzlich alle innerhalb dieses Gemeinwesens tauschen. Denn nur bei einem Tauschhandel unter mehr oder weniger allen könnte es Sinn ergeben, Geld einzuführen; zwei einzelne Tauschende könnten kein Geld gebrauchen. Und schon haben wir also vorausgesetzt, dass innerhalb einer solchen „Gesellschaft" ganz allgemein Käufe und Verkäufe vollzogen werden.

Des Weiteren setzen wir voraus, dass dort jeder tauscht, weil er braucht, was er über Tausch bekommt. Alle wären auf den Tausch angewiesen, und nur darum hätten sie jeweils die mühsame Suche nach einem passenden Tauschpartner auf sich genommen. Wir setzen also voraus, die Versorgung wäre in einer solchen Gesellschaft ganz allgemein von Käufen und Verkäufen abhängig gewesen: über einen gesellschaftsweiten Markt.

Und wenn dieser allgemeine Gütertausch später mit Geld getätigt worden sein soll, setzen wir drittens voraus, man hätte schon die Güter jeweils als gleiche Werte getauscht: Gut gegen Gut als Wert gegen gleiche Menge Wert. Bei dem gedachten Tauschhandel von Gut gegen Gut wäre es bereits um die Menge eines Werts in allen Gütern gegangen. Ein solcher Wert aber ist schon so gut wie Geld: Jede Ware, die man nach einem so vorausgesetzten Wert gegen eine andere tauschen wollte, würde bereits als Geld fungieren. In einer Gesellschaft, wie wir sie zu seiner Herleitung voraussetzen, wäre das Geld also bereits da und müsste gar nicht mehr erfunden werden: Es bräuchte nur ehrlicherweise noch diesen Namen.

… eine so tief vom Geld bestimmte Welt, dass wir das vom Geld Bestimmte für ursprüngliche Natur halten.

Nichts von dem, was wir hier voraussetzen, legen wir bewusst in unsere Vorstellung einer Gesellschaft, die von geldlosem Gütertausch gelebt hätte – und die es nie gegeben hat. Darin zeigt sich unser Denken vielmehr bestimmt von dem, was wir heute um uns vorfinden: eine so tief vom Geld bestimmte Welt, dass wir das vom Geld Bestimmte für ursprüngliche Natur halten. Auch gewaltigste Auswirkungen des Geldes – etwa die Form unserer heutigen Gesellschaft, in der die Menschen allen Ernstes davon leben, sich gegenseitig zu verkaufen, was sie zum Leben brauchen – wollen wir deshalb keinesfalls als Auswirkung des Geldes erkennen. Stattdessen glauben wir im Geld eine menschliche Konstante zu sehen.

Brot für die Welt: Das ist der schöne sprechende Name einer modernen Organisation. Schön ist er dank seines Programms, dass jeder auf der Welt genug zu essen haben sollte – was offensichtlich nicht der Fall ist. Vielmehr hungern heute weltweit so viele Menschen, dass diese Organisation Anlass sieht, darauf hinzuweisen: „Grundnahrungsmittel müssen dauerhaft in ausreichender Menge vorhanden sein, damit alle Menschen aktiv und gesund leben können." So informiert ein Flyer der Organisation, die ihrerseits aktiv wird, indem sie Spenden sammelt. Für deren Empfang aber muss „Brot für die Welt" nichts weiter angeben als eine Kontonummer.

Kein Geld, kein Brot

Versteht sich: eine Kontonummer, die braucht es für die Spenden. Wer demnach Brot für diese Welt spendet, der spendet gar kein Brot. Er spendet weder Grund noch andere Nahrungsmittel, er lässt lediglich eine Zahl von seinem Konto abziehen und sie einem anderen addieren. Doch wenn alles gut geht, werden sich Menschen von dieser Zahl nähren. Das ist seltsam, doch wie das zugeht und dass es so zugehen muss, versteht sich heute ganz von selbst.

Selbstverständlich spendet da niemand Brot, man spendet Geld für die Welt. Und mit diesem Geld wird irgendwo und irgendwann erst jenes Brot gekauft, das hoffentlich den Hunger stillt: ein kleiner, wenn auch folgenreicher Umweg. Selten wohl wird das Geld dabei namentlich für Brot ausgegeben, sinnvoller kauft man etwas, das nachhaltiger zu Nahrung verhilft, zum Beispiel: „100 € ermöglichen die Anschaffung eines Wasserbüffels für die Feldarbeit auf den Philippinen", so der Flyer. Doch dabei klärt sich noch eine andere Selbstverständlichkeit: Es mangelt gar nicht an Brot und Nahrung für diese Welt – sie sind ja da, sie lassen sich anschaffen! Getreide, Tatkraft, Wasserbüffel, alles, was die Menschen für ihr täglich Brot benötigen, gibt es auf der Welt, es muss bloß noch gekauft und bezahlt werden, dann kann es Hunger stillen.

Folglich müsste niemand hungern – weshalb muss dann jemand hungern? Weil erst Geld die Welt mit Brot versorgt? Weil erst Geld dafür da sein muss, um alles das zu kaufen? Weil zuerst Geld das eine große Lebensmittel ist, mit dem sich alle anderen besorgen lassen? Ja, eben deshalb: In dieser Welt wird gehungert, nicht weil Brot, sondern weil das Geld fehlt.

Es hängt am Geld, das versteht sich. Und es bedeutet: Die 100 € braucht es, um den Büffel anzuschaffen, nicht jedoch, um ihn zu schaffen. Im Moment fehlen lediglich diese 100 €, die deshalb jemand spenden soll, aber es fehlt nicht der Wasserbüffel. Er steht ja zum Verkauf, es gibt ihn, jetzt, er lebt: Er steht sozusagen schon mit zweien seiner vier Beine auf dem philippinischen Feld. Nur loslegen kann er erst, wenn die 100 € kommen, dann und nur dann gibt es ihn auch wirklich – „für die Feldarbeit auf den Philippinen". Ohne die 100 € gilt, dass es den Büffel, den es gibt, nicht gibt. Wenn das Geld nicht aufgebracht wird, wird es ihn für die nicht geben, denen er Nahrung und Überleben bedeutet. Kein Geld, kein Brot – auf dieser Welt.

Daraus ziehen wir eine simple Schlussfolgerung: Es bräuchte nur genug Geld, und niemand müsste hungern. Geld schafft die Lebensmittel, denn es schafft sie an, und je mehr Geld, desto mehr vermag es anzuschaffen. Das ist wohl wahr – und ist doch entsetzlich falsch.

Seit langem schon tut Geld, was wir da als Rettung imaginieren, und wird erfolgreich mehr und mehr. Käme es wirklich auf die Menge Geld an, die wäre längst groß genug, um allen Hunger dieser Welt zu stillen. Er wurde aber nicht gestillt. Denn nicht zu wenig, seltsamerweise gibt es gar zu viel des Geldes. Zu viel davon ist unterwegs, denn das bemisst sich nicht am Hunger, bemisst sich nicht an der Menge von Lebensmitteln, die davon anzuschaffen wären, sondern bemisst sich ganz allein am Geld selbst. Bei der immensen Menge, in der das Geld heute weltweit unterwegs ist, findet es zwar noch immer lohnende Anlagen, in die es „gehen" kann, aber nicht genug, um – was es muss – ausreichend mehr zu werden: Dafür gibt es zu viel Geld. Dieses Zuviel sorgt nicht für einen Überfluss, der dem Hunger ein Ende setzen würde.

Dass es so sein muss, zeigen schon die 100 € für den Büffel. Denn Geld, dasselbe Geld, von dem die Menschen leben müssen, scheidet sie zuvor von dem, was sie zum Leben brauchen. Bevor Geld die Lebensmittel verschafft, schließt es jeden, der nicht zahlen kann, von ihnen aus. Die Lebensmittel gibt es nur für die, die sie kaufen, und also nicht für die, die sie nicht kaufen können. So existiert der Büffel und existiert er zugleich nicht. Geld ist nur Geld, indem es als Schranke fungiert. Den Zwang, etwas zu kaufen, setzt das Geld so weit wie nur möglich vor alles, was man brauchen oder wünschen kann, und wäre es die Nahrung, ohne die ein Mensch verhungert. Gebieterisch und unerbittlich erhebt sich das Geld vor allem, was man gegen Geld bekommt, und schließt erst einmal alle davon aus: damit sie es nur gegen Geld bekommen.

Die Lebensmittel gibt es nur für die, die sie kaufen, und also nicht für die, die sie nicht kaufen können.

Geld schließt aus von dem, was Geld verschafft, damit es Geld ist, was alles das verschaffen kann. Zum Füllhorn wird das Geld allein durch diesen Ausschluss, durch einen Mangel, den allein das Geld erzwingt. Die kleine, tödliche Einschränkung – es gibt den Büffel, aber nur dann, wenn – spricht das Wesen des Geldes aus.

Chemie ist die Wissenschaft von den Eigenschaften, der Zusammensetzung und der Umwandlung von Substanzen und ihren Verbindungen. Eine Chemie des Geldes muss es geben, wenn zutrifft, was die meisten werden glauben wollen: dass es der Wert der Dinge sei, den man mit Geldeswert bezahlt. Dann nämlich müsste sich Wert als eine Art Substanz nachweisen lassen, im Geld sowohl als in den Dingen.

Wer verleiht dem Geld diese Macht?

So sehen wir es vor uns: Mit Geldeswert bezahlen wir den Wert der Dinge. Ein Laib Brot mag seine 4,50 kosten und ist sie insofern wert, und wenn wir ihn kaufen, dann mit Geld im Wert von eben diesen 4,50. Beide also haben ihren Wert, Dinge und Geld, und der Wert des Geldes steht für den der Dinge ein. Wieder versteht es sich von selbst: Weil die Dinge etwas wert sind, kosten sie uns Geld. Der Büffel kostet seine 100 € deshalb, weil er so wertvoll ist, denn das ist er zweifellos: wertvoll für die Arbeit auf dem Feld, des Leders wegen, das er spendet, oder vielleicht auch schon als solcher, als dieses große, herrliche Lebewesen. 100 € sind da womöglich lachhaft

wenig, sie aber sind sein Wert, wenn für ihn so viel an Geldwert zu zahlen ist. Diesen Wert stellt der Büffel dar, also muss „sein“ Wert für ihn gezahlt werden. Und so gilt es bei allem und jedem, so liegt es offenbar in der Natur der Dinge.

Am Anfang stünde also der Wert der Dinge, und er wäre der Grund dafür, dass wir mit Geldeswert für sie bezahlen. Ihr Wert würde es bedingen, dass sie um den Gegenwert in Geld zu kaufen sind. Auch wenn uns öfter fraglich erscheint, ob bestimmte Dinge „wirklich“ so viel wert sind, wie sie kosten, stellen wir damit nicht in Frage, dass sie etwas wert sind und deshalb etwas kosten müssen. Wenn wir finden, etwas sei weniger oder auch mehr wert, als aktuell dafür zu zahlen ist, sind wir nur über die angemessene Höhe des Werts im Zweifel, nie darüber, dass wir, angemessen oder nicht, den Wert dessen zahlen, was wir kaufen. Also noch einmal: Geld stellt nur den Wert der Dinge dar, den wir deshalb für sie bezahlen, das scheint klar – und ist doch grundfalsch.

Es soll auch hier nicht um eine gründliche Widerlegung gehen oder darum, die richtige Deutung herzuleiten. Aber es gibt einen einfachen Gedanken, der bloßstellt, was hier falsch ist, auch wenn er dazu auf den ersten Blick allzu harmlos aussieht. Denn wirklich kann schon deshalb nichts an Wert in den Dingen ihre Bezahlung mit Geld erfordern, weil wir Geld zwar für, doch niemals an die Dinge zahlen.

Es ist ja nicht der Wasserbüffel, der sich hinstellt und die 100 € abkassiert, weil er sie als seinen Wert erkannt hätte. Es ist nicht das Brot, an das die überwiesene Spende geht. Es ist nicht der Boden selbst, in den man Geld steckt, und schon trägt er davon Früchte. Natürlich, wäre auch absurd: Wo hätte Brot sein Konto? Was fängt ein Tier mit Geld an? Keinem Tier, keinem Ding kommt der Geldwert zu, den es kostet. Nein, Geld fordern, Geld annehmen und ausgeben, Geld als Geld verwenden, das können ausschließlich Menschen. Und auch sie halten die Hand nicht für die Dinge auf, an deren Stelle und in deren Interesse, als Treuhänder all dessen, was kostbar ist auf dieser Welt. Wer die 100 € für den Büffel einstreicht, gibt sie weder an den Büffel weiter noch an den lieben Gott oder Mutter Natur. Der Wert, der in Geld für etwas gefordert wird, kennt nur einen Weg: Er geht zuletzt an jemanden, der ihn fordert.

Wenn wir für etwas Geld bezahlen müssen, dann nicht, weil der Wert von einem Ding oder wovon auch immer es erfordern würde, sondern einzig, weil Menschen es fordern. Und das wiederum müssen sie, nicht weil die Dinge, sondern weil das Geld es erfordert. In einer Wirtschaft, die über Geld läuft, müssen alle zu Geld kommen, um von dem leben zu können, was dafür zu kaufen ist. Um aber zu Geld zu kommen, muss es jeder von anderen fordern, denn nur von anderen lässt sich Geld bekommen; und muss es jeder für etwas fordern, wofür einer der anderen Geld zu zahlen bereit ist. Diesen bringt der Käufer mit seinem Geld dazu, ihm die Verfügung über das Gekaufte einzuräumen. Mit Geld verfügt also stets jemand genau genommen über jemanden: der Zahlende über den, den er bezahlt. Mit Geld verfügen ausnahmslos Menschen über Menschen.

Die Macht dazu verleiht ihnen das Geld. Diese Verfügungsmacht, zunächst über Dinge, zuletzt jedoch ausnahmslos über Menschen, ist das Geld. Sie ist es, die sich in den Wert verkleidet, den wir so unwillkürlich in den Dingen sehen: als trügen sie ihn in sich und als würden wir seinethalben Geld für sie bezahlen und – immerhin auf Leben oder Tod, Verhungern oder nicht – bezahlen müssen.

Diese Verfügungsmacht, zunächst über Dinge, zuletzt jedoch ausnahmslos über Menschen, ist das Geld.

Wer aber verleiht dem Geld diese Macht? Was hat sie ihm einmal verschafft? Wie ist das Geld zu ihr gekommen? Niemand hat diese Macht des Geldes erfunden, und niemand hat sich je für sie entschieden. Aber entschieden wird sie heute aufrechterhalten, durch die höchsten sonst existierenden Mächte, die Staaten. Selbst sie können nicht entscheiden, wie es mit Geld zugeht. Daher steht heute sehr viel mehr zur Entscheidung: ob es weiterhin mit Geld zugehen kann.

Jeder Mensch sollte über so viel Geld verfügen, dass er ein würdevolles Leben führen kann - unabhängig von seinen Leistungen. Eine Möglichkeit hierzu ist das existenzsichernde Grundeinkommen. Zu diesem Thema gibt es eine Fülle von Informationen.

Das existenzsichernde Grundeinkommen

Hier ein Textauszug aus der Seite: http://www.bge-rechner.de/finanzierung.html

Das **Bedingungslose Grundeinkommen** (BGE) gewährt jedem Mitglied einer Gemeinschaft eine feste monatliche Geldsumme in Höhe des soziokulturellen Minimums. Es reicht neben Kleidung, Lebensmitteln und Miete bspw. für ein Fahrrad oder die Monatskarte bei Bus und Bahn, es reicht nicht für ein neues Auto oder die teure Urlaubsreise. Es ermöglicht kein Luxusleben, aber ein Leben in Würde. Dieses Einkommen wird **ohne Bedürftigkeitsprüfung** und **ohne Zwang zur Gegenleistung** gezahlt. Diskutiert man über das BGE, werden hauptsächlich zwei Gegenargumente genannt: „Wer würde dann noch arbeiten?“ und „Wer soll das bezahlen?“. Die erste Frage ist abhängig vom persönlichen Menschenbild, die zweite wird hier beantwortet.

Um an dieser Stelle mit einem weit verbreiteten **Denkfehler** aufzuräumen: Das BGE wird nicht auf bestehende Löhne draufgesattelt, das würde nicht funktionieren. Es ersetzt einen Teil der Löhne und Gehälter. Wenn Sie das Bedingungslose Grundeinkommen für eine grundsätzlich gute Idee halten, allerdings Probleme bei der Finanzierung oder der Umsetzung sehen, dann sind Sie einer der Menschen, für die diese Seiten erstellt wurden.

Ein sozialpolitisches Konzept: Jeder Bürger bekommt ein Grundeinkommen - ohne Prüfung seiner finanziellen Verhältnisse und ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Das bedingungslose Grundeinkommen ersetzt alle anderen staatlichen Zahlungen und sichert die Existenz jedes Bürgers. Je nach Modell wird das Bürgergeld über Steuern wie zum Beispiel Konsum- und Luxusgüter, Unternehmenssteuer, Vermögenssteuer und Einsparungen in der Bürokratie oder Besteuerung von Finanzprodukten finanziert. Prominente Befürworter sind der dm-Drogeriemarkt-Gründer Götz Werner und Elon Musk, Mitbegründer des Bezahlsystems PayPal und des Elektroautoherstelles Tesla. Kritiker sehen im Einkommen ohne konkrete Gegenleistung hingegen eine nicht finanzierbare Utopie. Das Grundeinkommen soll das Leben besser machen, den Druck rausnehmen, zu mehr Unabhängigkeit verhelfen, eine neue Form des Miteinanders hervorbringen.

Das Grundeinkommen soll das Leben besser machen, den Druck rausnehmen, zu mehr Unabhängigkeit verhelfen, eine neue Form des Miteinanders hervorbringen.

Ein Blick auf die Einkommensteuer ist in weiterer Hinsicht interessant. Das BGE wirkt als „negative Einkommensteuer“, wobei jeder es als theoretischen Grundfreibetrag ausgezahlt bekäme. Über das BGE hinaus verdientes Einkommen würde direkt ohne weiteren Freibetrag versteuert. Die Nettobelastung (Einkommensteuer minus BGE) wäre zunächst negativ und würde dann mit dem Einkommen ins Positive ansteigen, bis sie, je nach Ausgestaltung, ab ungefähr dem Durchschnittseinkommen die momentane Belastung (Sozialversicherungsbeiträge plus Einkommensteuer) übersteigen würde. Die Mehrheit der Bürger würde entlastet.

Kann ein Grundeinkommen finanziert werden?

1.000 Euro im Monat, einfach so, vom Staat. Betrachtet man die Geldmengen, die in Deutschland im Umlauf sind, scheint ein Grundeinkommen sogar umsetzbar. So entspricht die benötigte Summe des Grundeinkommens ziemlich exakt dem Sozialbudget der Bundesrepublik. Für das Jahr 2016 waren das 918 Milliarden Euro. Darin sind sämtliche Geld- und Sachleistungen eingerechnet, die zur Absicherung der Bürger dienen, selbst erwirtschaftete Renten und geleistete Sozialabgaben inklusive. Das Volkseinkommen, also die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen, belief sich im Jahr 2016 sogar auf 2,3 Billionen Euro.

Das Geld wäre prinzipiell also vorhanden, nur ist es derzeit anderweitig gebunden.

Zu Beginn steht eine simple Überschlagsrechnung. Die eingangs erwähnten 1.000 Euro haben sich derzeit zur magischen Zahl der Grundeinkommensverfechter entwickelt. Wollte man durchschnittlich jedem Bundesbürger 1.000 Euro monatlich überweisen, bräuchte es rund 82 Milliarden Euro pro Monat, auf das Jahr gerechnet fast eine Billion. Der Bundeshaushalt gibt Projekte dieser Größenordnung nicht her. Allerdings - so sagen es Verfechter - gehe ein Teil der bisherigen Bundesausgaben im Grundeinkommen auf. So ließe sich Geld sparen: Hartz IV fiele weg, auch das Kindergeld. Doch wie viel machen diese Ausgaben am Bundeshaushalt aus?

Der Bundeshaushalt langt bei weitem nicht aus. Zwar bekommt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Löwenanteil des Haushalts, davon dient auch ein hoher Anteil zur Versorgung von Hartz-IV-Empfängern. Doch von dem Geld zahlt der Staat auch die nötige Infrastruktur und den Beamtensold. Und dennoch zeigt sich: Für ein Grundeinkommen stünden nur rund 160 Milliarden Euro im Jahr zur Verfügung. Ein Grundeinkommen verschlänge das Sechsfache.

Befürworter erhoffen sich eine ganze Reihe positiver Effekte. Die Wichtigsten darunter sind eine Reduzierung der (Einkommens-)Ungleichheit, eine steigende Autonomie der Bürger und ein effizienterer (Sozial-)Staat. Kritiker des BGE führen an, dass ein entsprechendes Vorhaben schlicht nicht finanzierbar sei. Außerdem wird eine negative Wirkung auf das Arbeitsangebot befürchtet.

Kosten von rund 800 Milliarden Euro

Für die Analyse dieser Positionen sei die Höhe des Existenzminimums im Sinne des BGE als 800 bis 1000 Euro pro Monat pro Person für Deutschland angenommen. Je nach dem welchem Personenkreis ein BGE zustünde, ergäbe dies ein Finanzvolumen von circa 800 Milliarden Euro pro Jahr.

Änderungen im Steuersystem

Natürlich sollen Personen durch das BGE nicht schlechter gestellt werden als momentan, sodass das BGE lediglich auf bestehende Sozialleistungen angerechnet werden sollte. Die Ausgaben für Sozialleistungen würden dadurch in jedem Fall sehr stark sinken. Mittelfristig würde eine derartige Bündelung der Sozialleistungen Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben ermöglichen.

Andererseits muss natürlich berücksichtigt werden, dass die Sozialversicherungssysteme sich ihrerseits durch Sozialabgaben finanzieren. Diese könnten in einem BGE-System in die Einkommensteuer integriert werden. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber könnten durch Unternehmenssteuern ersetzt werden.

Der Einfluss des Grundeinkommens auf das Arbeitsangebot ist unklar

Eine Unbekannte bleibt das Arbeitsangebot. Hier gehen auch die Meinungen von Ökonomen auseinander, da grundsätzlich sowohl eine Zunahme als auch eine Abnahme theoretisch begründbar sind. Fakt ist, dass Personen in Umfragen oft angeben, auch mit einem BGE in Höhe des Existenzminimums weiterhin (in ähnlichem Umfang wie bisher) erwerbstätig sein zu wollen. Dies anzunehmen macht insofern Sinn, als dass es keinen nachvollziehbaren Grund gibt, durch die Einführung eines BGE den Lebensstandard zu reduzieren, schon gar nicht auf das Existenzminimum. Vermutlich wird es aber eine gleichmäßigere Verteilung der geleisteten Arbeitsstunden geben.

Obwohl die Betrachtung des BGE als Bündelung von Sozialleistungen und Auszahlung des Grundfreibetrags das Verständnis zunächst deutlich verbessert, geht der Anspruch des BGE für einige Befürworter sogar über eine gegenwärtige Reform der Steuer- und Sozialpolitik hinaus. Zu diesen Befürwortern gehören auch viele „Zukunftsmacher“ aus dem Silicon Valley. Sie haben erkannt, dass der (Sozial-)Staat der Lebenswirklichkeit einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt Rechnung tragen muss. Die Erwerbsarbeit wird dabei nicht verschwinden, allerdings werden, aufgrund von größerer Dynamik in den Anforderungen an diese, die Phasen von individueller Erwerbslosigkeit sehr wahrscheinlich zunehmen.

In noch stärkerem Maß als heute schon ist es also auch eine Frage der Würde, Personen in solchen Zeiten nicht zu Bittstellern zu machen, sondern mit einem BGE allen Bürgern eine dauerhafte, planbare Basis für die wirtschaftliche Tätigkeit oberhalb des Existenzminimums bereitzustellen.

Weiterführende links:

https://www.ndr.de/themenwoche/gerechtigkeit/Bedingungsloses-Grundeinkommen-Finanzierung,grundeinkommen132.html
https://taz.de/Pro--Contra-zum-Grundeinkommen/!5462252/
https://www.grundeinkommen.de/wp-content/uploads/2017/12/17-10-%C3%9Cbersicht-Modelle.pdf
https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/fragen-und-antworten

Der Soziologe Christoph Butterwegge sieht das bedingungslose Grundeinkommen sehr kritisch. Wir geben seine Position mit einem Aufsatz wieder, den er auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht hat.

Kritik am Grundeinkommen

Quelle:https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/217778/das-bedingungslose-grundeinkommen-zerstoert-den-wohlfahrtsstaat

Das bedingungslose Grundeinkommen zerstört den Wohlfahrtsstaat

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist eine Utopie. Wer schon reich ist, braucht es nicht, für die Armen reicht es nicht. Außerdem kann das BGE nie wirklich gerecht sein, findet Christoph Butterwegge.

Mittels eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), das auch als „Bürger-“ bzw. „Existenzgeld“, als „Sozialdividende“ oder als „negative Einkommensteuer“ firmiert und Inländern ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt werden soll, hoffen vor allem Bezieher staatlicher Transferleistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe) sowie ihre organisatorischen Netzwerke, die Bedürftigkeit und die bürokratische Gängelung durch das Jobcenter bzw. das Grundsicherungsamt überwinden zu können.

Manche Kritiker befürchten, dass Grundeinkommen nehme den Menschen die Motivation sich eine Beschäftigung zu suchen. (© Christoph Butterwegge)

Sieht man genauer hin, überwiegen jedoch eindeutig die Nachteile: Es handelt sich beim BGE um eine alternative Leistungsart, die mit der Konstruktionslogik des bestehenden, früher als Jahrhundertwerk gefeierten Wohlfahrtsstaates bricht sowie seine ganze Architektur bzw. Struktur zerstören würde. Dieser basiert seit dem 19. Jahrhundert auf Sozialversicherungen, die Standardlebensrisiken (Krankheit, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit) kollektiv absichern, sofern der versicherte Arbeitnehmer und sein Arbeitgeber vorher entsprechende Beiträge gezahlt haben. Nur wenn dies nicht der Fall oder der Leistungsanspruch bei Arbeitslosigkeit erschöpft ist, muss man auf steuerfinanzierte Leistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld bzw. Sozialhilfe) zurückgreifen.

Das Gießkannenprinzip funktioniert nicht

Das bedingungslose Grundeinkommen soll den Armen nützen, ist aber nach dem Lebensmodell eines reichen Müßiggängers konstruiert und funktioniert nach dem Gießkannenprinzip. Auf ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse würde mit einer Geldzahlung in gleicher Höhe reagiert, obwohl Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden muss, soll es gerecht zugehen.

Außerdem stellt die Finanzierung des Grundeinkommens seine Befürworter vor ein Dilemma: Entweder erhält jeder Bürger das Grundeinkommen, unabhängig von seinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. In diesem Fall müssten riesige Finanzmassen bewegt werden, die das Volumen des heutigen Bundeshaushaltes (ca. 300 Mrd. Euro) um ein Mehrfaches übersteigen, die öffentliche Armut vermehren dürften und die Verwirklichung des BGE per se ins Reich der Utopie verweisen. Außerdem würde sich unter Gerechtigkeitsaspekten die Frage stellen, warum selbst Milliardäre vom Staat monatlich ein von ihnen vermutlich als „Peanuts“ betrachtetes Zubrot erhalten sollten, während beispielsweise Schwerstbehinderte viel mehr als den für alle Bürger einheitlichen Geldbetrag viel nötiger hätten.

Alternativ bekommen wohlhabende und reiche Bürger das Grundeinkommen nicht bzw. bekommen es im Rahmen der Steuererhebung wieder abgezogen. Dann wäre es allerdings weder allgemein und bedingungslos. Auch würde die Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht entfallen, müsste doch in jedem Einzelfall herausgefunden werden, ob die Anspruchsvoraussetzungen nicht durch (verdeckte) anderweitige Einkünfte verwirkt sind. Hinsichtlich seiner Kontrollfunktion träte das Finanzamt also an die Stelle des Jobcenters.

Arbeit bedeutet mehr als finanzielle Absicherung

Man kann die soziale Sicherung nicht von der Erwerbsarbeit entkoppeln, basiert Erstere doch auf Letzterer. Allenfalls können Teile der Bevölkerung leben, ohne zu arbeiten, aber nur so lange, wie das andere (für sie) tun und den erzeugten Reichtum mit ihnen teilen. Selbst wenn Erwerbslose durch ein Grundeinkommen materiell besser abgesichert wären, bliebe das Problem ihrer sozialen Ausgrenzung bestehen. Denn in einer Arbeitsgesellschaft hängen Lebenszufriedenheit, sozialer Status und Selbstwertgefühl an der Berufstätigkeit.

Das Vermögen ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Dies wurde in einer DIW-Studie, die im Juli 2020 veröffentlicht wurde, erneut bestätigt. In einem Artikel in der taz werden wesentliche Ergebnisse dieser Studie zusammengefasst.

Studie zu Verteilung von Vermögen: Armes Deutschland

Quelle: https://taz.de/Studie-zu-Verteilung-von-Vermoegen/!5695974/ erschienen am 15.7.2020 (abgerufen am 28.8.2020)

Vermögen ist in Deutschland extrem ungleich verteilt, zeigt eine DIW-Studie. Die ärmere Hälfte besitzt nur rund ein Prozent des gesamten Nettovermögens.

Wie reich sind die Reichen in Deutschland? Dazu war bisher wenig bekannt. Es gab keine belastbaren Zahlen, sondern nur Schätzungen. Diese Datenlücke hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nun geschlossen. Ergebnis: Allein das reichste Prozent, also das oberste Hundertstel, besitzt bereits rund 35 Prozent der individuellen Nettovermögen. Die reichsten zehn Prozent kommen gemeinsam auf 67,3 Prozent der Vermögen.

Da bleibt für den Rest der Bevölkerung nur wenig übrig. Die untere Hälfte der Bundesbürger besitzt nur rund ein Prozent des gesamten Nettovermögens. In konkreten Zahlen: Im Durchschnitt kommen sie auf ein Vermögen von 3.682 Euro. Sie besitzen also im wesentlichen ein Auto – und das war es dann auch schon. „Reichtum“ wird da schnell zu einem relativen Begriff: Man muss nämlich nur über ein Gesamtvermögen von 22.800 Euro verfügen, um statistisch schon zur reicheren Hälfte der Bevölkerung zu gehören.

Die untere Hälfte der Bundesbürger besitzt nur rund ein Prozent des gesamten Nettovermögens.

Die Lage der Unter- und Mittelschichten war schon immer gut erforscht, weil sie regulär an den repräsentativen Erhebungen teilnehmen, die vom Statistischen Bundesamt, von der Bundesbank und vom Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) beim DIW durchgeführt werden. Datenlücken gab es hingegen bei den Millionären und Milliardären, weil diese kaum zu bewegen sind, über ihr Vermögen freiwillig Auskunft zu geben. Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konstatierte daher frustriert: „Für höchste Einkommen und Vermögen liegen kaum belastbare Daten vor.“

Da im nächsten Jahr erneut ein Armuts- und Reichtumsbericht ansteht, wollte die Bundesregierung die Datenlage verbessern und hat daher das Forschungsprojekt gefördert, dessen Ergebnisse nun publiziert wurden. Die Detektivarbeit war nicht einfach, wie Carsten Schröder vom DIW erklärt: „Im Unterschied zu vielen anderen Ländern gibt es in Deutschland keine Daten aus der Vermögenssteuer, aus denen sich ablesen ließe, wie hoch die Vermögen am oberen Ende sind.“

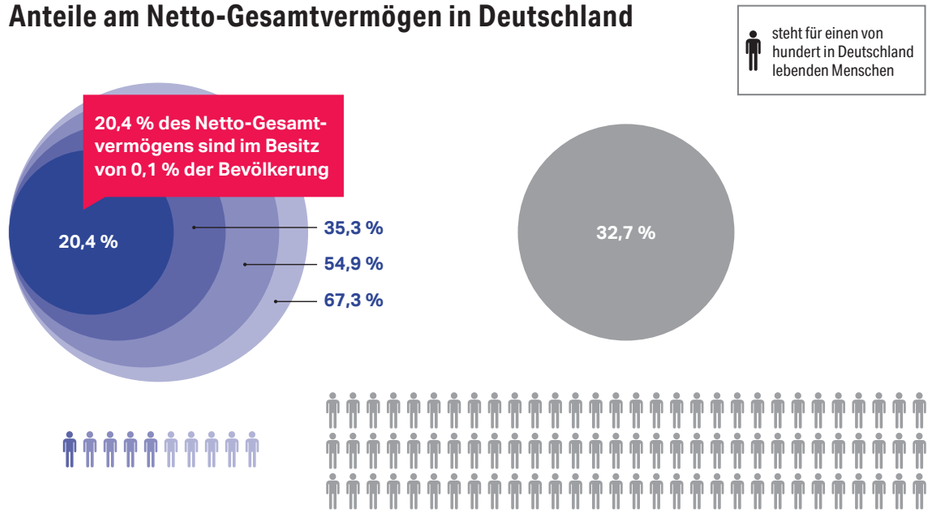
Um die Spuren des Reichtums zu verfolgen, haben sich die DIW-Wissenschaftler eines Tricks bedient: Unternehmen sind verpflichtet, Informationen über ihre Eigentümerstrukturen zu veröffentlichen. Diese Daten werden wiederum kommerziell von einem belgischen Dienstleister namens Bureau van Dijk gesammelt und ausgewertet. Das DIW konnte daher ermitteln, dass 1,7 Millionen Menschen ihren Wohnsitz in Deutschland haben und mindestens 0,1 Prozent an einem Unternehmen halten. Aus dieser Gruppe wurden 1.956 Haushalte zufällig ausgewählt und intensiv befragt.

Den DIW-Forschern ist es damit erstmals gelungen, die Datenlücke zu schließen, die bei den Vermögen von etwa drei bis 250 Millionen Euro klaffte. Allerdings ist damit noch immer nicht der gesamte Reichtum statistisch erfasst. In Deutschland leben bekanntlich auch Milliardäre. Doch sie schweigen weiter eisern über ihr Vermögen.

Den DIW-Forschern blieb daher nur, das Manager-Magazin zu konsultieren, das jährlich eine Hitliste der deutschen Vermögen veröffentlicht. Für das Jahr 2017 waren dort rund 700 MillionärInnen aufgeführt, die mehr als 250 Millionen Euro besaßen. Auch sie wurden in die DIW-Auswertung integriert.

Im Gesamtergebnis zeigte sich, dass das reichste Prozent der Bevölkerung rund 35 Prozent des individuellen Nettovermögens besitzt. Bisher war man von „nur“ 22 Prozent ausgegangen. Das reichste Zehntel kommt nun auf 67,3 Prozent, nachdem man zuvor von 58,9 Prozent angenommen hatte.

Anteile am Netto-Gesamtvermögen in Deutschland



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (soep.v35), SOEP-P (vorläufige Gewichte und vorläufige Vermögensangaben für das Jahr 2019), Manager Magazin (Reichenliste 2017); eigene Berechnungen mit gewichteten Wert

taz grafik: infotext-berlin.de

Etwa 1,5 Prozent der Deutschen besitzt mehr als eine Million Euro. Wenig überraschend handelt es sich dabei meist um Männer, die schon älter sind. Sie sind zudem besser gebildet als der Durchschnitt und oft selbstständig. Meist wohnen sie im Westen; ganze sechs Prozent der deutschen MillionärInnen kommen aus den neuen Bundesländern. Nur 30 Prozent sind Frauen, 14 Prozent haben einen Migrationshintergrund.

Die DIW-Forscher wollen jedoch nicht nur diese nackten Zahlen erheben. Ihnen geht es auch um „dynamische Informationen“, wie Schröder erklärt. Es wurden die kompletten Biographien abgefragt, um zu verstehen, „wie Millionäre ihr Vermögen erworben haben, wie sie es verwenden und wie sie es an die nächste Generation weitergeben“. Dabei zeigte sich: Die MillionärInnen sind zufriedener als die übrige Bevölkerung – egal ob es um Einkommen, Arbeit, Wohnung, Familie oder Gesundheit geht.

Autorin: Ulrike Hermann

Eine Möglichkeit zur Korrektur der ungleichen Verteilung der Vermögen wäre eine Vermögenssteuer, die allerdings in Deutschland seit 1997 nicht mehr erhoben wird. Grundlegende Fragen zur Vermögenssteuer werden in dem folgenden Text beantwortet.

Grundlegende Fragen zur Vermögenssteuer

Quelle: https://www.reichtum-umverteilen.de/hintergrund/fragen-und-antworten/

Was ist eine Vermögensteuer?

Die Vermögensteuer bezieht sich nicht auf das laufende Einkommen, sondern auf den Vermögensbesitz abzüglich von Schulden (d. h. auf das Nettovermögen). Steuerpflichtig sind nicht nur Geldvermögen (einschließlich Aktien, Staatsanleihen und andere Wertpapiere), sondern ebenso Immobilien- und Betriebsvermögen. Es gibt einen Freibetrag, z.B. eine Million Euro pro Person. Besteuert wird der Teil des Vermögens, der den Freibetrag übersteigt. Für selbstgenutzte Immobilien oder Betriebsvermögen kann es zusätzliche erhöhte Freibeträge geben.

Ein Beispiel: Jemand besitzt vermietete Wohnungen im Gesamtwert von drei Millionen Euro. Darauf liegen noch nicht abbezahlte Hypotheken von einer Million Euro. Das Nettovermögen beträgt zwei Millionen Euro. Bei einem Freibetrag von einer Million Euro und einem Steuersatz von einem Prozent wird eine jährliche Steuer von 10.000 Euro fällig, die aus den Nettomieterträgen problemlos finanziert werden kann.

Was bringt eine Vermögensteuer?

Das hängt vor allem von der Höhe der Freibeträge und des Steuersatzes ab. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat berechnet, dass bei einem hohen Freibetrag von einer Millionen Euro pro Person und einem Steuersatz von einem Prozent etwa 20 Milliarden Euro Einnahmen aus der Vermögensteuer erzielt werden können. Bei einem progressiven Steuersatz, der bei Multimillionären und Milliardären auf 1,5 oder zwei Prozent steigt, wie es der DGB fordert, wären auch höhere Einnahmen möglich.

Dieses Geld steht dann gemäß Grundgesetz den Bundesländern zu, die damit z. B. in Bildung und Nahverkehr investieren oder auch ihre Verschuldung abbauen können. Bei niedrigeren Freibeträgen sind entsprechend höhere Einnahmen oder ein niedrigerer Steuersatz möglich.

Wer soll das zahlen? Ich von meinem Sparbuch?

Nein, es sei denn, Sie gehören zum reichsten ein Prozent der Bevölkerung. Denn vorgesehen sind individuelle Freibeträge von einer halben oder 1 Million Euro, und noch weit höhere Freibeträge von 2 bis 5 Millionen für Betriebsvermögen. Und es geht um das Nettovermögen, also nach Abzug aller Schulden. Das heißt: Niemand muss Angst um sein Einfamilienhaus, seine Altersvorsorge oder seinen Familienbetrieb haben.

Bei einem Freibetrag von 1 Million Euro wären schätzungsweise 400.000 Personen betroffen.

Bei einem Freibetrag von 1 Million Euro wären schätzungsweise 400.000 Personen betroffen – die Reichsten unserer Gesellschaft, jenes 1 % der Bevölkerung, das etwa ein Drittel des Gesamtvermögens besitzt. Die Vermögen der Superreichen sind auch während der Krise nicht geschrumpft, sondern noch weiter gewachsen auf jetzt über 2,5 Billionen Euro. Das ist mehr, als alle öffentlichen Haushalte zusammen an Schulden haben. Wenn jemand eine stärkere Beteiligung an Finanzierung einer gerechteren Gesellschaft leicht verkraften kann, dann sind es diese „Top 1 %“.

Verschwinden Vermögende dann nicht einfach ins Ausland?

Maßgeblich sollte nicht mehr nur der Wohnsitz sein, sondern die Staatsangehörigkeit. Steuerflüchtige müssten dann den deutschen Pass abgeben – und dazu sind wohl nur die Allerwenigsten bereit. Alle Deutschen wären mit ihrem gesamten Weltvermögen steuerpflichtig, so wie es jetzt die Deutschen mit Wohnsitz in Deutschland sind, es sei denn, dieses Vermögen unterliegt bereits in einem anderen Land einer Vermögensteuer. Denn dann werden bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen angewendet, wie z. B. zwischen USA und Deutschland. Sinnvollerweise sollten dabei im Ausland gezahlte Vermögensteuern bei der deutschen Vermögensteuer angerechnet werden.

Dabei beteiligen andere Länder Vermögende sehr viel stärker an der Finanzierung der Gemeinwesen als Deutschland. In Großbritannien betragen vermögensbezogene Steuern über 4 % der Wirtschaftsleistung (BIP), in Frankreich und den USA über 3 % – in Deutschland dagegen unter 1 %. Selbst mit der Einführung einer Vermögensteuer läge Deutschland lediglich auf dem Durchschnittsniveau der Industriestaaten von etwa 2%.

Vermögen selbst kann aus technischen Gründen nur sehr eingeschränkt ins Ausland verlagert werden. Bei Immobilien- und Betriebsvermögen ist das praktisch unmöglich. Anders beim Geldvermögen: Über die Summen, die Deutsche z. B. in die Schweiz oder auf die Cayman-Inseln transferiert haben, lässt sich bisher nur mutmaßen. Allein auf Schweizer Konten sollen bis zu 300 Mrd. Euro deutsches Schwarzgeld liegen. Ein Lösungsansatz wurde von der EU bereits 2005 in der “Europäischen Richtlinie zur Zinsbesteuerung” beschlossen: Seither findet zwischen den EU-Mitgliedstaaten der sogenannte „automatische Informationsaustausch“ über Konten von Bürger/innen der jeweils anderen Länder statt. Dieser sollte auf alle bisher nicht erfassten Kapitalerträge ausgeweitet werden und entsprechende Verträge sollte die EU auch mit Drittstaaten schließen. Der Druck auf Steueroasen muss weiter verschärft werden.

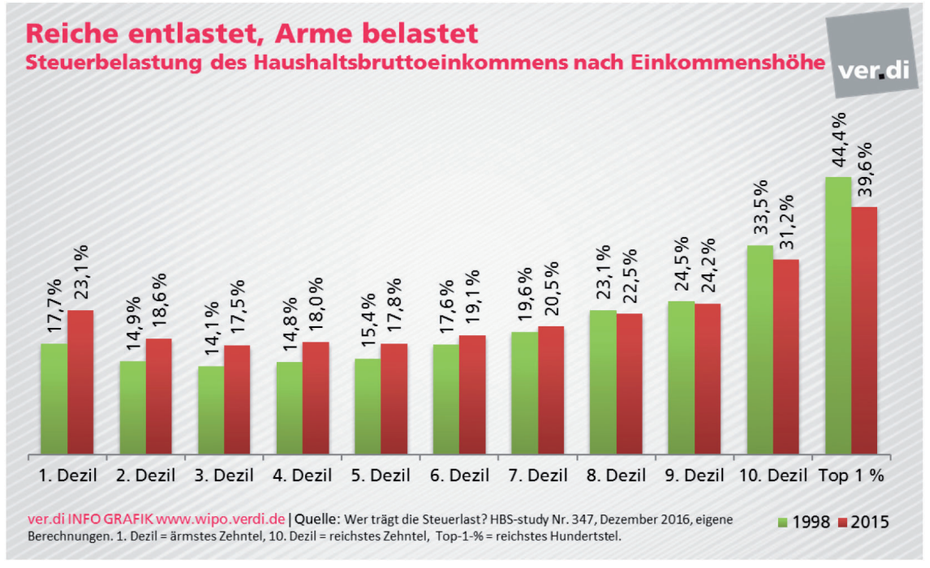
Zahlen die Reichen nicht schon die meisten Steuern?

Nach einer neuen Untersuchung zahlt das einkommensreichste Zehntel der Bevölkerung tatsächlich 59 Prozent der Einkommensteuer. Es verfügt aber auch über ein Drittel aller Einkommen der privaten Haushalte. Und es ist es gerade der Sinn der progressiven Einkommensbesteuerung, dass sie zu einem gewissen sozialen Ausgleich zwischen Beziehern geringer und Beziehern hoher Einkommen beitragen soll, indem die Steuersätze auf höhere Einkommen höher sind als auf niedrigere. Und wessen Einkommen an der Armutsgrenze liegt, kann davon logischerweise überhaupt keine Einkommensteuer zahlen, sondern bekommt möglicherweise im Gegenteil Sozialleistungen.

Das ist aber weniger als die halbe Wahrheit. Einen großen Teil des Gesamtsteueraufkommens machen die Konsumsteuern aus (Mehrwert-, Energie-, Alkohol-, Tabak-, Versicherungssteuer, Grundsteuer, KFZ-Steuer usw.). Diese werden aber weit überproportional von den breiten Bevölkerungsschichten mit mittlerem oder geringem Einkommen gezahlt. Die prozentuale Belastung dieser Einkommensgruppen, darunter auch Sozialleistungsempfängerinnen und /-empfänger, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen können und müssen, ist weit höher als die der Gruppen mit höheren Einkommen. Dies liegt daran, dass diese Gruppen ihr komplettes Einkommen für solcherart besteuerten Konsum ausgeben, teils zusätzlich Schulden machen, während Menschen mit höheren Einkommen einen zunehmenden Anteil davon sparen.

Wenn direkte und indirekte Steuern zusammen betrachtet werden, kann von einer überproportionalen Belastung der Wohlhabenderen überhaupt nicht die Rede sein. Die Steuerbelastung der unteren Einkommensgruppen ist sogar höher als die der mittleren und die der Reichen ist insgesamt nur wenig höher. Berücksichtigt man zusätzlich die Sozialbeiträge, aus denen allerdings zumindest teilweise entsprechend hohe Ansprüche auf Renten und ggf. Arbeitslosen- oder Krankengeld resultieren, zahlen die mittleren Einkommen die prozentual höchsten Beiträge. Untere Einkommensgruppen ohne oder mit geringen Erwerbseinkommen ebenso wie hohe Einkommen, die aus Unternehmen oder Kapitalvermögen stammen oder oberhalb der Beitragsbemessungsgrenzen liegen, zahlen hingegen relativ wenig Sozialbeiträge.

Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung ist, dass die Steuerreformen seit Ende der 1990er Jahre dazu geführt haben, dass die reichen Haushalte steuerlich stark entlastet wurden, während die untere Hälfte und besonders die armen Haushalte erheblich mehr Steuern zahlen müssen als früher. Dies ist die Folge der kräftigen Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent und der erheblichen Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer indirekter Steuern.



Vgl. Stefan Bach, Martin Beznoska, Viktor Stein: Wer trägt die Steuerlast?, HBS-Study Nr. 347, 2016.

Ist die Vermögensteuer nicht verfassungswidrig?

Tatsächlich hat das Bundesverfassungsgericht 1995 die bis dahin geltende Vermögensteuerregelung nur aus einem einzigen Grund für verfassungswidrig erklärt: wegen der Bevorzugung des Grundeigentums. Immobilien und Grundstücke wurden nämlich im Durchschnitt nur mit einem Zehntel ihres Wertes besteuert – eine massive Ungerechtigkeit im Vergleich zu Besitzern von Geldvermögen.

Hintergrund war, dass die der Immobilien- und Grundstücksbewertung zugrundeliegenden Verkehrswerte seit 1964 nicht mehr aktualisiert worden waren. Das sollte der Gesetzgeber korrigieren. Dies ist bis heute nicht erfolgt, weshalb die Vermögensteuer seit 1996 nicht mehr angewendet wird.

Viele, die eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung der Vermögensteuer verhindern wollen, berufen sich auf den sogenannten „Halbteilungsgrundsatz“: Angeblich habe das Bundesverfassungsgericht 1995 in seinem Urteil zur Vermögenssteuer festgelegt, dass nicht mehr als die Hälfte des Gewinns vom Staat als Steuern eingezogen werden dürfe. Dieser Grundsatz existiert jedoch nicht. In der Begründung des Vermögensteuer-Urteils taucht zwar eine entsprechende Formulierung auf, jedoch nur als sogenanntes obiter dictum, als Nebenbei-Bemerkung, die keine juristische Wirkung hat. Zudem war und ist der damals urteilende 2. Senat des BverfG für eine Grundsatzentscheidung in dieser Frage nicht zuständig. Der zuständige 1. Senat hat mehrfach eine andere Auffassung vertreten; übereinstimmend damit hat der Bundesfinanzhof 1999 geurteilt, dass der „Halbteilungsgrundsatz“ keine bindende Wirkung hat.

Der „Halbteilungsgrundsatz“ interpretiert Art. 14 Grundgesetz („Eigentum verpflichtet – sein Gebrauch soll zugleich der Allgemeinheit dienen“) so, dass mit dem Wort „zugleich“ nicht nur „ebenfalls“ oder „gleichzeitig“, sondern „zu gleichen Teilen“ gemeint sei. Diese Interpretation von Art. 14 GG gilt unter Verfassungsjuristen mehrheitlich als abwegig. Streng genommen bedeutet sie allerdings, dass nicht nur die Hälfte des Gewinns, sondern auch des Eigentums (des Vermögens) der Allgemeinheit dienen soll – und dass demzufolge die Hälfte der Einkommen und Vermögen vom Staat weg besteuert bzw. schlicht enteignet werden kann und muss, wenn ihr Nutzen für die Allgemeinheit anders nicht sichergestellt werden kann.

Sollen auch Betriebsvermögen besteuert werden?

Die Erbschaftsteuer und die Vermögenssteuer, wie sie in verschiedenen Konzepten (z. B. von attac, DGB, LINKE) geplant sind, beziehen sich auf das Nettovermögen oberhalb bestimmter Freibeträge. Das heißt vom Bruttovermögen werden zunächst darauf liegende Schulden abgezogen, das betrifft insbesondere Immobilien und Betriebsvermögen. Durch hinreichend hohe Freibeträge sollen normale Wohnungsvermögen, Kleinbetriebe und übliche Gebrauchsvermögen steuerfrei gestellt bleiben.

Denn auch große Anteile an Aktiengesellschaften und GmbHs gelten steuerlich als Betriebsvermögen.

Grundsätzlich ist es jedoch unumgänglich, auch private Betriebsvermögen bzw. Anteile an Unternehmen zu besteuern, schon weil diese den überwiegenden Anteil der Millionenvermögen ausmachen. Denn auch große Anteile an Aktiengesellschaften und GmbHs gelten steuerlich als Betriebsvermögen. Das ist der Knackpunkt der gesamten Diskussion um Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung. Betriebsvermögen von der Besteuerung auszunehmen würde bedeuten, die wirklich Reichen, die Multimillionäre und Milliardäre, weitestgehend von der Vermögens- oder Erbschaftsbesteuerung zu befreien. Das wäre aus Gerechtigkeitsgründen unvertretbar und würde die Einnahmen aus der Besteuerung auf einen Bruchteil reduzieren. Es würde zudem ein enormes Steuerschlupfloch für alle Reichen produzieren, denn sonstiges Privatvermögen kann relativ leicht in Betriebsvermögen umgewandelt werden. Dies hat in Bezug auf die Erbschaftsteuer, bei der Betriebsvermögen weitgehend von der Besteuerung ausgenommen ist, das Bundesverfassungsgericht bereits zurecht für verfassungswidrig erklärt.

Eine weitgehende oder vollständige steuerliche Verschonung von Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften daran ist daher nicht möglich und auch nicht vertretbar. Eine solche Verschonung ist aber auch in keiner Weise notwendig, jedenfalls nicht um Arbeitsplätze zu sichern, das zeigen alle dazu vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen. Es geht hier rein um die Frage der Privilegien und der wirtschaftlichen und politischen Macht der Eigentümer großen Kapitals, die überwunden werden müssen. Ohne dies ist eine ernsthafte und wirksame Politik gegen die zunehmende Konzentration großer Vermögen nicht möglich.

Eine schwierige Frage ist die Besteuerung auch derjenigen Unternehmensvermögen, die im Inland gelegen, aber in ausländischem Eigentum sind. Zur Vermeidung von Nachteilen von Unternehmen in inländischem Eigentum wäre eine Besteuerung aller Kapitalgesellschaften und auch der im Inland gelegenen Unternehmensvermögen von Ausländern sinnvoll und geboten. Im Rahmen des Binnenmarktes dürfte das nur möglich sein, wenn alle Kapitalgesellschaften, die ja eigenständige juristische Personen und Steuersubjekte sind, besteuert werden. Die auf ihre Anteile an inländischen Kapitalgesellschaften entfallenden Steuern könnten dann bei inländischen vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen angerechnet werden. Eine andere Variante wäre die Besteuerung von Kapitalgesellschaften einerseits und von Anteilen an Kapitalgesellschaften im Privatvermögen andererseits jeweils mit einem halben Steuersatz, so wie das auch in den Überlegungen von A-Ländern zur Wiederbelebung der Vermögensteuer 2012 vorgeschlagen war.

Ein weiterer Vorschlag zur Korrektur der ungleichen Verteilung des Geldes in unserer Gesellschaft ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Was sich dahinter verbirgt, erfahren Sie in dem folgenden Artikel.

Grundinformationen zur Finanztransaktionssteuer

Quelle: https://steuererklaerung.de/ratgeber-steuern/boersensteuer-boersenumsatzsteuer

Die Börsenumsatzsteuer ist historisch bedingt im Volksmund überwiegend als Börsensteuer bekannt. Des Weiteren existiert die Bezeichnung Finanztransaktionssteuer (FTT) für die angesprochene Steuer. Die Börsenumsatzsteuer funktioniert wie eine Mehrwertsteuer und wird auf den Handel mit Börsenprodukten erhoben. 1991 wurde die Börsenumsatzsteuer durch das Finanzmarktförderungsgesetz in Deutschland aufgehoben. Seitdem ist die Wiedereinführung der Steuer kontrovers umstritten.

Geschichte der Börsenumsatzsteuer in Deutschland

Zum ersten Mal in der deutschen Finanzgeschichte trat eine Kapitalverkehrsteuer im Jahr 1881 in Kraft. Das damalige Reichsstempelgesetz war angelehnt an das britische Vorbild „Stamp tax“. Die Anschaffung von bestimmten Wertpapieren wurde ab 1881 mit einer Stempelabgabe belastet. Unter Stempelabgabe ist im heutigen Sprachgebrauch eine Umsatzsteuer auf den Kauf von Wertpapieren, also Aktien und Fondsanteile, zu verstehen. Im Jahr 1885 wurden diese Gesetz konkretisiert: Der Handel mit Wertpapieren unterlag einem festgelegten prozentualen Steuersatz. In der Zeit der Weimarer Republik im Jahr 1922 wurde ein Kapitalverkehrsteuergesetz verabschiedet. In diesem Gesetz wurde die ehemalige Stempelabgabe bzw. Stempelsteuer zu einer Gesellschaft- und Wertpapiersteuer ausgeweitet. Diese Steuer bestand 22 Jahre, bis sie im Zuge des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1944 abgesetzt wurde.

Nach Ende des Kriegs wurde sie jedoch schon 1948 wieder erhoben. Seit 1949 stand das Steuervolumen nicht mehr dem Haushalt der Bundesländer, sondern dem Bund zur Verfügung. Die Steuer war auf 2,5% vom Kurswert von festverzinslichen Wertpapieren festgelegt. Für öffentliche bzw. staatliche Anleihen wurde hingegen aus ökonomischen Gründen nur eine Steuer von einem Prozent erhoben. Nach der Wende 1989 wurde die Steuer 1991 im Zuge des Finanzmarktförderungsgesetzes aufgehoben, da der deutsche Bundestag die Absicht hatte, den deutschen Finanzmarkt für Anleger attraktiver zu machen und auch im Ausland zu etablieren.

Funktionsweise des Wertpapierhandels und Auswirkungen der Börsenumsatzsteuer

Um die Funktionsweise und die Absicht, die sich hinter einer Börsenumsatzsteuer verbirgt, zu verstehen, muss man zunächst betrachten, wie der Wertpapierhandel funktioniert.

Wertpapiere werden an der Börse gehandelt. Zu den bekanntesten Wertpapieren gehören Aktien. Aktien sind einfach ausgedrückt Anteile an Unternehmen. Entscheidend dafür, ob ein Aktienkurs steigt bzw. fällt, ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Wenn viele Anleger eine bestimmte Aktie kaufen, steigt auch der Wert der entsprechenden Aktie und der Kurs steigt an.

Der Wertpapierhandel findet zwischen mehreren Finanzdienstleistern oder zwischen Finanzdienstleistern und privaten Anlegern statt. Zu Finanzdienstleistern gehören neben Banken auch Versicherungen und Hedgefonds.

Die Börsenumsatzsteuer wird oftmals als notwendiges Mittel für mehr Gerechtigkeit gefordert.

Da es in Deutschland derzeit keine Börsenumsatzsteuer gibt, können Finanzdienstleister und private Anleger mit dem Handel von Aktien und anderen Wertpapieren hohe Gewinne erzielen. Der Umstand, dass Umsätze, die an der Börse erzielt werden, nicht versteuert werden, hat dazu geführt, dass sich ein automatisierter Wertpapierhandel entwickelt hat. Die Wertpapiergeschäfte, die vor allem zwischen mehreren Finanzinstituten erfolgen, würden von einer Börsenumsatzsteuer gebremst werden, da Abgaben an den Staat zu zahlen wären. Daher wird die Börsenumsatzsteuer oftmals als notwendiges Mittel für mehr Gerechtigkeit gefordert. Die jährlichen Mehreinahmen durch Börsenumsatzsteuern für Deutschland werden je nach Höhe der Steuer auf mehrere Milliarden Euro geschätzt. Bei gleichbleibender Marktsituation würden die Steuereinnahmen bei einem Steuersatz von 0,5% ca. 35 Milliarden Euro betragen. Finanzexperten sagen eine Stabilisierung der Finanzmärkte vorher, wenn eine entsprechende Kapitalverkehrsteuer erhoben werden würde. Jedoch kritisieren andere Experten, dass eine Börsenumsatzsteuer nicht nur die großen Finanzinstitute, sondern auch die privaten Anleger treffen würde. Daraus würde eine verringerte Liquidität der Märkte resultieren.

Kapitalverkehrssteuern in anderen Staaten

Auch in anderen europäischen Ländern wurde die Börsenumsatzsteuer bereits abgeschafft. So gibt es in Luxemburg seit 1987, in Spanien seit 1988, in den Niederlanden seit 1990, in Dänemark seit 1999, in Österreich seit 2000, in Frankreich und Italien seit 2008 keine Kapitalumsatzsteuer mehr. In den USA existiert eine bundestaatsabhängige Vermögensverkehrsteuer. An der weltberühmten New York Stock Exchange Börse beläuft sich die Steuer auf 5 Cent pro Aktie. In der Schweiz gibt es immer noch eine vergleichsweise sehr hohe Börsenumsatzsteuer. Dort wird zwischen dem Kauf bzw. Verkauf von inländischen Wertpapieren, auf die ein Steuersatz von 1,5% erhoben wird, und dem Kauf bzw. Verkauf von ausländischen Wertpapieren, auf die ein Steuersatz von satten 3% erhoben wird, unterschieden.

Auch in Griechenland existiert eine Börsenumsatzsteuer von 0,15%, egal ob eine inländische oder ausländische Aktie verkauft bzw. gekauft wird. In Großbritannien gibt es seit 1986 die Stamp duty reserve tax für den Handel mit Aktien. Zu Zeiten der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 wurden damit umgerechnet immer noch rund 4 Milliarden Euro eingenommen.

Im asiatischen Industrieland Japan wurde die Börsenumsatzsteuer im Jahr 1999 aufgehoben. In der Volksrepublik China besteht zwar noch eine Börsensteuer von 0,1%, allerdings lediglich für den Käufer der Aktie.

Weiterführender link:
https://www.finanztransaktionssteuer.de/

Es ist keineswegs egal, bei welcher Bank wir unsere Geldgeschäfte erledigen. Das Geld, das wir der Bank anvertrauen, kann Gutes aber auch sehr Schlechtes bewirken, je nachdem, welche Bank wir damit beauftragen.

Nachhaltige Geldanlage

Quelle: https://utopia.de/ratgeber/nachhaltige-geldanlagen/

Was Sie bei der Wahl einer konventionellen Bank häufig stillschweigend unterstützen: Geld für den Krieg

Atomwaffen, Kampfpanzer, Drohnen – mit Waffen werden Milliarden-Geschäfte gemacht. Vielleicht ist auch Ihr Geld daran beteiligt, denn viele konventionelle Banken unterhalten Geschäftsbeziehungen zu großen Waffenherstellern. Einerseits bestehen Verbindungen in Form von Unternehmensanteilen, andererseits finanzieren sie die Waffengeschäfte mit Krediten und Anleihen. Allein in Geschäfte mit Atomwaffen-Herstellern haben deutsche Finanzinstitute zwischen 2010 und 2012 circa 7,6 Milliarden Euro investiert. Zu diesem Schluss kommt eine gemeinsame Studie des niederländischen Verbands IKV Pax Christi und der internationalen Anti-Atomwaffenkampagne ICAN. Mit 3,5 Milliarden Euro war die Deutsche Bank demnach für knapp die Hälfte des Betrags verantwortlich. Auf das Konto der Commerzbank gingen 1,7 Milliarden Euro. Hinzu kommen Investitionen der Sparkassen Finanzgruppe, insbesondere der Landesbanken Bayern LB und Helaba, sowie der KfW und der DZ Bank (Dachorganisation von 900 Volks- und Raiffeisenbanken).

Mit Essen spielen

Inwieweit Nahrungsmittelspekulationen die Preise für Agrar-Rohstoffe beeinflussen, darüber wird gestritten. Sicher ist: wenn der Preis für Grundnahrungsmittel wie Getreide – aus welchen Gründen auch immer – ansteigt, bedeutet das für viele Menschen in Entwicklungsländern Hunger. Darauf zu wetten, dass aufgrund von Nahrungsmittelknappheit der Preis für Agrarrohstoffe steigen wird, halten wir darum für unmoralisch. Genauso so aber läuft eine Form der Nahrungsmittelspekulation – vereinfacht gesagt – ab. Eines der weltweit bedeutendsten Finanzinstitute, die mit börsengehandelten Rohstoffprodukten im Agrarbereich spekulieren, ist die Deutsche Bank. Die Allianz Versicherung ist das zweite große Finanzinstitut aus Deutschland, das hier noch im großen Stil aktiv ist. Andere große Banken haben den Handel mit Agrarrohstoffen inzwischen eingestellt oder angekündigt, dies Schritt für Schritt zu tun. Darunter sind die DZ Bank, die Dekabank (das Wertpapierhaus der deutschen Sparkassen Finanzgruppe), die Commerzbank und einige Landesbanken.

Konventionelle Banken bremsen die Energiewende

Die Mehrheit der Deutschen will keine gefährliche Atomkraft. Dass der Ausbau der Kohleenergie den Klimawandel vorantreibt, ist auch jedem klar. Trotzdem investieren konventionelle Banken nach wie vor in beide Risiko-Technologien. Sie unterhalten Geschäftsbeziehungen zu den großen Atomkonzernen, verhelfen Firmen aus der Kohle-Industrie zum Börsengang, verwalten deren Vermögen und investieren in den Bau von Minen und Kraftwerken. An erster Stelle sind Deutsche Bank, Hypo Vereinsbank und Commerzbank zu nennen. Aber auch mit den Sparkassen und Volksbanken verbundene Geldinstitute stehen in Geschäftsbeziehungen zur Atom- und Kohleindustrie.

Sie arbeiten im Dunkeln

Konventionellen Banken wird vorgeworfen, mit Tochter- und Zweckgesellschaften, die in „Steueroasen“ beheimatet sind, zweifelhafte Geldgeschäfte zu machen. Sogenannte Schattenfinanzplätze zeichnen sich durch kaum vorhandene Sicherheitsvorschriften für Finanzgeschäfte aus. Gewagte Spekulationen und undurchsichtige Fonds haben hier ihre Adresse. Die aktuelle Datenlage dazu ist dünn (weil undurchsichtig), darum nennen wir an dieser Stelle keine Banken namentlich. Vollkommen klar ist, dass grüne Banken nichts mit solchen Geschäften zu tun haben, weil sie vollkommen transparent arbeiten. Es wird offen gelegt, wohin ihre Gelder fließen und wer davon profitiert.

7 Gründe, warum Sie jetzt zu einer nachhaltigen Bank wechseln sollten

1. **Weil es einfach ist.** Seit Herbst 2016 kann es jeder völlig problemlos, dank neuem Gesetz.

2. **Weil es richtig ist.** Gegen konventionelle Banken spricht, dass sie häufig Geschäftsbeziehungen zu Waffenherstellern haben, sich an Nahrungsmittelspekulationen beteiligen, finanziell im Bereich schmutziger Energieerzeugung (Atom & Kohle) beteiligt sind und über Schattenfinanzplätze intransparent zweifelhafte Geschäfte machen

3. **Weil es sinnvoll ist.** Für nachhaltige Banken spricht, dass sie das Gegenteil tun: Sie investieren nicht in Waffen, sie bremsen nicht die Energiewende, sie spekulieren nicht mit Nahrungsmitteln, sie agieren transparenter –

4. **Weil es die Welt verändert.** Nachhaltige Banken, von manchen daher auch Öko-Banken oder grüne Banken genannt, investieren stattdessen auf Basis von klaren Regeln in sinnvolle soziale Projekte oder in die Energiewende.

5. **Weil es sicher ist.** Wollen da etwa grüne Träumer an unser Geld? Nein, es sind genauso Bankenprofis wie die anderen auch – nur eben mit Prinzipien statt mit Heuschrecken. Durch Einlagensicherungsfonds sind dort abgelegte Gelder genauso sicher wie bei den scheinbar seriösen Casino-Banken, denen wir den letzten Bankencrash verdanken (und die Niedrig- bis Nullzinsen, die jetzt zu höheren Gebühren bei konventionellen Banken führen).

6. **Weil überall Gebühren kommen.** Die Niedrigzinspolitik der EU sorgt dafür, dass Banken mit Zinsen keine müde Mark mehr machen (sie sollen es ja investieren). Daher führen viele Banken derzeit Kontoführungsgebühren ein – vielleicht auch deine Hausbank. Öko-Banken hatten schon immer Gebühren; weil's jetzt also egal ist, kannst du zu auch zur grünen Bank wechseln. Nein, die ist nicht billiger. Aber eben besser.

7. **Weil du nichts vermissen wirst.** Nachhaltige Banken bieten dir alles, was andere auch bieten: Girokonto. Kreditkarte. Tagesgeld. Fonds. Wertpapiere. Etc. Das volle Kapitalisten-Programm. Nur halt auf Basis von Investitionen in sinnvolle Projekte.

So einfach ist der Bankwechsel

In der Praxis geht es so: Der Kunde erteilt seiner neuen Bank den Auftrag zur Hilfe beim Kontowechsel. Die neue Bank fordert die notwendigen Daten wie Daueraufträge, Lastschriftmandate, Überweisungen bei der alten Bank an – sie muss diese Daten innerhalb von fünf Tagen übermitteln.

Die neue Bank übernimmt die Daten in das neue Girokonto und informiert über den Wechsel die Inhaber der anderen, einzahlenden abhebenden Konten. Die alte Bank muss das Girokonto zeitnah schließen und gegebenenfalls ebenfalls über den Kontowechsel informieren.

Kurzum: Ein Bankenwechsel ist problemlos möglich. Nachhaltig und ethisch empfehlenswerte Banken gibt es mittlerweile viele: z.B. Ethikbank, GLS Bank, Triodos Bank oder die Umweltbank

Ebenfalls sehr informativ:
https://www.test.de/Ethisch-oekologische-Sparangebote-saubere-Zinsangebote-4590882-0/

Zur Entstehung der Ausstellung

Die Ausstellung wäre nie zustande gekommen, wenn nicht sehr viele Menschen an der Entwicklung und Umsetzung mitgearbeitet hätten. **Ein ganz besonderer Dank geht an**

- Studierende aus zwei Seminaren an der Leuphana-Universität Lüneburg
- Julia Grau Lars, Marie de Schutter und Springfeld, die in Bayreuth studieren
- die Beratungsgruppe des Zukunftsrats Lüneburg mit Volker Butenschön, Barbara Grey, Horst Jäger, Matthias Skornik und Tina Putensen
- Mitdenker*innen der Akademie Solidarische Ökonomie
- das Unternehmen erfon, das die Homepage zur Ausstellung erstellt hat
- Eckhard Winterseel mit seiner beratenden Stimme und der Erstellung der Tafeln für die Ausstellung
- Volker Butenschön, der mit großer Geduld, viel Kreativität und großer Kompetenz die grafische Gestaltung der Ausstellung und des Readers übernommen hat.

Haben Sie **Kritik, Anregungen, weitere Fragen** zu der Ausstellung melden Sie sich gerne direkt bei Norbert Bernholt (nbernholt@t-online.de) oder nutzen Sie den blog auf der Homepage zu dieser Ausstellung.

www.bilder-einer-solidarischen-welt.de

Redaktion und Herausgeber: Norbert Bernholt

Layout/Design: Volker Butenschön, www.butenschoendesign.de